autonomes Blättchen

№ 63 Dezember 2025 - Februar 2026

hübsch, oder?

hübscher!

warum? Das erfährst im Heft!

autonomes Blättchen

Impressum:

Nr. 63 Dez 25 - Feb 26

Kontakt:
Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer echten email-Adresse auf:
autonomesblaettchen.noblogs.org
oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage
Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:
1. März, 1. Juni1. September, 1. Dezember,

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):
autonomesblaettchen.noblogs.org
~~autonomesblaettchen.blackblogs.org~~ (offline)

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den Tor-Browser) erreichbar.

https://de.indymedia.org
http://dvqlamnbbzli62qfyt5faspxunueqdxc4csrslhcp2z3haiflnrn6dqd.onion/
http://z3wodkq7fhc5jjscptwjf2pojnnaylo6e6ecba52icefvg5jbbyikeid.onion/
http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/

solidarischer zusatzlink:
http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/

barrikade.info
kontrapolis.info
http://kontrpoliogInxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/
knack.news
http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/
tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir d ie Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Auf Augenhöhe 4
Diejenigen, die sich für die Guten halten 6
Der „Antifa-Prozess-Dresden" – Herausforderungen und Widersprüche unserer Solidaritätsarbeit. 11
Meine Geschichte zu Aussagen und Einlassungen im Kaindl-Verfahren 1994 in Berlin 12
[München] Update nach Haftentlassung 16
Grußwort zur Urteilsverkündung von Hanna 17
Juristische Kritik an Skelettvermessung 18
In Erinnerung an Brigitte Asdonk 20
Anarchist*innen bei den No Kings-Demonstrationen 21
Captain future 26
Brandanschlag auf das Auto von AfD-Bundestagsfraktionsgeschäftsführer 28
GrapheneOS – Betriebssystem für bewegte Chaot:innen? 28
Was war denn das? - Ein Rückblick auf das „Rheinmetall entwaffnen"-Camp in Köln 34
Auswertungstext des A-Barrios auf dem Rheinmetall Entwaffnen Camp 37
Anti-NATO-Tage in Souda, Kreta 43
Angriff auf militärisch-industriellen Komplex 44
Zur Repression gegen den 2. internationalen Austausch gegen Militärdienst und Verweigerung jedes Militarismus 47
Zur Notwendigkeit antifaschistischer Re:organisierung 48
Identitätspolitik in der Kritik und unter Beschuss 49
Vielen Dank dafür! 51

Hallo,

jetzt ist es so weit: Sarah Wagenknecht lässt die Maske fallen und eröffnet der AfD die Machtoptionen, nach denen sie schon so lange giert. Das BSW dient sich nun offiziell als Koalitionspartner der AfD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern an. Noch würde sie zwar nur eine Minderheitsregierung der AfD tolerieren und sich einer Regierung gegen diese verweigern, aber die gemeinsame Regierung scheint nicht mehr fern. Die nationalistische Fratze wird nicht mehr versteckt, der rassistische Diskurs verbindet die beiden Übel. Der erste großen Brocken fällt aus der sogenannten Brandmauer - weitere werden Folgen. Ab jetzt ist die Machtübernahme der AfD in Bundesländern nicht nur mehr eine zukünftige Möglichkeit. Sie ist das wahrscheinliche Ergebnis der anstehenden Landtagswahlen in MeckPom und im Land der Frühaufsteher. Bis September bleibt noch Zeit Schäfchen ins Trockene zu bringen und über die Sabotage des Regierungsbetriebes zu reden. Wenn dann die Faschist_innen an die Macht gewählt werden, von den ganz normalen Menschen, sollten wir nicht unvorbereitet sein, ihnen so viele Stöcke wie möglich zwischen die Beine zu werfen. Gleichzeitig sollten wir nicht in die Falle tappen, den Ist-Zustand, gegen die autoritäre Herrschaft in Stellung bringen zu wollen. Dieser ist ursächlich für die Tendenz der Faschisierung. Ihn verteidigen zu wollen wäre also ein hoffnungsloses Unterfangen. In unseren antifaschistischen Kämpfen müsste vielmehr unmissverständlich zum Ausdruck kommen, dass wir nicht auf der Seite der bürgerlich-autoritären Option stehen. Denn diese ist die vorgezeichnete Alternative des bürgerlichen Lagers.

So viel "sollten" und "müsste" in so wenigen Sätzen. Das ist meistens ein schlechtes Zeichen... Wir sind nicht optimistisch. Als handelnde Antifaschist_innen wissen wir aber um den Zustand der Bewegung. Haben all die Diskussionsbeiträge im Blättchen uns schlauer gemacht? Ja, aber sie eröffnen nicht von sich aus eine Praxis, die tatsächlich in die Verhältnisse eingreift. Der Widerstand gegen die "Generation Deutschland" in Gießen hat uns gezeigt, dass mehr möglich ist, als IL-Blockadekonzepte. Beinahe wäre es gelungen, in die von der AfD gemieteten Räume einzudringen. Was wäre möglich gewesen mit 50000 Menschen? Ginge es noch ein Stück offensiver? Ist die tatsächliche Verhinderung einer großen AfD_Veranstaltung möglich? Was für eine Antifa braucht es? Wir sind uns sicher, nicht diejenige derer, die jetzt wieder stolz mit Rotfront-T-shirts rumlaufen. Welche antifaschistische Praxis braucht es? Sicher keine, die sich dem bürgerlichen Lager andient - aber eine, die alle ernst nimmt, die auf der Suche nach einer unmissverständlichen und widerständigen Praxis sind. Dazu findet ihr auch in dieser Ausgabe einen Debattenbeitrag „Zur Notwendigkeit antifaschistischer Re:organisierung“. Auch Captain Future hat sich zum Thema aus der nahen Zukunft Sachsen-Anhalts gemeldet. Außerdem gibt es einen weiterer Text aus der potentiell faschistischen Zukunft ääääääähhhh den USA.

Einige Antifaschist_innen stehen jetzt bald in Dresden und Düsseldorf vor Gericht. Ohne eine bürgerlich-autoritäre Justiz, die den Faschist_innen den Rücken frei hält, wäre es nicht so weit gekommen. Wir grüßen solidarisch die Angeklagten! Alle anderen rufen wir auf, die Prozesse zu besuchen, Soli-Aktionen zu machen und euch nicht von der Repression einschüchtern zu lassen. Dazu brauchen wir ein ernsthaft zugewandtes Miteinander der Kämpfe und Kämpfenden - keine coole Macker-Antifa.

Auch zu diesen Themen findet ihr Wortmeldungen aus dem Untergrund, den Solistrukturen und von Betroffenen.

Und so Krieg? Läuft.
Klima? :(voll 10er...
Patriarchale Gewalt? Standard (auch 10er - oder 70er?)

Es erwarten Euch wie immer spannende Texte aus den unendlichen Weiten des Netzes, außerdem exklusive Übersetzungen und exklusive Texte, Debattenbeiträge und und und, die ihr nur hier findet. Es scheint die Auseinandersetzungen zu vielen Themen werden wieder vemehrt verschriftlicht! Das freut uns! Her damit, Auseinandersetzung tut Not.

Diesmal ist – so scheint es uns – für fast alle was dabei… Reflexion, Debatte, Technik, Praxis, noch nahe Geschichte und Ausblicke in die Zukunft. Das Heft beginnt thematisch mit Auseinandersetzungen zum Thema Antifeminismus auch in unseren Kreisen. Dies bildet den Übergang zu aktuellen Repressionsgeschehen und den daraus resultierenden Widersprüchen in der praktischen Arbeit, politisch, technisch, sozial.

Da Deutschland die geistige und militärisch-industrielle Aufrüstung Deutschlands in zunehmendem Tempo voranschreitet, aber auch die praktischen Bestrebungen dagegen wieder breitere Formen annehmen, gibt es in diesem Heft gleich zwei Beiträge zum Rheinmetall Entwaffnen Camp in Köln dieses Jahr . Dazu passend: Auch Wenige können viel ausrichten, wenn man sich mit einem Vulkan verbündet.

Leider hat es aus Platzgründen ein uns zugesandter Texte nicht ins Heft geschafft, was irgendwie schade ist, aber besser zu viele Texte als zu wenige. Getroffen hat es einen Text, der „Dem Leben eine Bresche“ schlagen wollte, ihr findet den Text zum Glück im Internet.

In Gedenken an Brigitte Asdonk ein Nachruf...

Zum Schluss jetzt aber: Das brennende Schloss auf der Titelseite ist eines der Fürstin von Thurn und Taxis. Es ist in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober abgebrannt. Das finden wir wunderbar, weil ihre Durchlaucht eine der eifrigsten rechten Netzwerker_innen ist. Es gibt dazu auch ein Bekennungsschreiben. Allerdings haben wir Zweifel, ob es echt ist, weil es unserer Meinung Hinweise gibt, die auf eine KI-Urheberschaft schließen lassen (zudem behaupten die Bullen, dass es keine Hinweise auf Brandstiftung geben würde). Deswegen drucken wir den Text nicht ab. Nur soviel, damit ihr einen Eindruck bekommt, was eine der reichsten Personen des deutschen Hochadels so treibt: "Die Fürstin steht für die Vernetzung der reaktionärsten Teile der herrschenden Klasse. Sie gehört zu den Teilen der Bourgeoisie die in Deutschland aber auch der ganzen Welt den wiederkehrenden Faschismus fördern. So traf sie sich zum Beispiel im Jahr 2018 mit dem ehemaligen Trump-Strategen Steve Bannon auf der Dachterasse eines Hotels in Rom. Versammelt hatten sich dort große Teile der „neuen Rechten“. Bannon hatte damals den Plan in einem italienischen Kloster eine faschistische Kaderschmiede mit dem Namen „Gladiatorenschule“ aufzubauen. Dabei sollte die deutsche Adelige ihm helfen. Da das Kloster renovierungsbedürftig war, verkündete Bannon kurzerhand,

dass die Seminare vorübergehend auf St. Emmeram, dem Schloss der Thurn und Taxis in Regensburg, abgehalten werden könnten. Damals dementierte das die Schlossherrin. Aber keinesfalls aufgrund inhaltlicher Widersprüche sondern nur weil ihr Schloss„voll vermietet“ sei. In dem ARD-Podcast„Nicht mehr mein Land“ verteidigte sie außerdem den führenden Faschisten Björn Höcke"... etc. etc. So oder so freuen wir uns über den Verlust eines ihrer Schlösser.

Das Abbrennen von Schlössern ist schließlich gute alte Tradition unter Aufständischen und Revolutionär_innen!

Auf Augenhöhe. Gegen den identitären Autoritarismus

Anmerkung der Redaktion I :

Der Text (Auf Augenhöhe. Gegen den identitären Autoritarismus) ist eine inhaltliche Zumutung an Euch. Er vereinigt unserer Meinung nach gängige oder weit verbreitete Vorurteile und Abwehrstrategien auch des deutschen anarchistischen, autonomen und aktivistischen Milieus gegen alles, was die eigene männliche, sprich hegemoniale Ruhe stört. Statt über konkrete Sachverhalte zu debattieren wird mit verschwörungstheorieähnlichen Argumentationsmustern, die angebliche Herkunft angeblicher Gedanken und Theorien in Grund und Boden abstrahiert und zwar ohne sich die Sache selbst anzuschauen. Diese zu widerlegen bzw. ihren antifeministischen Charakter offenzulegen, ist einer unmittelbar folgenden Antwort (Diejenigen, die sich für die Guten halten) gelungen und zwar ohne sich in abstrakte, theoretische Abhandlungen zu ergießen und sich an diesen zu ergötzen, also ohne sich ähnlicher Methoden zu bedienen. Wir haben lange diskutiert, ob wir beide Texte abdrucken. Wir denken, dass auch die Antwort alleine funktionieren kann. Dennoch haben wir eine Passage aus dem Text "Auf Augenhöhe. Gegen den identitären Autoritarismus" der "Fünf kleine Indianer außerhalb des Reservats" ausgewählt, um kurz zu illustrieren, wie dieses Denken funktioniert, wie also antifeministische Argumentationsmuster in neuem Gewand fortbestehen. Und wer's ganz genau wissen will, kann ja auf indymedia den ganzen Text lesen.

Wir sind einige anarchistische Gefährten und Gefährtinnen, die an der Versammlung „Sabotiamo la guerra“ teilgenommen haben. Mit diesem Schreiben wollen wir uns zu einem schlimmen Vorfall äußern, der auf unserer Versammlung passiert ist (wenn auch nicht der einzige dieser Art, so war er doch der schwerwiegendste), aber vor allem zu einer Forma mentis und einer Ideologie, die solche Vorkommnisse systematisch begünstigen. Wir präsentieren uns nicht aus freien Stücken auf diese eingeschränkte Weise, sondern weil „Sabotiamo la guerra“ eine Versammlung ist, die von Zeit zu Zeit von den Teilnehmenden gestaltet wird. Wir können nicht im Namen aller zahlreichen vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Teilnehmenden, sprechen. Fangen wir nun an, uns zu erklären.

Vom 11. bis 13. Oktober 2024 sollte in der Villa Occupata in Mailand die von unserer Versammlung organisierte dreitägige Diskussion Sfidare la vertigine [Den Vertigo herausfordern] stattfinden. Sie war eben einigen der schwindelerregenden, aber unausweichlichen Fragen gewidmet, die die Gegenwart aufwirft (angefangen bei denen, die mit dem Krieg zusammenhängen, der nicht mehr und nicht weniger als den historischen Horizont darstellt). Die „drei Tage“ wurden auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und schließlich sogar abgesagt, weil einige Besucher (wir betonen: einige) der Villa einen Gefährten, der an diesem Pfad teilnimmt, der Vergewaltigung bezichtigten und der Versammlung vorwarfen, ihn zu unterstützen. Es wäre für uns einfacher und bequemer gewesen, diese Geschehnis zu ignorieren und wie bei anderen Gelegenheiten weiterzumachen, als es ähnliche Versuche gab, unsere Veranstaltung wegen der Anwesenheit dieses Gefährten zu vereiteln. Stattdessen sagte uns unser Gewissen, dass wir uns äußern sollten. Da wir die Dynamik kennen, die zu dieser schwerwiegenden Anschuldigung geführt hat, und gute Gründe haben, sie für unbegründet zu halten, empfinden wir es als echte Ungerechtigkeit, dass diese Gerüchte weiter kursieren, ohne dass jemand etwas dazu sagt. Eine Ungerechtigkeit gegenüber unserem Gefährten und dann gegenüber unserer Versammlung. Als wir gemeinsam darüber nachdachten, wurde uns klar, dass es unmöglich ist, das Thema anzusprechen, ohne auf die ideologischen, ethischen und mentalen Voraussetzungen einzugehen, die diesem Vorfall zugrunde liegen. Dies hielten wir bereits für notwendig.

Die Anschuldigung gegen den Gefährten ist in der Tat sehr gravierend, aber leider kein Einzelfall. Es ist zur gängigen Praxis geworden – sowohl in „antagonistischen" Kreisen als auch in weiten Teilen der Gesellschaft –, dieser oder jener Person bzw. dieser oder jener Gruppe schändliche Schuldzuweisungen vorzuwerfen, die gelegentlich mit der sexuellen Sphäre, den Beziehungen zwischen den Geschlechtern oder sogar mit der allgemeinen „Dynamik der Macht" in Bezug gebracht werden. Es wird nicht die Möglichkeit gegeben Argumente zu nennen, und es wird niemanden – sei es der in den Fokus gerückten Person oder anderen – die Möglichkeit gegeben, die Stichhaltigkeit der erhobenen Vorwürfe zu diskutieren oder gar selbst zu beurteilen, wie man damit umgehen soll, wenn sie sich als angeblich begründet erweisen. Darüber hinaus haben wir den Eindruck, dass eine bestimmte Mentalität und Ideologie – die wir aus Gründen, die im Laufe der Lektüre deutlich werden, als„identitär" bezeichnen – seit Jahren eine Reihe von Dynamiken hervorruft, die weit über den Bereich der Sexualität und der zwischenmenschlichen Beziehungen hinausgehen, und dass wir – zumindest was uns betrifft – viel zu lange damit gewartet haben, unsere Kritik zu äußern (aber besser spät als nie). Diese Überlegungen haben zu diesem Text geführt, der sowohl ein Akt der Anprangerung als auch ein Beitrag zu einer Debatte sein soll, die weit über die spezifische Angelegenheit hinausgeht, aus der er entstanden ist. Wenn diese Art von Problemen immer mehr Welten entzweit und in unserem Fall auch zur Entsolidarisierung gegenüber Realitäten die stark stark von Repression betroffenen sind, haben die zugrunde liegenden Ideologien unserer Meinung nach noch tiefere, zutiefst schädliche Folgen. Daher ist es notwendig, all dies auch aus der Perspektive zu betrachten.

Auf die Anschuldigung selbst wollen wir hier nicht eingehen. Bestimmte Tatsachen, die, wie man sagt,„heikel" (und auch aus strafrechtlicher Sicht potenziell sensibel) sind, müssen an geeigneter Stelle und zu geeigneter Zeit behandelt werden – zumindest, um den Bullen und den Schreiberlingen keinen Stoff für Spekulationen zu liefern. Wir sagen lediglich, dass wir uns nicht mit unserem Gefährten organisieren würden, wenn wir ihn für einen Vergewaltiger halten würden. Es wird angedeutet, aber wir sollten es explizit machen: Sowohl wir als Autoren dieses Texts als auch der direkt vorgeworfene Genosse sind bereit, uns mit jedem, der uns dazu auffordert, von Angesicht zu Angesicht zu konfrontieren. Wir haben jedoch viel zu sagen über die Art und Weise, wie solche Anschuldigungen zunehmend erhoben werden, über die Mentalität, die dahintersteht, und über die Konsequenzen, die sie nach sich ziehen.

Da wir auch der Meinung sind, dass wir zuhören müssen, wenn jemand angibt, Gewalt erlitten zu haben, kann dies kein Alibi dafür sein, die Tatsachen nicht als das zu betrachten, was sie sind (oder, bescheidener ausgedrückt, als das, was sie für uns arme Sterbliche zu sein scheinen), oder dafür, eine Person in Verruf zu bringen, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, zu antworten. Wir sind hartnäckig der Meinung, dass jeder, der schwere Anschuldigungen gegen jemanden erhebt – sei es, dass jemand einen sexuellen Übergriff begangen hat, Geld aus einer gemeinschaftlichen Kasse gestohlen hat oder ein Verräter ist –, die Verantwortung für das, was man sagt, übernehmen und mit klaren und begründeten Argumenten untermauern sollte, und zwar an einem angemessenen Ort und zu einem angemessenen Zeitpunkt. Dass auch dieses Mal der Moment der Gegenüberstellung verpasst wurde, scheint uns ganz klar das Produkt einer Mentalität zu sein, die die Bedingungen an die Stelle der Tatsachen und die Opferrolle an die Stelle von Denken setzt. Da das Problem nicht trivial ist, müssen wir es angemessen betrachten.

Durch die Vermittlung eines als intersektionaler Feminismus bezeichneten Ansatzes ist eine aus Übersee stammende Ideologie zu uns gelangt, die etwa wie folgt lautet: Die Vorstellung, wir seien freie und gleiche Menschen, die versuchen, hier und jetzt so weit wie möglich Beziehungen der Gegenseitigkeit zu erleben („Was du machen kannst, kann ich auch, und umgekehrt"), ist nichts als ein altes humanistisches Märchen. Da wir in diesem permanenten Krieg, den wir Gesellschaft nennen, in Wirklichkeit ungleich sind – durchzogen, oft ohne es zu merken, von einer Übermachtdynamik, die sich um die Linien des Geschlechts, der Hautfarbe, der körperlichen oder intellektuellen Fähigkeiten, des Alters usw. dreht –, müssen wir wach und wachsam sein (woke, amerikanischer Slangausdruck für „awake"), um all die Gewaltakte zu erfassen, die ständig unsichtbar sind, und in die menschlichen Beziehungen eingreifen, um das verlorene Gleichgewicht wiederherzustellen. […]

(stark gekürzter Text, vollständig im Internet zu finden)

Italienische Halbinsel, Frühjahr 2025
Cinque piccoli indiani fuori dalla riserva
[Fünf kleine Indianer außerhalb des Reservats]

Anmerkung der Redaktion II:

Wow. Okay, Soweit. Wir versuchen es mal nicht polemisch. Diese kurze Passage zeigt, dass die Schreibenden schlicht keine Ahnung haben, was sexualisierte Gewalt für die von ihr Betroffenen bedeutet. Der "schlimme Vorfall", die "echte Ungerechtigkeit", "schändlich" ist hier der Vergewaltigungsvorwurf, nicht die Vergewaltigung, die euphemistisch mit dem Diebstahl von Geld aus einer Politkasse gleichgesetzt wird. Es zeigt sich, dass die Schreibenden nicht nur keine Ahnung haben, sondern - schwerwiegender - auch kein Interesse, empathisch verstehen zu wollen. Damit ist für uns die Gesprächsgrundlage dahin, was uns - glücklicherweise - in die bequeme Position bringt, uns nicht mit dem noch folgenden Hauptwiderspruch auseinandersetzen zu müssen, mit der zugegeben philosophischen Frage nach der Möglichkeit einer objektiven Wahrheit und mit dem Verhältnis zwischen Individuum und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Nur eins noch: Wiederholt schreiben die Autor*innen von unsichtbaren gesellschaftlichen Machtstrukturen. Unsichtbar sind diese aber nur für die, die nicht von ihnen betroffen sind UND nicht zuhören wollen. Der Text endet so: "Inmitten all dieser reaktionären Scheiße machen wir weiter, mit unseren Prinzipien fest in der Hand." Das wollten wir auch gerade sagen.

Diejenigen, die sich für die Guten halten.
Oder: Von der Verteidigung des Clans

Dieser nicht gerade kurze Text entstand als Antwort auf „Auf Augenhöhe. Gegen den identitären Autoritarismus“, veröffentlicht im vergangenen Juli. Wie für seine Autor*innen wäre es auch für die Schreibenden dieses Textes einfacher und bequemer gewesen, diese erneute Veröffentlichung zu ignorieren und wie in anderen Fällen einfach weiterzumachen – und Gelegenheiten dazu hätte es in letzter Zeit mehrere gegeben. Dennoch hielt man es aus Gründen, die weiter unten versucht werden zu erläutern, dieses Mal für angebracht, etwas niederzuschreiben – auch wenn andere, ähnlich gelagerte Schriften, die in letzter Zeit erschienen sind, in den Augen der Verfasser*in keine mehr oder weniger ausführliche Antwort verdient haben. Leider – für uns wie für euch – wird vieles gesagt und geschrieben, manches mit Bedacht nicht in Texten, die öffentlich verbreitet werden. Klare, sonnenklare Gedanken werden vielmehr offen in Gesprächen unter Anarchist*innen formuliert (auch ohne „ein Glas Wein davor“), während Versammlungen unter Genossinnen oder in größeren Kreisen. Zum Glück aller wird immerhin nicht mehr im nationalen Fernsehen live die eigene Weltsicht zum Besten gegeben – so brillant oder weniger brillant sie auch sein mag. Die folgenden Zeilen werden keine Zitate von „maître à penser“ des Anarchismus enthalten, keine von Schlüsselfiguren der westlichen Philosophie oder inhaftierten Genoss*innen, sondern fast ausschließlich das, was aus den Überlegungen der schreibenden Person selbst hervorgeht. Gerade deshalb ist es sicher angreifbar, lückenhaft, aus verschiedenen Blickwinkeln kritisierbar. Das Ziel ist tatsächlich nicht, „die Debatte zu gewinnen“, nicht, jemanden zu überzeugen oder zu überreden; es geht nicht darum, die Verteidigung irgendeiner Person oder Gemeinschaft zu übernehmen – schon gar nicht durch das Zurschaustellen einer Liste gelesener Klassiker, kunsthistorischer Kenntnisse oder der eigenen Beherrschung der italienischen Sprache mittels Zungenbrechern usw.. Der Text enthält keine originellen Gedanken, und überdies sind angemessenere, vollständigere und umfassendere Analysen und Untersuchungen zu den folgenden Themen bereits mehrfach in anderen Schriften der letzten Jahre veröffentlicht worden.

Postmodernismus?

Auch „Auf Augenhöhe“ enthält – genau betrachtet – keine besonders originellen Überlegungen, sondern kreist um die üblichen, abgedroschenen und allseits bekannten Argumente, die bereits in der Vergangenheit vorgebracht wurden. Es handelt sich eher um eine Collage dieser Argumente – wenn auch, das sei gesagt, in einer relativ eleganteren und argumentativ besser ausgearbeiteten Form als gewöhnlich. Ein wesentlicher Unterschied liegt jedoch in der Ersetzung des Dreh- und Angelpunkts der gesamten Argumentation. Anstelle des alten inneren Feindes innerhalb der anarchistischen „Bewegung“ – dem (trans)Feminismus – tritt nun eine neue, schreckliche, tödliche Bedrohung: die aus den USA importierte postmodernistische Philosophie. Die Argumente verändern sich teilweise entsprechend, doch das zugrunde liegende Denkmuster bleibt im Wesentlichen dasselbe. Der rote Faden ist also ein langes Herleiten der halb-neuen These, dass die meisten heutigen Übel innerhalb der „Bewegung“ ihren Ursprung in der aus den Vereinigten Staaten importierten postmodernistischen Ideologie haben – ein Virus, der – nicht zufällig – „aus US-Universitäten und anderen Laboratorien der Macht“ entwichen sei und sich allmählich im Anarchismus eingenistet habe. Die Ursachen der aktuellen Zustände (wie auch immer man sie interpretieren will) wären also nicht in all dem zu suchen, was man durch eine mehr oder weniger oberflächliche oder tiefgehende Analyse der gegenwärtigen Lage und der letzten Jahrzehnte des informellen anarchistischen „Milieus“ – hierzulande und anderswo – erkennen könnte. Nein, schuld ist der Postmodernismus (ein zu spät kommender Sündenbock, ehrlich gesagt).

Der innere Saboteur – wie es einige in den 1970ern und bis vor Kurzem auch über den Feminismus sagten. Tatsächlich sei laut den Autor*innen der Textes ein weiterer großer, wenn auch leiser auftretender, Überträger des amerikanischen „Krankheitskeims“: der intersektionale Feminismus. Die Detektive des Postmodernismus durchkämmen Texte und Kommuniqués auf der Suche nach Schlüsselwörtern, die auf die klare, latent wirkende Handschrift des Postmodernismus hinweisen – die ihrem wachsamen Blick natürlich nicht entgeht. Der Eifer und die Dringlichkeit, die Enkelkinder von Lyotard und Derrida aufzuspüren, ist groß, denn man fühlt sich von ihnen allseits belagert. Zum Lachen, wenn's nicht so traurig wäre. Aber nun gut – das sollen unsere eigentlichen Probleme sein, wird uns berichtet. Man nimmt sich nicht einmal die Mühe, gegen diese These zu argumentieren – so schwierig ist es in der Regel auch, gegen das zu argumentieren, was man allgemein als „Verschwörungstheorien“ kennt.

Aber Spaß beiseite – und etwas strukturierter und praxisnäher gesprochen: Das Problem, wie man mit Fällen sexualisierter Gewalt umgehen soll – die im Text als „heikle Vorfälle“ bezeichnet werden (oder als „Bettgeschichten zwischen zwei Personen“, wie sie ein besonders scharfsinniger Beobachter nannte) – und mit den damit verbundenen Machtverhältnissen, die untrennbar mit diesen Vorfällen verknüpft sind, ist tatsächlich noch lange nicht wirklich im „Bewegungskontext“ angekommen. Weder was die Reichweite und Schwere des Themas betrift, noch in Bezug auf die Methoden (geschweige denn auf das, was konkret zu tun wäre). Aber das Problem, oder besser gesagt: die Probleme, liegen noch weiter zurück. Zum Beispiel in dem Anspruch, zu einer unwiderlegbaren „Begründetheit“ dessen zu gelangen, worüber gerade diskutiert wird – zu einem Beweis, der – wie uns die Wissenschaftslehre zeigt – nur durch Belege erbracht werden kann. Hier liegt der erste logische Kurzschluss in „Auf Augenhöhe“: Die gleichen Vorwürfe, die die Autor*innen anderen machen, könnten leicht gegen ihre eigene Position gerichtet werden. In diesem Fall lehnen sie eine inquisitorische Haltung gegenüber mutmaßlichen Tätern ab, sie wollen keine Gerichte – zu Recht! – aber sie fordern Beweise von den Betroffenen. Ein Vorgehen, das man, so wage ich zu sagen, fast schon als „wissenschaftsgläubig“ bezeichnen könnte.

Warum diese Forderung nach Beweisen? Weil man heimlich davon träumt, Richter*innen in einem imaginären anarchistischen Grand Jury zu werden, um „unparteiisch“ über solche Fälle und andere Fragen zu entscheiden? Hoffentlich nicht. Oder liegt es daran, dass hinter der Forderung nach Beweisen die Angst steckt, die eigene Gruppe könne zerbrechen – die Furcht vor irreparablen Rissen im Innersten der „Familie“? Der Schre-

cken, sich selbst und einander in die Augen schauen zu müssen und Dinge zu erkennen, die man sich nie hätte vorstellen wollen? Auch das wäre schon schlimm genug. Oder liegt es schlicht daran, dass man insgeheim wirklich glaubt, von Frauen* und Genoss*innen umgeben zu sein, die morgens aufstehen und sich Geschichten über erlebte Gewalt ausdenken, weil ihnen langweilig ist – oder aus purem Wunsch, jemanden aus nicht näher definierten Gründen zu verleumden?

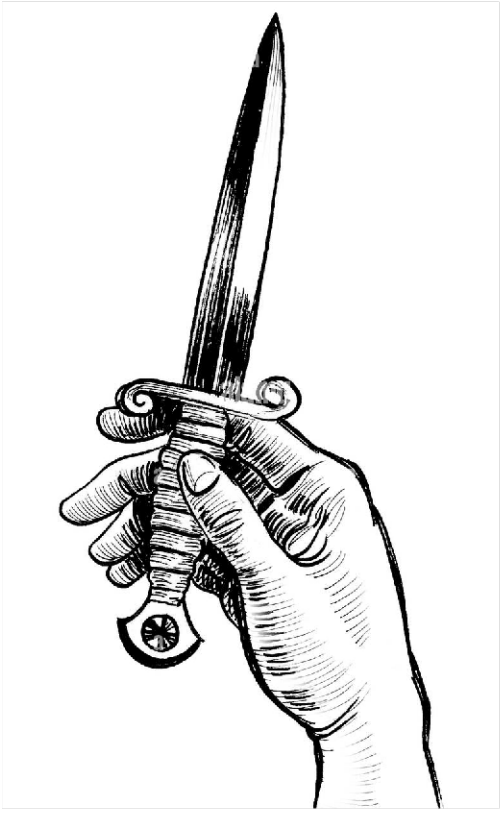
Man möchte es kaum glauben – und doch scheint genau das durch, wenn man Passagen liest wie: „Nur eine Seite anzuhören, unkritisch und aus Prinzip, kann einigen Personen ein sehr reales Privileg verschaffen: das zu lügen – denn es enthebt sie der Pflicht, glaubwürdige Aussagen zu machen", oder: „Es sei denn, man wolle behaupten, dass Angehörige unterdrückter Kategorien keine Hintergedanken haben können und sich selbst und anderen keine Lügen erzählen – ein besonders hohes Risiko in dieser Ära des fast psychedelischen Subjektivismus."

Man braucht keine besonderen Analysewerkzeuge, um zu erkennen, dass unsere gesamte Gesellschaft – nicht die „postmodernistische", sondern die andere – mehr als genug Beweise dafür liefert, wie absurd solche Argumentationen sind, und dass sie als Vorwand dienen, um Betroffenen nicht zu glauben – was wahrlich erschreckend ist. Um mir einen geschmacklosen Vergleich zu erlauben: Wenn Genoss*innen, Migrant*innen oder andere marginalisierte Menschen angegriffen werden – fragen wir dann etwa Faschisten, Rassist*innen oder Cops nach ihrer Version der Geschichte?

Kurzum: Die anarchistische „Bewegung" soll also voller Lügner*innen und Aufschneider*innen sein, und die Angehörigen der „unterdrückten Kategorien" (was für ein grauenhaftes Wort) hätten sich organisiert, um nicht nur sich selbst, sondern allen anderen Lügen zu erzählen – um als „Opfer" durchzugehen und entsprechende Aufmerksamkeit zu bekommen. Letztlich schlägt man einen skeptischen, misstrauischen Zugang vor, der alles andere als vertrauensvoll gegenüber diesen „Kategorien" ist – vielmehr müsse man sie mit Vorsicht genießen, um sich nicht täuschen zu lassen. Die schreibenden Personen dieses Textes halten es für grundsätzlich sinnvoll, mehrere „Glocken" zu hören – also verschiedene Perspektiven einzubeziehen – aber nur unter der Voraussetzung, dass man sehr wohl in der Lage ist, zwischen den Aussagen der Beteiligten zu unterscheiden. Andernfalls läuft man stark Gefahr, von jeder beliebigen Darstellung überzeugt zu werden – je nach der erzählerischen Begabung, Bekanntheit (die natürlich „verdient" sein muss) oder Autorität der jeweiligen Person (auch diese muss „verdient" sein). Man läuft Gefahr, zur Wetterfahne zu werden, ohne eigene gedankliche Ordnung, ständig der nächsten Meinung nachzulaufen. Und genau das passiert – leider – viel zu oft.

Wie aber kann man ein gewisses Maß an Urteilsvermögen zu Themen und Fragen entwickeln, über die man – da niemand als Expert*in geboren wird – wenig bis gar nichts weiß, weder theoretisch noch praktisch? Ohne den Anspruch, eine „Offenbarung" zu liefern, halte ich Folgendes für einen guten Anfang: Sich einzugestehen, dass uns gewisse Analysewerkzeuge fehlen, dass der Blick aufs Ganze lückenhaft und einseitig ist, dass man nicht über den nötigen theoretisch-praktischen Hintergrund verfügt, um solchen Themen gerecht zu werden. Der zweite Schritt: Selbstkritik. Auch wenn das heute – wie wir wissen – nicht mehr besonders en vogue ist. Und schließlich: der Versuch, das Nötige zu tun, um diese Lücken zu schließen. Woher also die Notwendigkeit zu einer selbstkritischen Haltung – selbst dann, wenn man glaubt, bereits alles Relevante zu wissen und alles andere sei objektiv bedeutungslos? Nicht zu verstehen – oder schlimmer noch: als „nicht schwerwiegend" einzustufen – was man selbst nicht erlebt hat und daher nicht einordnen kann, und sich dann auch noch zum „Richter" aufzuschwingen, indem man Prioritäten, Schweregrade und Wichtigkeiten festlegt, bedeutet, sich eine vermeintliche moralische Überlegenheit auf dem Rücken anderer Menschen anzumaßen – eine Vorstellung, die schlicht abstoßend ist.

Wenn man das nicht nachvollziehen kann – oder sich schlichtweg entscheidet, es nicht tun zu wollen (was exakt das ist, was geschieht) – wird man meiner bescheidenen Meinung nach zwangsläufig immer wieder in die gleichen gedanklichen Sackgassen und mentalen Altlasten zurückfallen, und jedes Mal auf's Neue in den altbekannten Reflex verfallen, mit Zähnen und Klauen eine „Hütte" zu verteidigen, die längst an allen Ecken und Enden leckt. Ermutigend ist zwar die Erklärung der Autor*innen von „Auf Augenhöhe", wie wichtig es sei, denjenigen zuzuhören, die Gewalt erfahren haben oder erfahren – aber, leider für sie und uns, geschieht in der Realität – in der Realität, die wir vor Augen haben, nicht in hypothetischen, von Wahrheitsanspruch befreiten Welten – fast immer das Gegenteil. Die Tendenz ist es, das von der betroffenen Person Gesagte herunterzuspielen, zu relativieren, zu bagatellisieren, und sich lieber eilig der Verteidigung des Aggressors zu widmen.



So hat man das Gefühl, dass – in einer vollkommen absurden Verkehrung von Logik und Tatsachen – das Opfer zum Täter gemacht wird. Gerade weil man Beweise will. Gerade weil man sagt: Man kann sich nicht sicher sein, wenn „niemand dabei war". – „Wenn es keine faktische Wahrheit gibt, oder diese jedenfalls nicht auffindbar ist", schreiben die Fünf Indianer – „wem soll man dann glauben?" Gute Frage. Sicherlich nicht den Genoss*innen, die vom „postmodernistischen Virus" infiziert wurden, so scheint es jedenfalls durchzuklingen.

Noch bemerkenswerter ist die Aussage: „An die Stelle der Wahrhaftigkeit tritt die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Subjekt." Damit haben sie – ehrlich gesagt – nicht ganz Unrecht. Nur zeigt sich hier ein weiterer logischer Kurzschluss: Die Kritik, die sie formulieren, lässt sich exakt auf ihr eigenes, spiegelbildliches Vorgehen anwenden. Denn in der Praxis,

wenn man sich anschaut, was tatsächlich passiert, wird die Wahrhaftigkeit immer nur einer Seite zugesprochen – der des Unterdrückers. Wenn man ihre Darstellung richtig verstanden hat, ist diese Herangehensweise – ironischerweise – genau das, was sie selbst als postmodernistisch bezeichnen würden.

Liest man „Auf Augenhöhe", könnte man meinen, dass die Verfasser*innen zumindest auf theoretischer Ebene anerkennen, dass es (wenn Beweise vorliegen) notwendig sei, in bestimmten Situationen drastisch zu handeln. Das Problem: Dieser Fall tritt in der Praxis nie ein. Irgendetwas stimmt immer nicht an der Erzählung der betroffenen Person. Irgendetwas lässt einen zweifeln. Der Schatten der „lügenden Frau" schwebt über allem. Die „Beweise" reichen daher nie aus. Man hat sich das kleine Repertoire an richtigen Worten auswendig gemerkt – aber in der Realität weiß man nicht, was man damit anfangen soll.

Menschen definieren sich vor allem über das, was sie tun, nicht über das, was sie sagen. Andernfalls, um es einfach zu sagen, ist das Heuchelei. Für die Gebildeteren unter uns: politisch und intellektuell unehrlich. Ein wenig Trost bieten die gut gemeinten Listen: „Natürlich sind wir uns bewusst, dass…", „Es erscheint uns legitim, zum Beispiel, dass…", „Es wäre grausam, zu verlangen, dass…", „Ohne zu leugnen, dass…"

Doch am Ende landet man immer wieder beim Ausgangspunkt. Das Problem – der dritte logische Kurzschluss, liebe Indianer – ist, dass Menschen, die angreifen, Gewalt ausüben oder vergewaltigen, häufig nicht erkennen, dass sie etwas Falsches getan haben. Sie glauben, dass gewisse Dinge „nun mal passieren können" – in bestimmten Situationen, in bestimmten psychischen Zuständen oder unter besonderen Umständen (die Liste der Ausreden wäre zu lang, um sie hier aufzuzählen) – und dass es deshalb „nicht so schlimm" sei. Und sie glauben das auch nachdem es ihnen erklärt wurde. Wenn sie es vorher verstanden hätten – manchmal, nicht immer – hätten sie es vielleicht nicht getan. Wenn sie es nachher verstehen würden, käme es zu einer echten Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten. Sie würden Verantwortung übernehmen. Und das ist, von jemandem, der sich als politisch denkendes Wesen versteht, das Mindestmaß an Erwartung. Sicherlich – wie ihr selbst treffend formuliert – vorausgesetzt, diese Person „habe keine Hintergedanken" und „Erzähle sich selbst oder anderen keine Lügen" – was, zugegeben, in dieser Ära des fast psychedelischen Subjektivismus nicht sehr wahrscheinlich ist.

Grundbanalität (I)

Jeder Kampf kann – vollständig oder teilweise – vom herrschenden System vereinnahmtwerden, sei es mit Zuckerbrot oder Peitsche. Feminismus, Ökologie, Antispeziesismus, Antimilitarismus, lokale Kämpfe verschiedenster Art, Kämpfe gegen Knäste und Abschiebelager – alles kann verschluckt, verdaut und befriedet werden vom Staat, seinen Apparaten und der Vielzahl ihm zuarbeitender Akteure – angesichts des heutigen Repertoires an Vereinnahmungsstrategien. Entscheidend sind die Methoden – und die daraus abgeleiteten, konsequent umgesetzten Praktiken. Sich bewusst und gezielt nur einen Teil eines vielfältigen Spektrums an Methoden und Praktiken herauszupicken, ihn zu verallgemeinern und dann damit das Ganze diskreditieren zu wollen – das ist armselig.

Niemand würde für den Antimilitarismus die Friedensmärsche von Assisi als Symbol wählen. Niemand denkt bei Kämpfen gegen Abschiebelager sofort an „LasciateCIEntrare". Niemand nimmt die Föderation der italienischen Anarchisten als repräsentatives Beispiel für den gesamten italienischen Anarchismus. Genauso wie man bei der Geschichte des Anarchismus manchmal ein selektives Gedächtnis zu beobachten glaubt, betrifft das auch manche (trans)feministischen Strömungen, deren Geschichte des bewaffneten Kampfes, des Ökologismus, des Antiknastkampfes, des Antikapitalismus so gerne ausgeblendet wird. Wer diese Geschichte nicht kennt, dem sei wie immer geraten: Lies nach.

Wer sie aber kennt und sie bewusst ignoriert, um eine oberflächliche und instrumentelle Kritik nicht zu gefährden, spielt ein ganz anderes Spiel. Ich persönlich befürworte eine möglichst genaue und differenzierte Darstellung, wenn es um Bewegungs- und Widerstandsgeschichte geht – vor allem, wenn man Gefahr läuft, alles über einen Kamm zu scheren. Das ist ein notwendiger und grundlegender Schritt, um überhaupt erst klarzustellen, worüber gesprochen wird. Sonst wird ein ernsthafter Austausch schwierig – und alles Weitere führt ins Leere. Wenn aber bestimmte Argumente dazu benutzt werden, um – intellektuell heuchlerisch, manchmal sogar feige und vulgär – alle zu diffamieren, die bestimmte Analysen und Praktiken vertreten, dann ist das schlicht inakzeptabel.

Wenn das Repertoire der Anklagen Dinge umfasst wie: „Man darf im Bus nicht mehr breitbeinig sitzen", „Ich darf mir nicht mehr öffentlich an die Eier fassen, ohne dass mir jemand sagt, ich soll das nicht tun", „Wenn ich mein T-Shirt ausziehe, gelte ich gleich als Belästiger" – dann sind das nur banale Beispiele. Meiner Meinung nach ist es eine Frage von Anstand und Umgangsformen, ob man sich öffentlich an den Genitalien kratzt – das ist natürlich nicht verpflichtend, keine Sorge. Aber wenn jemand daraus ein politisches Argument macht, um einen gesamten Bereich des Widerstands zu diskreditieren – dann ist das menschlich wie politisch armselig.

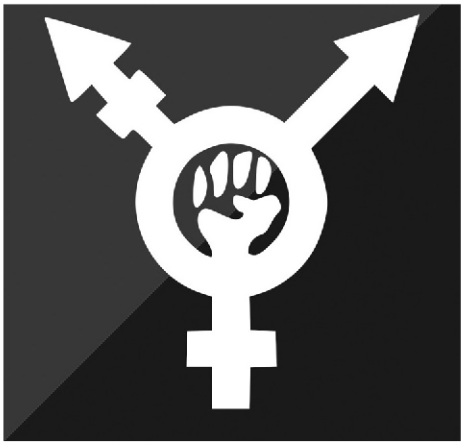
Zurecht: Wirtshausgeschwätz ist das eine, politische Diskussions- und Debattenräume sind das andere. Es wäre daher angebracht, diese klar voneinander zu trennen – an würdelosen Gestalten, die unsere Alltagsrealität mit ähnlichen Phrasen überfluten und sich aller medialen Kanäle bedienen, mangelt es ohnehin nicht. Um diese doch eher banalen Überlegungen abzuschließen, möchte ich eine letzte Anmerkung machen.

Auch von hier aus stellt sich mit Verwunderung die Frage, seit wann Anarchist*innen sich nicht mehr auf Basis theoretischer und praktischer Affinitäten organisieren, die aus gemeinsam geteilten Analysen und Sichtweisen der bestehenden Verhältnisse hervorgehen –also auf der Grundlage gemeinsamer Methoden und Perspektiven eines Eingreifens in eben diese Verhältnisse –, sondern stattdessen Buchmessen, Diskussionsrunden oder Initiativen jeglicher Art planen, als handelte es sich um Parteikongresse, Gewerkschaftsplenen oder kirchliche Konzile? [hier wird unter anderem auf die Anarchistische Buchmesse im April 2025 in Rom angespielt http://rome anarchistbookfair.espivblogs.net/ a.d.Ü.]

Seit wann haben Anarchist*innen Skrupel, Personen auszuschließen, mit denen sie keine organisatorischen oder strategischen Wege teilen können? Seit wann ist es autoritär geworden, klar zu benennen, mit wem man nichts zu tun haben will? Wenn die Dinge schon immer anders liefen

und man das nicht mitbekommen hat, hat man wohl ein paar Puzzleteile verloren. Nehmen wir's zur Kenntnis. Sich wie Giftschlangen aufzuregen, sich beleidigt und bedroht zu fühlen, weil jemand einem deutlich macht, dass man nicht willkommen ist – eine Reaktion, die sich übrigens häufig auch gegenüber separatistischen Positionen zeigt –, ist kein libertäres Verhalten, sondern erinnert eher an Parteikader, die auch genau so denken. Darin stecken – latent oder offensichtlich – Machtlogiken, Führungsansprüche, Kontrollwünsche. Alle als Feinde zu betrachten, die nicht der eigenen Linie folgen und unabhängig Analysen und Kämpfe führen, ist eine parteiliche Handlungsweise, eine der Einheitlichkeit, die alles, was sie als „außerhalb" wahrnimmt, planieren möchte. Eine, die Gefolgschaft und Delegation zulässt, aber keine Autonomie des Denkens und Handelns.

Welche Klasse, welcher Kampf?



Bei der weiteren Lektüre von „Da pari a pari" (Auf Augenhöhe) stößt man auf eine Argumentation – von grotesker Oberflächlichkeit (wirklich in guter Absicht?) –, der zufolge die vielfältigen Ebenen und Schichten, auf denen sich das System der Herrschaft aufbaut – basierend etwa auf Geschlecht, Ethnie, Herkunft (um nur einige zu nennen) –, keinerlei ernsthafte Berücksichtigung verdienten, im Gegenteil: Sie seien bedeutungslos, eine Erfindung hypersensibler (selbstverständlich amerikanischer oder französischer) Akademiker*innen. Denn in Wirklichkeit existiere nur eine einzige, konkrete Form der Herrschaft: die ökonomische Ausbeutung. Ich benutze bewusst den Begriff „ökonomische Ausbeutung" und nicht „ausgebeutete Klasse", aus Gründen, die ich später darzulegen versuche.

Die Annahme, dass die einzige (und vielleicht erste?) Form von Unterdrückung die ökonomische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sei und alle anderen Unterdrückungsformen lediglich daraus abgeleitet seien, und nicht etwa umgekehrt, ist eine gewaltige Fehlannahme – historisch gesehen durchaus fragwürdig. Wenn man die Entstehung und Entwicklung des kapitalistischen Systems betrachtet, dann wird deutlich, dass die Unterwerfung und Zerstörung von Bevölkerungen und Lebensräumen – als Teil der globalen Arbeitsteilung und Ressourcenausbeutung, die bis heute andauert –von Anfang an ein strategisches Mittel der Kapitalakkumulation war. Die Anfänge und die Durchsetzung des Kapitalismus zeigen sich besonders deutlich in drei Grundpfeilern der sogenannten ursprünglichen Akkumulation (16.–17. Jh.):1. Die Enteignung gemeinschaftlicher Landflächen in Europa, 2. die Hexenverfolgungen mit dem Ziel, das überlieferte Wissen der Frauen in den ländlichen Gemeinden zu eliminieren – zugunsten einer neuen, kapitalismusdienlichen, patriarchalen Wissenschaft, 3. die Kolonisierung Amerikas mit der Versklavung indigener Völker und der Verschleppung afrikanischer Sklav*innen.

Ausbeutung der Natur, patriarchale Herrschaft, koloniale Sklaverei – das waren und sind gezielte Herrschaftsformen über bestimmte Körper, Räume, Ressourcen. Die Ausbeutung hat nie alle Ausgebeuteten gleich behandelt – nicht damals, nicht heute. Wenn die „5 Indiani" behaupten, ein Kapitalismus ohne Rassismus, Sexismus, ohne Geschlechter und „Rassenunterschiede" könne zumindest theoretisch existieren – dann mag das in ihren Abstraktionen stimmen, aber nicht in der historischen Realität der letzten 500 Jahre. Marx hat das nicht gesehen, und viele seiner Anhänger*innen bis heute auch nicht. Ohne Kapital und Klassen, ohne Herrschende und Ausgebeutete, bräche automatisch eine Ära der Freiheit für alle an? Eher nicht. Denn die systematische ökonomische Ausbeutung und die Entstehung benennbarer Klassen wurde historisch oft von anderen Formen der Unterdrückung vorweggenommen – Formen, die zu unterschiedlichen Zeiten an unterschiedlichen Orten auftraten, nie dauerhaft, nie identisch.

Die oben genannte Annahme wirkt daher wie ein Dogma. Dies ist nicht der Ort für eine tiefgehende Analyse, wer möchte, findet anderswo bessere Darstellungen – auch in Arbeiten aus der Akademie übrigens, bei denen niemand auf die Idee kommt, sie zu verwerfen, weil sie eben „passen" und bequem sind. Es lohnt sich außerdem, den Begriff der „ausgebeuteten Klasse" kritisch zu hinterfragen. Welche genau ist gemeint? Ist sie homogen? Eine Klasse existiert nur, wenn sie sich ihrer selbst bewusst ist. Andernfalls besteht die „ausgebeutete Klasse" nur aus Kompliz*innen der eigenen Ausbeutung. Es reicht nicht, seinen Körper, seine Zeit, seine Würde gegen Lohn zu verkaufen, um automatisch Teil einer ausgebeuteten Klasse zu sein. Auf rein materialistischer Grundlage mag man das so sehen – dann erscheint die Klasse als klar definierbar und einheitlich. Aus ethisch-politischer Perspektive jedoch nicht. Man muss wissen – bewusst – wer die Klassenfeinde sind, wo man selbst steht. Bei den Herrschenden besteht daran kein Zweifel. Sie wissen sehr genau, wo sie stehen und wer ihre Feinde sind. Die Zeit gibt ihnen recht.

Was die „ausgebeutete Klasse" betrifft, sehen wir – zumindest hierzulande – eine breite Masse von Menschen, die aktiv zur Reproduktion ihrer eigenen Unterdrückung beitragen. Sie hängen immer noch an der Illusion eines bürgerlichen Lebensstils, obwohl dieser längst zerfällt. Sie träumen von Aufstieg, imitieren die Werte und Gewohnheiten ihrer Ausbeuter*innen. Es sind also nicht immer und nicht überall Bewusstsein oder Widerstand zu finden.

Vielleicht wäre es sinnvoll, wie die „5 Indiani" nahelegen, sich mal ein paar Monate in eine Fabrik oder ein anderes Arbeitsumfeld zu begeben, um zu sehen, was wirklich los ist unter den sogenannten Ausgebeuteten – vor allem, aber nicht nur unter den autochthonen. Besorgniserregend finde ich Aussagen wie: „Man muss Arbeiter immer unterstützen, auch wenn sie Scheiße labern" – und das, ohne sie zu idealisieren. Aber ist das wirklich revolutionär? Oder paternalistisch? Infantil? Oder einfach altlinke Avantgarde-Arroganz? Vielleicht sollten wir öfter und ernsthafter in konkrete Konfliktsituationen eingreifen – ohne Überheblichkeit. Vielleicht.

Aber die Frage, die ich mir selbst stelle, ist: Lohnt es sich heute wirklich, Energie in Projekte zu investieren, deren „Kampfhorizonte" uns oft (wenn auch nicht immer) fremd sind? Ich denke: Nein. Es ist sinnvoller, unsere Energie auf andere Ziele zu richten – wie es viele bereits tun. Ohne übertrieben pathetisch klingen zu wollen, denke ich, dass wir als Anarchist*innen zumindest in unseren theoretischen und praktischen Überlegungen den Horizont einer ungezähmten und unordentlichen – nicht

unorganisierten – Insurrektion nicht aus dem Blick verlieren sollten. Einer sozialen Revolution nicht mit einer „ausgebeuteten Klasse“ im Schlepptau, die man zur Emanzipation führen müsste (als Avantgarde?), sondern gemeinsam mit dem Teil der unterdrückten Menschheit, der dieser Welt nicht insgeheim Bewunderung entgegenbringt, der keine Revolution der bestehenden Bedingungen will, sondern deren Umsturz, deren Abschaffung. Menschen, die diese Welt und ihre Symbole zerstören wollen. Die vielleicht versuchen, sich der Ausbeutung auf alle erdenkliche Weise zu entziehen. Für die die Grenze zwischen Legalem und Illegalem relativ ist. Die nicht sozial aufsteigen wollen und – vielleicht das Wichtigste – aus ihrer unterdrückten Position heraus nichts zu gewinnen haben. Welche Menschheit wäre tatsächlich gefährlich für die Herrschaft und ihre Pläne?

Meiner Meinung nach genau die, mit der wir am wenigsten zu tun haben, mit der wir nicht wirklich sprechen können, der wir nichts zu sagen wissen. Die Menschheit an den Rändern, die Ausgestoßenen, Ausgeschlossenen, die in offenen Ghettos leben, oder in Gefängnissen und Abschiebezentren (CPR) landen – die echten „Überschüsse“, die „Kollateralschäden“, die nicht durch Lohnarbeit, neue elektronische Spielzeuge, den SUV auf Raten oder den Jahresurlaub gezähmt werden können.

Die „Verdammten dieser Erde“, die in „Auf Augenhöhe“ nur en passant erwähnt werden, interessieren sich nicht für amerikanische Gender Studies, arbeiten nicht in der Automobilindustrie oder der Bahn, tauchen nicht in unseren Versammlungen auf. Ob's uns passt oder nicht: Sie gehören nicht zur gleichen „Klasse“ wie italienische oder europäische Ausgebeutete – und organisieren sich fast nie mit ihnen. Man könnte einwenden – und das zu Recht –, dass das, was ich über die sogenannte „ausgebeutete Klasse“ sagte, auch auf das Subproletariat in Stadt und Land zutrift. Das stimmt natürlich. Auch unter ihnen ist es nicht die Mehrheit, die die bestehende Ordnung stürzen will, die deren Gründe und Ursachen teilt, die sich für eine Welt ohne Autorität und Ausbeutung einsetzen würde. Denn viele von ihnen wollen – mindestens – ein Stück vom Kuchen.

Ein entscheidender Unterschied besteht für mich dennoch darin, dass diese Menschen von der Herrschaft nicht einmal mehr mit der Illusion eines Sozialstaats (wie er etwa der autochthonen Bevölkerung zur Legitimation ihrer Existenz dient) bei der Stange gehalten werden. Sie sollen wie Sklav*innen zur Reproduktion von Profit und Ordnung beitragen, in den Knast wandern oder im Meer ertrinken, auf einer Baustelle sterben, auf dem Feld oder bei einer Polizeikontrolle. Wie wir es überhaupt schaffen könnten, mit diesen Menschen konkrete Affinitäten zu testen, ist nach wie vor eine gewaltige und offene Frage. Aber vielleicht wäre es an der Zeit, sich damit zu beschäftigen.

Banalitäten (II)

Wenn an den Wänden besetzter Universitäten nicht Aufrufe zur Zerstörung dieser Welt, sondern Verhaltenskodizes hängen, wenn für viele das Ziel von Umsturz heute hauptsächlich in sprachlicher Korrektheit und Endungen besteht (die oft nur Pose und kaum mehr sind), wenn jede Aktivität ausschließlich per Chat organisiert werden muss – oder gar nicht stattfindet –, dann sind das Probleme, die alle betreffen, nicht nur einige. Sich davon bedroht zu fühlen ergibt keinen Sinn – paranoide Reaktionen mal ausgenommen. Sorgen sollte einem eher machen, dass neben solchen Ausdrucksformen oft nicht mehr viel Anderes übrig ist. Das Problem von „Identitäten“ an sich ist ein falsches Problem. Was zählt, ist, ob diese Identität ein Bewusstsein entwickelt, eine nicht integrierbare Kampfperspektive gegen das Bestehende. Sonst bleibt sie nichts weiter als Alternativkultur. Entscheidend ist, was sie aus sich macht: ob sie Angriffsformen entwickelt, die nicht vereinnahmbar sind – oder ob sie am Ende Stütze des bestehenden Zustands wird. Antikoloniale Unabhängigkeitskämpfe oder der „Kampf“, Dialekte an Schulen zu lehren.

Die sich immer weiter zuspitzende Repression – mit ihren Folgen von Spaltung, Zerschlagung ganzer Zusammenhänge, Isolation, Frustration und Angst – trägt natürlich ihren Teil zur Lage bei. Das war auch immer eines der Ziele der Gegenseite. Doch meiner Meinung nach liegt das Problem auch in einer fehlenden Weitergabe von Theorien, Methoden, Wissen, Erfahrungen, die nicht vom Himmel fallen, sondern von Generation zu Generation weitergegeben werden müssten.

Wenn wir heute mit einer wachsenden „Bruchlinie zwischen Generationen“ konfrontiert sind, liegt das auch an unserer Unfähigkeit, Kontinuität herzustellen – was durch das digitale Leben noch verschärft wird, in das wir alle verstrickt sind. Die Gründe dafür mögen verschieden sein. Aber dass es so ist, scheint offensichtlich. Die Suche nach Auswegen aus diesem Zustand ist vielleicht die wichtigste Gegenstrategie gegen die Pläne des Feindes, damit wir nicht nur noch symbolische, vorhersehbare, spektakuläre Widerstandsformen auftreten können – so notwendig sie auch sein mögen. Angesichts all dessen ist es dringend notwendig, sich so bald wie möglich dem zerstörerischen Angriff auf die Infrastruktur zuzuwenden, die die technologischen und digitalen Käfige möglich und funktional macht – jene Infrastrukturen, die für die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Herrschaft maßgeblich verantwortlich sind: für die Zerstörung individueller Potenziale, besonders der rebellischen, aber auch aller anderen. Sie sind Grundlage für Kriege um Ressourcen und Massaker anderswo, für die real werdende planetarische Kriegsordnung, für pazifizierte Entfremdung und Mitwirkung an der eigenen Unterwerfung hierzulande.

Es kann keine Welt ohne Autorität geben – und keine Insurrektionen, die ihr den Weg bereiten –, in einer Welt, in der alle Beziehungen durch „intelligente“ Maschinen vermittelt werden. In einer Welt mit einer reduzierten Menschheit, die zur Komplizin ihrer eigenen Verzweiflung und Vernichtung geworden ist. Mit ChatGPT als bester Freundin. Eine Menschheit, mit der – wenn die technologisch vermittelte Entfremdung weiter mit dem Tempo fortschreitet, das wir beobachten – nicht nur schwer, sondern bald unmöglich zu kommunizieren sein wird. Es ist der soziale Krieg, in den wir unsere Energie und unser Engagement investieren sollten. Wir brauchen keine politischen Soldaten, keine wirtschaftlichen Statist*innen, die versuchen, den „Wert“ ihrer Arbeit zu steigern oder ihre Bedingungen zu verbessern. Keine Herden folgsamer Leute, die von unseren Ideen überzeugt wurden. Keine Herden, sondern Gruppen von Affinen. Wenn wir vom „Krieg sabotieren“ sprechen – es gibt viele Dinge, die man tun kann. Machen wir das.

Ein Anarchist

Der "Antifa-Prozess-Dresden"
- Herausforderungen und Widersprüche unserer Solidaritätsarbeit -

Wir schreiben diesen Text als Soligruppen der angeklagten Antifaschist*innen, denen ab dem 4. November 2025 in Dresden vor dem Oberlandesgericht (OLG) der Prozess gemacht wird.

Einige von uns leisten eher Hilfe während der Haftzeit, während andere versuchen, die Ermittlungen und den Prozess politisch einzuordnen. Wir arbeiten als selbständige Gruppen, unsere Positionen sind daher nicht zwingend deckungsgleich mit denen der Angeklagten. Wir verstehen uns als antifaschistisch, feministisch, emanzipatorisch, linksradikal und sehen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse antifaschistische Selbstverteidigung erfordern. Daraus resultiert unserer Anspruch an Solidarität im anstehenden Prozess. Solidarität kann jedoch nur dann ehrlich gelebt werden, wenn klar ist wem oder was sie gilt. Daher wollen wir zu Beginn unserer öffentlichen Arbeit und noch vor Prozessstart Kritiken an patriarchalem und misogynem Verhalten, Täterschutz und Täterschaften bis hin zu sexualisierter Gewalt – gegenüber den Beschuldigten und in den Solistrukturen – thematisieren.

In wenigen Wochen wird der Antifa-Prozess gegen sieben beschuldigte Antifaschist*innen vor dem OLG Dresden starten. Auch in diesem Verfahren müssen wir einen Umgang mit Kritik an patriarchalem und misogynem Verhalten, Täterschutz (durch konkrete Personen und politische Strukturen) und Täterschaften (patriarchale Gewalt in verschiedenen Facetten) finden. Das betrifft sowohl mehrere Beschuldigte, als auch Teile der Solistrukturen. Wir haben uns dafür entschieden dies, noch vor Prozessbeginn, öffentlich zu thematisieren. Ein ehrlicher Umgang und Transparenz sind Bedingungen für eine solidarische Haltung der Unterstützenden.

Es findet ein offener Austausch zwischen den beteiligten Solistrukturen statt. Wir wissen, vor allem aufgrund der Auseinandersetzung im und um das Solidaritätsbündnis Antifa Ost, von Kritiken und Täterschaften sowie dem Stand der Aufarbeitungsprozesse der einzelnen Personen. In Teilen sind diese auch öffentlich transparent gemacht worden. Wir werden zu konkreten Fällen und Personen bewusst nicht ins Detail gehen. Im Umgang mit den Kritiken, Täterschutz und Täterschaften, stehen wir vor verschiedenen Herausforderungen:

• Nicht alle Beschuldigten gehen transparent mit dem eigenen Verhalten um.

• Mit vier Angeklagten kann unter derzeitigen Haftbedingungen kein offener Austausch stattfinden

• Die Aufarbeitung findet im Rahmen verschärfter Repression statt.

• Wir sind Soligruppen und keine Aufarbeitungsgruppen oder Gruppen zur Herstellung transformativer Gerechtigkeit.

Dies sehen wir für uns nicht als Rechtfertigung, sondern als eine realistische Einschätzung der Situation. Die Auseinandersetzung mit patriarchalen Verhalten im Kontext des Prozesses und darüber hinaus ist Teil unserer politischen Arbeit. Gleichzeitig wollen wir keine Versprechen machen, die wir nicht einhalten können.Uns ist mehr als bewusst, dass es Teil des Problems ist, dass sich Leute mit Vorwürfen über Jahre in unseren Kontexten bewegen können, ohne sich tatsächlich mit ihnen auseinanderzusetzen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Während einige Genoss*innen recht früh Verantwortung übernahmen, gingen manche erst nach Druck von außen in eine Auseinandersetzung – andere entziehen sich diesen bis heute.

Gleichzeitig findet in Teilen der radikalen Linken eine Glorifizierung bestimmter Aktionsformen statt, Solidarität wird mit der Stilisierung von Held*innen verwechselt. Dadurch entsteht eine vermeintlich höhere Wertigkeit, die Gefahr läuft, Kritik zu immunisieren und patriarchale Strukturen zu reproduzieren. Mit dieser Dynamik müssen wir brechen – Kritik muss Teil von Solidarität sein, und dazu gehört in diesem Fall die Kritik an einzelne Angeklagten sowie Teilen der Solistrukturen.

Wir fordern von den Angeklagten, ob in U-Haft oder nicht, genauso wie von uns selbst, Verantwortung zu übernehmen und sich mit dem eigenen patriarchalem Verhalten (weiterhin) auseinanderzusetzen. Wir fordern ebenfalls, dass nach der Haft kollektive Prozesse zur Aufarbeitung (wieder) aufgenommen werden. Auch in unserer Szene wird Sexismus, patriarchales Verhalten und Gewalt reproduziert– das ist jedoch kein Schicksal, sondern es obliegt uns etwas daran zu ändern.

Der Umgang mit Vorwürfen und Kritiken bleibt Teil unserer Arbeit, für eine tiefe Auseinandersetzung braucht es jedoch weitere Akteur*innen. Wir werden unser Wissen um Kritiken, Täterschutz und Täterschaften an zukünftige Strukturen weitergeben, die die begonnenen Aufarbeitungsprozesse weiterführen, neue beginnen und transformative Arbeit aufnehmen werden. Denn es ist für uns auch klar, dass der Ort einer Auseinandersetzung nicht der Gerichtssaal sein kann.

Als Soligruppen unterstützen wir die Angeklagten vor, während und nach dem Prozess. Wir müssen dabei mit dem Widerspruch umgehen, diese Arbeit auch für Personen zu leisten, deren Verhalten eine geteilte antipatriarchale Grundhaltung in Frage stellen. Wir wissen aber auch, dass die Personen aus ganz anderen Gründen auf der Anklagebank sitzen: Sie werden angeklagt, weil sie Antifaschist*innen sind. Das Verfahren richtet sich nur formell gegen Einzelpersonen, im Fadenkreuz steht die antifaschistische Selbstverteidigung. Angegriffen werden wir als Bewegung. Repression soll delegitimieren, verunsichern und uns unsere Handlungsmacht rauben. Wo diese Angriffe passieren, bleibt Solidarität eine politische Notwendigkeit. Soli-Arbeit verteidigt daher nicht nur die Angeklagten, sondern auch einen konsequenten Antifaschismus. Trotz der Widersprüche bleiben wir vereint gegen Repression.

Gegen die Repression und den Faschismus.

Zusammenhang von Solistrukturen
*um den anstehenden Prozess gegen Antifaschist*innen in Dresden.*

Meine Geschichte zu Aussagen und Einlassungen im Kaindl-Verfahren 1994 in Berlin

Seit den Aussagen eines Verräters im Frühjahr 2022 im Zusammenhang mit dem Antifa Ost- Verfahren sind inzwischen mehrere Genoss*innen verhaftet worden und mit Vorwürfen wie „versuchter Mord" usw. . . konfrontiert. Einige sitzen und warten auf ihren Prozess. Mein Herz schlägt mit allen Betroffenen, in Berlin, Budapest, Athen und vielen anderen Städten und Ländern, die von einem System verfolgt, angegriffen und in Knäste gesteckt werden, wo sie vielleicht die nächsten Jahre verbringen werden. Einige Worte über die Gefangenen und Betroffenen aus dem „Antifa Ost -erfahren und Budapest", Respekt und Solidarität.

Ich wurde gefragt, ob ich über die Zeit im Knast und der Entscheidung im Kaindl-Verfahren 1994, keine Einlassungen zu machen, berichten möchte. Denn seit dem genannten Kaindl-Verfahren, gab es in Deutschland wohl kein Verfahren, in dem Antifaschist*innen mit Anklagen wie Mord und versuchter Mord vor Gericht standen und weitere gesucht wurden. Auch hier sind mehrere Antifaschist*innen betroffen und die sitzen in verschiedenen Städten, in verschiedenen Knästen oder einige werden noch gesucht.

Kurzer Abriss zu der Antifaschistischen Aktion von April 1992, in der bekannt wurde, dass einige Parteifunktionäre wie Carsten Pagel (ehemaliger Landesvorsitzender der Partei Die Republikaner und Ex-Redakteur der neofaschistischen Zeitung Junge Freiheit) und andere in Kreuzberg/ Neukölln in einem Restaurant aßen und erkannt wurden. So dass Antifaschistinnen sich auf den Weg machten um ihnen den Spaß zu verderben, jedoch überlebte der Neonazi Kader Gerhard Kaindl (Deutsche Liga für Volk und Heimat) nicht und mehrere Nazis wie Thorsten Thaler (ehemaliges Mitglied von Die Republikaner, Deutsche Liga für Volk und Heimat, heute stellvertretender Chefredakteur für die Junge Freiheit) wurden schwer verletzt. Für den Repressionsapparat war sofort klar, dass es nur die Gruppe Antifaşist Gençlik (Antifaschistische Jugend) sein kann und sie observierten uns durchgehend und auch offen. Schließlich schafften sie es, dass Erkan, laut Akte der Bullen, sich selbst vor dem Restaurant gestellt haben und von dort die Bullen angerufen und um „Hilfe" gebeten haben soll. Was ich bis heute bezweifele, und ihn gut kannte und auch sehr mochte. Am 15. November 1993 wurden dann insgesamt, glaube ich, mehrere Wohnungen zur gleichen Zeit und mit Haftbefehlen ausgestattet gestürmt, jedoch konnten sie nur mich und M. festnehmen. Betonen möchte ich auch, dass es nicht nur um Mitglieder von Antifaşist Gençlik ging, sondern auch deutsche Genoss*innen betroffen waren. Einige Tage später stellte sich auch A. von Gençlik. Später wusste ich, dass mehr als 10 Personen gesucht werden und davon 5 Mitglieder von Antifaşist Gençlik sind, 3 von uns waren im Knast und zwei wurden gesucht, einer von ihnen war Cengiz.

Bevor ich mich über das Thema Aussagen oder Einlassungen äußern werde, möchte ich hier noch mal etwas über Antifaşist Gençlik sagen. Ich kenne weder ihre Entstehungsgeschichte noch war ich die ersten Jahre dabei, weil ich einfach noch sehr jung war. Aber ich finde es unglaublich, wie verschiedene Intellektuelle/Linke später versucht haben, die Geschichte von Antifaşist Gençlik zu erzählen, und einige Bücher wurden auch veröffentlicht. Jedoch hat mich ein Buch „Glut und Asche – Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung" stark getroffen. Denn in diesem Buch, widmet der Autor auch einen Teil Antifaşist Gençlik und setzt sie mit Gangs gleich, beschreibt sie als Schläger ohne politische Inhalte oder ähnliches. Leider hatten viele Gençlik-Mitglieder nicht die Zeit, sich so intensiv über Militanz und ähnliches auseinanderzusetzen oder stundenlang auszutauschen, wie eingegriffen werden kann. Wenn irgendwelche Wohnheime angezündet wurden und sofort losgefahren werden musste.

Sein Satz auf einer VV im Mehringhof („Wir brauchen euren Mut und unsere Schlauheit, das muss zusammenkommen.") hat ihn berühmt gemacht, denn es ging um die Auseinandersetzungen die innerhalb der Linken während der Demo in Hoyerswerda am 27.September 1991 stattfand. Sein eurozentrischer Blick und wissen zu wollen, wie Militanz auszusehen hat und umgesetzt wird, ist beeindruckend. Denn genau diese offene VV hat auch dazu geführt, dass der Verfassungsschutz 1991 in seinem Bericht auf die Gefährlichkeit von Antifaşist Gençlik hinwies. Zeitnah nach dem Progrom in Hoyerswerda (17.-23-September 1991) sollte eine Demo in Hoyerswerda stattfinden und die Bullen verlangten, dass die Demo aufgelöst wird, was jedoch einige Gruppen und auch Antifaşist Gençlik nicht akzeptieren wollten. So dass sie die Demo selbst durchsetzten und dabei einige Nazis auch zur Rechenschaft gezogen wurden. Antifaşist Gençlik war ein Teil der politischen Bewegung hier in Deutschland, die sehr wohl politisch diskutierte und in vielen antiimperialistischen, antikapitalistischen und autonomen Kämpfen einen Platz einnahm und mit vielen deutschen Gruppen in enger Zusammenarbeit war. Viele von ihnen hatten schon in der Türkei ihre politische Geschichte und waren gezwungen, vor oder nach dem Putsch vom 12.September 1980 nach Deutschland zu fliehen. Das waren wunderbare Menschen, und ich hatte das Glück mit ihnen zusammen zu sein, sie waren sicherlich nicht perfekt, wie viele gerne es sich gewünscht hätten, aber sie waren Konsequent und hatten eine Haltung, bei der Mann und Frau mitgehen kann oder nicht. Leider war ich bei der genannten VV nicht dabei und kann nur aus den Erzählungen wiedergeben, aber ich konnte immer wieder durch Sprüche, wie „es sind alles Macker" oft alles spüren und hören. Jedoch kann ich sagen, dass oft genau diese Gruppe und einige andere Gruppen die eng mit Antifaşist Gençlik zusammen waren, sehr erfolgreich Angriffe auf Wohnheime verhindern konnten.

Am 15. November 1993 wurde ich in meiner Wohnung verhaftet. Sie stürmten die Wohnung und schrien mit gezogenen Waffen, wo Cengiz sei, und ich verstand nichts und dachte nur, er ist doch los um Geld zu besorgen und mir Medikamente zu kaufen, denn ich war krank und hatte Fieber. Heute und auch damals habe ich mich oft gefragt, ob Cengiz das alles überlebt hätte. Denn sie waren außer sich und wüteten in dieser winzigen Wohnung wie verrückt, und er hätte sich mit allen Mitteln gewehrt, wie es ausgegangen wäre, kann ich bis heute nicht sagen. Danach kamen irgendwelche Bullen hoch, mir wurde der Haftbefehl vorgelesen, und ich wusste sofort, dass es erst mal kein zurück gab, aber das Ausmaß des Ganzen war mir noch nicht bewusst. Der einzige Gedanke war für mich, er wird gleich kommen und sie werden ihn festnehmen. So richtig hörte ich auch nicht zu, was die Bullen zu mir sagten, ich hoffte nur, dass er entkommt, was er auch schaffte. Er stand nämlich drüben auf der

anderen Straßenseite und konnte sehen, das die mich mit einer Tüte auf dem Kopf abführten. Die Bullen hatten sich entschieden, in der Wohnung zu warten, mit der Hoffnung, er würde doch noch kommen!

Mein Anwalt kam und berichtete mir, was der Vorwurf war und was es bedeutete! Im Haftbefehl stand „einmal Mord und 11 mal versuchter Mord", gemeinschaftlich organisiert und aus politisch motivierten Gründen durchgeführt zu haben. Ich war sehr jung und das deutsche Rechtssystem war mir fremd, denn ich war bis Februar 1991 in Istanbul. Mein Anwalt erklärte mir in Ruhe was jetzt passieren würde und besprach alles mit mir. M. und ich waren die ersten, die verhaftet werden konnten, alle anderen waren abgetaucht und wurden mit Internationalen Haftbefehlen gesucht. Ein Gençlik – Mitglied stellte sich, glaube ich nach 4 Tagen und dies mit der Absicht, später im Prozess aufzuzeigen, dass es sich hier um ein Konstrukt seitens der Bullen handelte, denn er hätte sofort nachweisen können, dass er sich am genannten Zeitpunkt gar nicht in Berlin aufhielt.

Mir wurde der Haftbefehl vorgelesen und ich kam in den Knast Plötzensee und dort begann auch schon die erste Konfrontation, denn sie bestanden darauf, dass ich mich ausziehen und Knast Klamotten anziehen sollte. Da ich mich dagegen wehrte, wurde es mit Gewalt durchgezogen. Ich wurde in ein Haus und in eine Zelle gebracht, wo nichts von Mitgefangenen zu hören war, ich konnte keine Gefangene sehen und erfuhr, dass ich mit Sicherheitsverwahrung in totaler Isolation war. Der Hofgang fand in einem Extra-Hof statt und das nur mit der Bedingung, dass mehrere Schließer zur Verfügung stehen müssten oder Zeit haben müssen – und oft fiel der Hofgang wegen Personalmangel aus. Da ich mich weigerte, die Knast Klamotten anzuziehen, lief ich mit irgendwelchen Decken umwickelt im Hof herum, bis sie aufgeben mussten und mir meine eigenen Sachen wiedergaben. Viele der Frauen versuchten mir etwas bei den Hofgängen zuzurufen und wurden sofort ermahnt, dass jeglicher Kontakt mit mir verboten war. Eine Sozialarbeiterin kam rein und ich schmiss sie raus, weigerte mich mit irgendeinem, der für dieses System arbeitete, zu reden.

Der einzige Kontakt war zu einem Pfarrer, der immer wieder mal sporadisch reinschaute, dann mein Anwalt, denn Besuche bekam ich erst nach einem Monat glaube ich. Dafür hatte ich sehr viel Besuch von den Bullen, die immer wieder kamen, mich in ein Auto packten und zum Staatsschutz Gebäude brachten, unter Druck setzten und wissen wollten, wo Cengiz sein könnte. Dabei war ihnen jedes Mittel recht, so wie auch meinen Vater mit rein zu ziehen und ihn in den Knast zu bringen. Er solle mich überreden zu reden, sie hatten ihm vorher erzählt, dass sie mich den türkischen Bullen übergeben werden und diese dann alles mit mir machen könnten, eine türkisch sprechende Bullenfrau übersetzte und mein Vater weinte, so dass ich ihn anschrie und aufforderte zu gehen, sie übersetzte und sagte, ich würde ihn beschimpfen, so dass ich auf alle im Raum losging. Meine Wut war unbeschreiblich.

Anfang Dezember, ich hatte kein Zeitgefühl mehr, kam die erste große Demo zum Knast, und ich konnte sie aus der Ferne durch ein kleines Fenster hören. Ich weinte das erste Mal. Dann stürmten die Schließer meine Zelle und verlangten, dass ich mit ihnen rausgehen sollte, ich wehrte mich, und es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung und ich landete im Bunker. All das dient denen dazu, uns klein zu kriegen und Angst zu machen, um uns zum Verrat oder zu Aussagen zu bewegen. Und diese Zeit ist schwer und auch hart. Margit Schiller beschreibt in ihrem ersten Buch als RAF Gefangene sehr authentisch und sehr schön, wie es einem unter all den Bedingungen gehen kann, denn keine/r von uns ist in so einer Situation frei von Emotionen. Die ersten Briefe und Telegramme trafen ein und ich freute mich, denn das erleichterte die totale Isolation, und es waren tolle Briefe, besonders die Briefe von Norbert Hofmeier, einem ehemaligen Gefangenen aus dem anti-imperalistischen Zusammenhängen, der sich in der Zeit auch noch im Knast befand, gab mir viel Kraft und zeigten, wie ich meinen Alltag auch in der Isolation gestalten konnte, und ich fing an, all die tollen Ratschläge und Erfahrungen umzusetzen. Meine totale Isolationshaft dauerte 3 Monate und nicht wie in Broschüren, die später erschienen nur 2 Monate, und das ohne jeglichen Kontakt zu Mitgefangenen, nur durch den öffentlichen Druck wurde mir erlaubt, und das in den letzten 3 Wochen, mit einer Frau aus Chile den Hofgang zusammen zu machen, und die konnte kein Deutsch.

Ich hatte nie die Möglichkeit mich bei allen zu bedanken, allen die mir hunderte von Briefe schrieben, draußen unglaubliche Soli-Arbeit leisteten und die vielen Besuche. Besonders bei meinem Vater, der sich durch nichts einschüchtern ließ und immer hinter mir stand, stolz war und bis heute vieles nicht verarbeiten konnte. Besonders die Isolationshaft konnte er nicht verstehen, denn in den türkischen Knästen wurden die politischen Gefangenen zusammen gelegt, aber einer der Schließer oder Bulle hatte meine Haftbedingungen ausführlich vor dem Besuch meinem Vater erklärt und er weinte. Meinem Vater wurde extra Besuch eingeräumt und das nur mit Übersetzung und Berühren war verboten; irgendwann platzte er und beschimpfte die Bullen am Tisch, verlangte, das es übersetzt wird und der Dolmetscher wollte nicht, und das werde ich nie vergessen, weil mein Vater ihn aufforderte dies zu tun und er würde ihn bezahlen. Dann legte er selbst los und ich wusste wie er sein konnte.

Mein erster Anwalt, mit dem ich schon ein Verfahren gemacht hatte und auch sehr mochte, klärte mich auf und erzählte dass es erst mal nicht gut aussah, Erkan hatte geredet und umfangreiche Aussagen gemacht. Auch dass die Bullen einen weiteren Jugendlichen suchten und auch von ihm sich Aussagen erhofften, was dann auch geschah! Es ging um 10 Jahre für uns Jugendliche, das waren ich und die beiden Kronzeugen, und für alle anderen um Lebenslänglich. Der zweite Anwalt, der dazu kam, versuchte recht schnell mir deutlich zu machen, dass ich etwas sagen müsste, sonst wäre es aussichtslos, und dass er nicht wüsste, was er hier tun sollte. Es war ein langer Prozess mit dem zweiten Anwalt und im Laufe der Zeit hatten wir doch auch einen guten Umgang miteinander.

Oft fragte ich, ob Cengiz und natürlich auch alle anderen in Sicherheit wären und es wurde immer wieder gesagt, ich solle mir keine Sorgen machen. Cengiz wäre in Sicherheit und würde auf mich warten. Erst als ich mit meinem Anwalt die Anklageschrift besprach, sagte er mir, das Cengiz sich entschieden hatte, nach Kurdistan zu gehen und dort seine politische Arbeit fortsetzen würde. Dies sollte vor mir verheimlicht werden, denn sonst könnte ich eventuell umkippen oder ähnliches. Wer diese Entscheidung getroffen hatte, will ich hier nicht ausführen, aber ich war wütend und fragte mich, wie weit wollen die noch gehen und für mich Entscheidungen treffen.

Nach 6 Monaten kam die Anklageschrift, inzwischen hatten sich einige gestellt und wir waren insgesamt 7 Gefangene, einer war Erkan und der zweite Sahin. Erkan war psychisch krank und in seinen Aussagen konnte ich gut erkennen, wie die Bullen seine Situation für sich ausnutzten und versuchten, viele politisch Aktive auch in den Knast bringen zu wollen. Auch versuchten sie, Erkan davon zu überzeugen, dass diese Aktion im Vorfeld geplant sein muss und er versuchte dies immer wieder zu dementieren – es waren über 20 Akten Ordner und tausende von Seiten. Deutlich war in der Anklageschrift zu erkennen, dass ich 10 Jahre bekommen und im Anschluss abgeschoben werden sollte, und die Älteren mit lebenslänglich rechnen müssten. So begann dann der Austausch zwischen uns Gefangenen über Einlassungen, denn klar war, dass keiner aussagen würde, aber über Einlassungen nachgedacht wurde. Da ich fast nichts von dem verstand, fragte ich meinen ersten Anwalt und er erklärte mir den angeblichen Unterschied zwischen Aussagen und Einlassungen, jedoch gab es für mich keinen Unterschied, und das Argument, dass jeder nur für sich sprechen würde, konnte mich nicht überzeugen und bewegen. Denn mein Anwalt erklärte, das Einlassungen immer bedeuten, dass man über die „Tat“ und sich erzählen muss und kein Argument konnte mich ab dem Zeitpunkt überzeugen, darüber nachzudenken und meine Entscheidung stand fest

In den vielen Auseinandersetzungen wurde ich heftig angegriffen und auch von gewissen Anwälten, dass ich mit 10 Jahren gut davon käme, oder mir wurde meine politische Identität abgesprochen, ich wäre die Geliebte von Cengiz und würde diese Entscheidung nur für ihn treffen. Für alle Typen: Endlich kann ich mich mal diesbezüglich äußern – meine Entscheidung so und nicht anders zu handeln, war eine politische Entscheidung, und ich würde auch heute nicht anders handeln. In meiner Familie waren sehr viele in der Türkei politisch aktiv und verbrachten ihr halbes Leben im Knast oder starben im Kampf um ein befreites Kurdistan. Ein Brief von einem mir nahestehenden Verwandten, der mit Sakine Cansız, 2013 in Paris vom türkischen Geheimdienst MIT ermordet, zusammen die schlimmsten Jahre in Diyarbakir verbracht hatte und selbst unter Folter Aussagen gemacht hatte, konnte mich beeindrucken. In seinem Brief berichtete er über die Folterungen und die Stärke, die Sakine Cansız gezeigt hatte, nicht nur für sich, sondern auch alle anderen ermutigte, nicht aufzugeben. Es war ein langer Brief und zum Ende des Briefes überließ er mir die Entscheidung 10 Jahre abzusitzen und mit „Stolz“ raus zukommen. Das kann ich leider nicht übersetzen und kann schwer erklärt werden. Eigentlich war ich vom ersten Tag meiner Festnahme davon ausgegangen, dass wir alle uns zu nichts äußern werden, aber durch den Druck war ich bereit, mit allen in die Diskussion zu gehen und wollte verstehen, was sie mit Einlassungen meinten. Auch wurde mir geraten, mich doch nicht andauernd mit den Schließern anzulegen und etwas netter und bedachter mit allem umzugehen. Denn in Deutschland würde es dafür (also “gutes Benehmen“) Straferlass geben und ich könnte früher raus. Ich verstand nichts. Mir wurde auch erklärt, dass ich vor irgendwelchen Leuten so was wie „Reue“ zeigen müsste, was für mich niemals in Frage kam. Es waren einige männliche Schließer dabei, die sich wie Bullen im Umgang mit mir aufführten und ich wehrte mich, denn das Wehren war wichtig und nicht ihren Anweisungen oder Befehlen zu gehorchen. Es gestaltete sich wie ein Machtkampf und ich hatte nichts zu verlieren und mir blieb nur noch meine Würde, dass wollte ich mir nicht wegnehmen lassen.

Draußen gab es hunderte von Veranstaltungen, Diskussionen und sehr viel Unterstützung, auch die Frage „Mord“ wurde diskutiert und ich klinkte mich aus allem raus, denn ich konnte diese Diskussionen nicht verstehen. Cengiz war lange dabei gewesen und hatte mir viel von Hoyerswerda erzählt und die Wut, das wir als Linke Bewegung nicht eingreifen und die Pogrome in Hoyerswerda nicht verhindern konnten – wir redeten viel. Wenn ich an ihn denke und die Zeit mit ihm, kann ich nur sagen, dass sein Umgang und seine Konsequente Haltung gegen Nazis und Bullen nicht zu diskutieren war und auch von vielen stark kritisiert wurde. Viele fragten mich nach der Entlassung ob Cengiz mir gegenüber auch so hart gewesen war und ich war nur erstaunt und konnte nicht antworten. Cengiz war ein wunderbarer Mensch und liebevoll im Umgang mit Menschen, aber er war auch sehr entschlossen und klar gegenüber seinen politischen Gegnern. Später und gesondert mehr über Cengiz. Die Diskussionen wurden immer heftiger und die Staatsanwälte erlaubten mir und M., uns im Beisein unserer Anwälte zu sehen und auszutauschen, dass ging voll nach hinten los, denn sowohl sein Anwalt (Nur einer), als auch er selbst versuchten mich, unter Druck zu setzen und erwarteten auch von mir, Einlassungen zu machen. Denn sie hatten sich alle schon entschieden Einlassungen zu machen, und diskutierten wie diese aussehen könnten. Ich wollte sofort raus aus diesem Raum, und dann kam der Bruch zwischen mir und meinen damaligen Genoss*innen, außer A. der sich freiwillig gestellt hatte. Zwischen den anderen und mir brach der Kontakt komplett ab.

Der Prozess begann und es waren mehrere Tage und Monate für die Verhandlungstage angesetzt. Im Prozess Saal unsere Familien, viele von ihnen kurdische Frauen und Männer, sie weinten und beteten, vorne eine Hundertschaft von Bullen, mehrere prominente Prozessbeobachter*innen und hinten die vielen Genoss*innen und Unterstützer*innen. Diese sorgten ordentlich für Tumult im Saal, was mich sehr freute, besonders als Carsten Pagel oder der verletzte Nazi aussagen sollten und leider es nicht dazu kommen konnte, denn es kam zu Aktionen im Zuschauer Raum und die Verhandlung wurde abgebrochen. Ich hatte Angst und viele Fragen im Kopf. Allein die Vorstellung, die nächsten 10 Jahre im Knast zu verbringen, machte mir Angst. Jedoch hatte ich mich auf die Vorstellung eingestellt, dass dies für die nächsten Jahre mein aufgezwungenes Zuhause sein würde. Ich verstand mich mit den anderen Frauen im Knast sehr gut und konnte auch viel bewegen, wie das Geld zusammenlegen und gemeinsam einkaufen, zusammen kochen, und auch politische Diskussionen fanden statt. Denn all diese Frauen hatten gar nicht das Glück wie ich, mir wurde Geld überwiesen, ich bekam täglich Besuch, Briefe und Pakete. Sie jedoch hatten teilweise nichts und mussten im Knast für eine Mark oder ähnliches 8 Stunden arbeiten, ich verweigerte die Arbeit und das nicht aus Faulheit oder Gemütlichkeit, sondern ich sah es nicht ein, für das Geld zu arbeiten und ich hätte auch mit allen Konsequenzen gelebt.

Im Prozess wurden die Aussagen von dem ersten Kronzeugen aufgrund seiner Erkrankung nicht anerkannt, aber es wurde deutlich erklärt, dass jede Aussage, die er jetzt im Prozess machen würde, anerkannt werden würde. Er stand auf und sagte nur, dass Cengiz zugestochen hätte und setzte sich wieder hin, und ich wusste, dass dies eine Abmachung war, die zuvor getroffen worden war, und meine Wut wuchs so sehr. Der andere Kronzeuge war zwar auch sehr jung und auch unpolitisch, denn das war immer wieder ein Argument, mit dem er in Schutz genommen oder entschuldigt wurde. Denn ich bezeichnete ihn als Verräter und viele sahen es nicht so. Jedoch hatte ich nichts als Hass für ihn übrig, denn er bezeichnete Cengiz als den „Mörder" und hatte das große Bedürfnis, alle zu beeindrucken, seine tolle Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu zeigen. Indem er die angebliche „Tat" von Cengiz wie eine Horror Geschichte erzählte und alle anderen Mitgefangenen nicht mal etwas sagten und ihn erzählen ließen. Das war für mich dann endgültig, und ich war nur noch enttäuscht.

Dann lese ich in einer Broschüre (Antifaschistisches Infoblatt, Nachbereitung zum Kaindl-Fall), in der einige der Gefangenen und Untergetauchten sich in einem Interview zu dem Verfahren äußern, und kann es nicht fassen. Natürlich wurde auch ich gefragt, ob ich bereit wäre, dabei zu sein und ich hatte deutlich gesagt, dass ich mich mit allen aus dem Verfahren nicht an einen Tisch setzen werde. Denn das Verhältnis zwischen uns war nur noch erhärtet und da ich auch die einzige Frau in dem Verfahren war und eine Entscheidung getroffen hatte, die sehr wohl unter uns sehr intensiv diskutiert wurde, war auch der Umgang nicht besonders freundlich mit mir und die verbalen Angriffe auch entsprechend. Dieser Prozess interessierte mich dann nicht mehr und ich hörte auch nicht mehr zu. Ich machte meine politische Erklärung und dass ich ein Mitglied von Antifaşist Gençlik sei, mehr war für mich nicht mehr von Bedeutung.

Letztendlich kamen wir alle raus und das mit verschiedenen Urteilen. Obwohl meine Beteiligung nicht bewiesen werden konnte, weil sich Sahin nicht richtig an mich erinnern konnte, und er bemühte sich sehr, erinnern zu können, bekam ich aufgrund „Psychischer Beihilfe" eine Bewährungsstrafe und alle anderen 3 Jahre im offenen Vollzug. Dies mit der Bedingung, dass wir alle mit dem Deal der Staatsanwälte einverstanden sein müssten, somit auf die ersehnten Aussagen der 20 Staatsschutz Bullen verzichten würden. Insgesamt 7 Gefangene und 14 Anwälte befanden sich im Gerichtssaal und ich wollte unbedingt, dass die Staatsschutz Bullen verhört werden sollten, sie hatten unsere Daten an die Nazis weitergereicht, unsere Familien durchgehend terrorisiert und über hunderte von Menschen befragt. Der Saal wurde geräumt, nur wir und die Anwälte sollten das besprechen, und ich konnte es nicht fassen, dass ich nichts davon wusste, vor vollendeten Tatsachen stehen musste und nicht Zeit hatte, darüber nach zu denken. Das war auch nicht gewünscht und der besonders berühmte Anwalt Zieger ließ mich auch nicht zur Sprache kommen. Anwalt Matthias Zieger dominierte fast alleine dieses Verfahren und war vermutlich auch sehr gut, denn auch das Gericht zeigte ihm gegenüber sehr viel Respekt, aber zwischen ihm und mir war nichts möglich. Viele von euch werden sich jetzt mit all dem auseinandersetzen müssen und vielen steht der Prozess bevor, und ich möchte nicht einen von euch mit meiner Entscheidung beeinflussen wollen, aber für mich gibt es keinen Unterschied zwischen Aussagen und Einlassungen. Ich habe diese Entscheidung für mich getroffen, denn wir begehen nicht nur Verrat an unseren Genoss*innen, die schon weg sind oder ähnliches, sondern ich hätte mich selbst als eine Politische Gefangene und in meiner Identität als Politische Gefangene verraten und ich wusste, ich hätte niemals damit leben können.

Egal wie die Entscheidung einzelner sein wird, letztendlich wird die Entscheidung von uns alleine getragen. Später konnte ich sehen und erleben,

dass einige meiner Genoss*innen die Einlassungen gemacht hatten, an dem kaputt gingen und sich aus allem zurückzogen.

Umarmung an alle, die in den Knästen sitzen, von Repression betroffen sind, viel Kraft. Mein Herz, Respekt und Unterstützung ist all Zeit da!

Cengiz an dich möchte ich mich ganz besonders erinnern und du hast mir so sehr in all den Jahren gefehlt, deine Entschlossenheit, dein Lächeln, wenn du gemerkt hast, dass ich Angst habe, die vielen tollen Diskussionen, die wir führten und uns auch stritten. Ich habe nie verstehen können, wie manche dich hier wahrgenommen haben, denn du hast nicht viel geredet, aber dass, weil du sehr viel nachgedacht hast und abgewogen hast. Deine innige Freundschaft zu Uli und eure Entschlossenheit gegen den Staat und Nazis hat mir oft auch Angst gemacht, aber auch viel Mut und Stärke verliehen. Cengiz wurde 1996 erschossen und Uli verstarb an einem plötzlichen Herzinfarkt. Euch beide werde ich nie vergessen. Während wir in Haft saßen war Uli in Kurdistan und kam Anfang 1995 zurück nach Berlin, er hatte dort Cengiz gesehen und sie waren über 3 Wochen zusammen. Traurig war ich sehr, aber ich hatte mich auch sehr gefreut, denn beide liebten sich sehr und hatten die Möglichkeit, sich voneinander zu verabschieden.

Grüße und Umarmung an die Gefangenen in Athen, Budapest, Leipzig, Berlin und vielen anderen Ländern und Städten. Zeigt Solidarität, schreibt allen und bitte auch mit Adressen, damit sie zurück schreiben können, unterstützt sie mit Besuchen, es gibt viele Möglichkeiten, all die Gefangenen zu unterstützen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich alle aus dem Ampelokipi – Verfahren Verhafteten, die sich in Athen im Knast befinden, grüßen und liebste Marianna – dein Brief an deinen gefallen Gefährten Kyriakos hat mich mit unglaublichen Gefühlen überrollt. Umarmung und Kraft an alle, die derzeit in Athen sitzen. Liebe Grüße an Daniela Klette, die sich derzeit in Haft befindet und diesem System ins Gesicht lacht und ein wunderschönes Lächeln hat, die diese Staatspresse verrückt macht. . . . .!Domhöver, du Verräter, Dreck, dass du nie Ruhe findest und immer mit der Angst leben, erkannt zu werden.

Liebster Bernd vom Komitee, der leider nicht mehr zurückkommen konnte, hat einen besonderen Platz in meinem Herzen. Wir haben nach meiner Entlassung im gleichen Haus gelebt und du warst neben den vielen Frauen im Haus, eine große Unterstützung für mich. Das Buch Zwischenwelten habe ich verschlungen und hoffe dass du in den Zwischenwelten auch vielen begegnen kannst und sie umarmen kannst.

Devran, September 2025

[München] Update nach Haftentlassung

Wie bereits berichtet wurden wir (Nathalie und Manuel) am 22. September überraschend aus der Haft entlassen.

Bei Nathalie öffnete sich die Zellentür gegen 12:30 und eine Wärterin teilte ihr mit, dass sie entlassen sei. Sie durfte ihre Mitgefangenen, die zu dieser Zeit Einschluss hatten bzw. auf Arbeit waren, nicht mehr sehen, nur ein paar wenigen durfte sie geringfügige Mengen Lebensmittel schenken. Dann wurde sie hinauskomplimentiert und gegen 16 Uhr vor die Tür gesetzt. Manuel bekam die Nachricht um 14 Uhr nach dem Hofgang mitgeteilt. Er konnte mehr oder weniger alle seine Sachen an Mitgefangene weiterverschenken, da sein Gang zu dieser Zeit gerade Aufschluss hatte, und sich entsprechend auch von seinen Mitgefangenen verabschieden.

Vor der Entlassung aus der Haft wartete auf uns beide noch jeweils ein Polizist des K43, bei Manuel KHK Unglaub und bei Nathalie KOK Meyer, um uns eine sogenannte "Gefährderansprache" zu erteilen. Im Wesentlichen bestand diese darin uns zu ermahnen keine Straftaten zu begehen – auch keine "Bagatelldelikte" (KOK Meyer) – und uns auf ein hauseigenes Aussteigerprogramm hinzuweisen. Die Türen des K43 stünden uns jedenfalls immer offen, versicherte man uns.

Während KHK Unglaub noch die Antwort auf die Frage, ob wir denn nun observiert würden, verweigerte, weil ihm ja auch bei seinen gerade vorgetragenen Anliegen nicht recht zugehört und vor allem zu viel gegrinst worden sei, dauerte es keine drei Minuten nach der Entlassung, bis sich

die Observanten selbst enttarnten. Als Manuel ein Taxi (M QF 1185) nehmen wollte, da enttarnte sich der Fahrer (ein Observant) dadurch selbst, dass er anstatt einfach zu entgegnen, dass er bereits gebucht sei, etc., sein Gesicht abwandte und zugleich hektisch auf eine Art "Panikknopf" in seiner rechten Hosentasche drückte, während er sich versicherte, dass das Fahrzeug auch mit Sicherheit abgeschlossen ist und energische Gesten mit den Händen machte, im Stile von "geh weg". Es wirkte halt wie ein enttarnter Observant, nicht wie ein Taxifahrer zu Oktoberfestzeiten.

Alles auf Anfang also. Das würde auch in den kommenden Tagen so bleiben. Mal gab man sich mehr Mühe, mal weniger, mal fertigte man ungeniert Nacktaufnahmen beim Baden in der Isar mittels Teleobjektiv, mal spannte man uns ohne derartige technische Hilfsmittel aus und drehte, in Rufweite geraten, lieber schnell ab, um eine Ansprache zu vermeiden. Als Manuel sich des Versprechens der offenen Türen beim K43 erinnerte und die nötigen richterlichen Beschlüsse zur längerfristigen Observation und zum Einsatz technischer Mittel sehen wollte, da brüllte ihn ein offenbar leicht reizbarer KHK Unglaub geradezu an, dass es keine Beschlüsse gäbe und überhaupt die Damen und Herren Findeisen und Obermeier zuständig seien, sowie die General-SA. Aber wie man das bereits aus dem humanistischen Propagandaunterricht aus den Geschichten von Kafka her kennt, blieben die Tore der General-SA selbstverständlich verschlossen und ein Türhüter blaffte einen an, dass man noch warten müsse und einen Termin benötige und überhaupt sei das hier die General-SA, da hätte man seine Anliegen schriftlich vorzutragen und könne nicht einfach so zu Geschäftszeiten hereinplatzen. Zum Glück waren wir das alles ja mittlerweile aus dem Knastalltag gewohnt …

Aber warum wurden wir nun überhaupt entlassen? Das war uns bei all der Hektik geflissentlich verschwiegen worden. Nicht dass es interessiert, könnte man sagen – raus ist immerhin raus. Tatsächlich war es das Oberlandesgericht gewesen, genauer gesagt die richterliche Vereinigung rund um den Richter Höhne, die unsere sofortige Entlassung angeordnet hatte. Denn: Man hatte unser Verfahren ersichtlich verschleppt. Seit Erhebung der Anklage Mitte/Ende März hatte die richterliche Vereinigung Himmelstoß und Co., die auf den Namen 29. Strafkammer am Landgericht München I (Staatsschutzkammer) hört, noch immer nicht darüber entschieden, wann das Verfahren anzuberaumen sei, hatte sogar Termine erst ab Januar 2026 in Aussicht gestellt. Das war nun wohl doch zu offensichtlich, denn obwohl es gängige Praxis der bayerischen Justiz ist, die Untersuchungsgefangenen in den Knästen schmoren zu lassen und das regelmäßig über die eigentlich vorgesehene 6-Monats-Frist hinaus, ist diese Praxis doch anrüchig, wenn sie derart unverschleiert daherkommt.

Wie die KHKin Findeisen, jene fürsorgliche Polizistin, die wir vom Abend der Verhaftung her kennen, Nathalie gegenüber schon damals versprochen hatte, sollte auch unsere Hütte im Walde schon bald nach unserer Entlassung dem Erdboden gleich gemacht werden. Mit schwerem Gerät riss man unser einstiges Zuhause ein und schlug sich zu diesem Zweck eine wüste Schneise durchs Unterholz des heranwachsenden Waldstücks. Die Polizei hält also Wort.

Das Verfahren gegen uns beide, sowie gegen eine weitere Person soll voraussichtlich gegen Ende Januar beginnen. Bislang sind 10 Prozesstage angedacht. Wir bedanken uns noch einmal bei allen solidarischen Menschen für Postkarten, Briefe, Grüße und alle anderen erdenklichen Formen der Unterstützung, die uns im Knast erreicht haben. Ihr habt uns die nötige Kraft gegeben.

Nichts ist vorbei, alles geht weiter.

Grußwort zur Urteilsverkündung von Hanna und der Demonstration „Antifa bleibt notwendig“ Nürnberg

Ich melde mich aus dem Untergrund aufgrund des heutigen Prozessendes und Urteils gegen Hanna im ersten deutschen Gerichtsverfahren im sogenannten Budapest-Komplex.

Das heutige Urteil von 5 Jahren Haft ist für uns alle wahrscheinlich ein Wachruf. Liebe Hanna, liebe Genoss:innen und Genossen, Liebe Freund:innen und Freunde, Liebe Familie – Ich bin in Gedanken heute fest bei euch. Ich wünsche euch jede erdenkliche Kraft, einen Umgang mit diesem harten Schlag, den wir aber besonders Hanna, heute vom deutschen Staat erfahren mussten, zu finden.

Überrascht hat mich das heutige Urteil aber nicht. Es reiht sich ein in die sich kontinuierlich verschärfende Repression, mit der wir als antifaschistische und revolutionäre Bewegung seit 2017 konfrontiert sind. Sie soll dazu führen, dass wir uns noch mehr um uns selbst drehen und eine Einschüchterung hervorrufen. Sie soll uns davon abhalten, abseits des heuchlerischen bürgerlichen Gesetzesrahmen zu agieren. In den vergangenen Jahren war der Staat mit diesem Vorgehen auch erfolgreich. Das kann für uns aber nicht heißen, in eine Schockstarre zu verfallen. Weitere Jahre in Haft stehen unserer engen Genossin und Freundin, sowie einigen weiteren Antifaschist:innen noch bevor. Unsere Trauer hierüber gilt es in Wut zu wandeln und auf die Straße zu tragen! Anderes bleibt uns auch kaum übrig:

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen begrenzen sich nicht nur auf die Repression gegen eine radikale Linke. Weltweit sind faschistische Bewegungen auf dem Vormarsch, gewinnen mehr und mehr an Einfluss und werden in immer mehr imperialistischen Staaten zur Regierungsoption. Die letzten Tage waren geprägt von der Berichterstattung über die Einstufung einer antifaschistischen Bewegung in drei Ländern als „terroristisch“ und auch in Deutschland beweisen die Schweine des Staates einen unvergleichlichen Verfolgungseifer und eine ausgeprägte Feindjustiz.

Diese Welt bewegt sich auf den Abgrund zu. Die führenden imperialistischen Staaten steuern geradewegs auf einen dritten globalen Krieg zu. Überall auf der Welt werden bereits heute Kriege geführt, im Sozialbereich gespart, um für kommende Kriege zu rüsten und die Gesellschaft auch immer weiter militarisiert. Agression nach Außen und Repression nach Innen prägen unsere Zeit. Dabei wird der Faschismus zur Durchsetzung kapitalistischer Herrschaft immer mehr zur Option. Mehr denn je gilt es in die Geschichte zu schauen und aus ihr zu lernen. Es ist unsere Aufgabe als Antifaschist:innen und Antifaschisten den Kampf weiter zu führen und uns nicht brechen zu lassen. Unsere Vorkämpfer:innen und Vorkämpfer haben einen unglaublich schmerzhaften Kampf dafür geführt, die Welt vom deutschen Faschismus zu befreien und eine bessere Zukunft aufzubauen. Heute gilt es mehr denn je ihren Kampf weiterzuführen und jetzt umso konsequenter auf allen Ebenen der reaktionären Offensive entgegenzutreten. Damit werden wir nur erfolgreich sein können, wenn wir eine starke Organisation mit klarer Perspektive aufbauen, die dazu in der Lage ist, auf verschiedensten Ebenen den Kampf für eine bessere Welt zu führen.

Liebe Genoss:innen, wie gerne wäre ich heute bei euch und würde meine unglaubliche Wut mit euch auf die Straße tragen. Doch auch wenn wir in unterschiedlichen Lebenssituationen sind, führen wir einen gemeinsamen Kampf. Ob in Haft, auf der Straße oder im Untergrund.

Liebe Hanna, wahrscheinlich ist die Machtlosigkeit die du heute fühlst und in der du dich befindest unbeschreibbar und wie gerne würde ich für dich da sein. Ich denke so geht es so vielen Menschen hier und auch wenn du heute wahrscheinlich alleine in deiner Zelle sitzt, sind unsere flammenden Herzen undurchtrennbar miteinander verbunden und du wirst auch diese Zeit durchstehen. Es gibt ein Licht am Ende des Tunnels und eines Tages werden auch wir uns wieder in den Armen liegen.

Heute ist kein Tag des Verzagens, heute ist kein Tag der Trauer. Die Sodarität muss praktisch werden und das bedeutet auch die vorgeworfene Praxis weiterzuführen. Organisieren wir uns und arbeiten vereint an dem Aufbau eines neuen Sozialismus - damit sich Geschichte nicht wiederholt.

Denn heute heißt es leider wieder wie bereits vor 100 Jahren: Sozialismus oder Barbarei!
Und um bei Rosa Luxemburg zu bleiben:
So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem!

Flammende Grüße aus dem Untergrund
Und jetzt lasst uns gemeinsam anstimmen: Eure Repressionen kriegen uns nicht klein – Wir sind auf der Straße im Widerstand vereint!

Ein Untergetauchter aus Nürnberg

Juristische Kritik an Skelettvermessung- auch im Kontext des Budapest-Verfahrens

Mit zunehmender technischer Entwicklung erweitern auch Polizei und Justiz ihre Methoden: ob es erst die Fingerabdruckspuren waren, später die DNA-Tests und nun, mittels künstlicher Intelligenz, sogenannte digitale Rig, eine Abstraktion des menschlichen Skeletts. An der Verwendung in Strafverfahren gibt es fundierte Kritik.

Das Verfahren

Ein Professor von der Hochschule Mittweida will Beschuldigte in Strafverfahren angeblich anhand ihrer Körpermaße identifizieren können. Bei seinem biometrischen Verfahren werden auf Bildern, wie sie z.B. Überwachungskameras liefern, die Körper von Beschuldigten vermessen und analysiert. Die Hypothese von Professor Dr. Labudde: Jeder Mensch hat ein individuell ausgeformtes Knochengerüst und damit zwangsläufig ein einzigartiges „Gangbild". Labudde: „Fingerabdrücke oder das Muster der Iris gelten längst als gerichtsfeste Beweise. Beim Gangbild ist das noch nicht der Fall. Wenn uns das gelingt, wäre das ein Meilenstein in der Verbrechensaufklärung!".

Hier ist zu ergänzen, dass der Professor aus Mittweida, als Prokurist der Firma FZ forensic.zone GmbH tätig ist, wie eine einfache Rechereche bei northdata ergibt. Zu deren Angebotsprofil gehört u.a. die „Erstellung von IT-forensischen Sachverständigengutachten im Bereich der Strafverfolgung". Geschäftsführerin der Firma ist seine Ehefrau Mirijam Labudde. Während er sich in der Boulevardpresse als „Star der Digitalen Forensik" feiern lässt, tritt er zugleich als Sachverständiger vor Gericht auf, um seine Methode zu vertreten.

Strafverfahren gegen Hanna S.

Hanna S. wurde kürzlich verurteilt, weil sie angeblich im Frühjahr 2023 in Budapest, zusammen mit anderen Antifaschist:innen, Neonazis misshandelt habe. Das Oberlandesgericht hatte Professor Labudde beauftragt, Videoaufnahmen aus Budapest mit Aufnahmen von Hanna S. zu vergleichen. Trotz massiver Proteste und Kritik der Verteidiger:innen von Hanna, auch an dessen Methode, hatte das Gericht ihn mit dem Gutachten beauftragt, wiewohl es dann im Urteil keine alleinentscheidende Rolle spielte:

„.Das forensische Gutachten von Dirk Labudde wird als „ergänzend" mit in die Betrachtung aufgenommen, an der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Methode hat aber auch der Senat Zweifel. Aber schließlich habe das forensische Gutachten auch nicht ergeben, dass die unbekannte Person nicht Hanna sei.", so schreiben es die Prozessbeobachter:innen anschließend auf ihrer webseite.

Kritik des Berliner Landgerichts im Goldmünzenfall

Im sogenannten „Goldmünzenfall", zeigte sich schon ein Verteidiger eines der Angeklagten skeptisch und fasste die Methode Labuddes wie folgt zusammen: „Die Methode ist komplett für den Mülleimer". Vor Gericht trug er vor, er könne nachweisen, dass der Angeklagte in dem Fall, er soll an dem Diebstahl einer 100kg Goldmünze aus einem Berliner Museum beteiligt gewesen sein, die Person auf dem Video sein könne, es gebe da ein „Match" zwischen Skelettaufnahmen des Angeklagten und des Videos. „Und was sagt uns das jetzt?" fragte die Vorsitzende Richterin den Gutachter. Denn auf die Frage bei wie vielen anderen Menschen in Europa man auch zu einer solchen Übereinstimmung käme, fiel Labudde nur soviel ein: „So weit ist die Forschung noch nicht.". Aber das ficht den Professor nicht an, für ihn war sein Auftritt vor dem Berliner Landgericht nicht etwa ein Fiasko, sondern ganz im Gegenteil -Zitat- „ein Glücksfall".

Exkurs: neuartige und alte Methoden in und aus Sachsen

Sachsen machte in den letzten Jahren nicht nur in politischer Hinsicht Schlagzeilen, was das Demokratie-Verständnis auch der Exekutiven anbelangt, sondern auch hinsichtlich neuartiger kriminaltechnischer Methoden, hier in Gestalt von Mantrailer-Hunden. Der Polizeidirektor Dr. Leif Woidke promovierte zur Frage „Menschlicher Individualgeruch als forensisches Identifizierungsmerkmal" in Leipzig.

Eine Studie der Universität Leipzig sollte zeigen, dass Personenspürhunde – sogenannte Mantrailer-Hunde – äußerst zuverlässig individuelle Gerüche aufspüren können. Laut den Forschungsergebnissen von Studienleiter Dr. Woidtke nehmen die Hunde in 98 Prozent aller getesteten Fälle die richtige Geruchsspur auf. Mehr noch: Die getesteten Hunde könnten sogar DNA-Spuren erschnüffeln. Allerdings kamen bald Zweifel an Methodik und Ergebnissen auf, so dass das Fachjournal „Forensic Science International" in einer sogenannte „Expression of Concern" (dt.: Ausdruck der Besorgnis), darauf hinwies, dass in Dr. Woidkes „Hunde-Studie" gravierende Fehler enthalten sein könnten. Mittlerweile ermittelt die Universität Leipzig ob dem Polizeidirektor Dr. Woidke der Doktortitel wieder aberkannt werden muss. Ein erstes Verfahren hatte die Universität Leipzig dann bald eingestellt. Als das Verfahren dann erneut aufgenommen wurde, klagte Dr. Woidkte erfolglos gegen diese Entscheidung im Eilverfahren. Gegen die Entscheidung des Verwaltungsgericht zog er vor das Oberverwaltungsgericht-und auch da verlor er auf ganzer Linie.

Jetzt also wieder die Skelettvermessung- aus Sachsen. Wenn wir in die Zeit des Nationalsozialismus zurückschauen, wäre zu nennen Otto Reche, von 1927 bis 1945 an der Universität Leipzig tätig. Völkisch-national orientiert, stellte Professor Dr. Reche seit 1933 seine „rassenkundliche" Forschung in den Dienst des NS-Regimes. Er war damals auch an anthropometrischen und Schädel-Messungen beteiligt.

Aktuelle juristische Kritik an der Skelettvermessung a la Professor Labudde

In einem aktuellen Aufsatz kommen Anne Zettelmeier und Prof. Dr. Dominik Brodowski von der Universität im Saarland zu dem Ergebnis, dass aus verschiedenen Gründen, die Skelettvermessung die Labudde betreibt, „zwar ausreichen (könne), um hinreichende Zweifel an der Täterschaft von Beschuldigten zu begründen", aber „als zentrales Beweismittel die Verurteilung" nicht zu tragen geeignet sei. Schon ein „digitales Skelett" von einer beschuldigten Person zu fertigen sei rechtlich problematisch, denn es gibt die Selbstbelastungsfreiheit, niemand muss dabei mitwirken sich selbst zu belasten. Vor allem geht es zweitens um die Aussagekraft der Untersuchungen, die methodisch zwangsläufig mittels künstlicher Intelligenz erfolgen, oder wie die Autor:innen schreiben: „Es ist hier das Ergebnis einer KI-„Berechnung" (die digitalen Skelette bzw. deren Ähnlichkeit), dem unmittelbar ein Beweiswert zugeschrieben wird." Ausblick

Vor dem Oberlandesgericht Dresden und dem Oberlandesgericht Düsseldorf beginnen bald die Prozesse gegen Antifaschist:innen, denen, wie Hanna S. vorgeworfen wird, Neonazis körperlich angegriffen zu haben. Auch in diesen Verfahren soll die umstrittene „Labudde-Methode" zum Einsatz kommen, einer Methode die nicht nur, wie oben dargelegt, historisch in einer hochproblematischen Tradition steht, sondern wissenschaftlichen und rechtlichen Grundsätzen kaum entsprechen dürfte. Wenn der Gutachter dann auch noch die Methode die er selbst maßgeblich forciert und (mit)entwickelt, zum finanziellen Vorteil nutzt, ob von sich selbst, oder der Firma in der er als Prokurist angestellt ist, dann erscheint das mindestens ethisch zweifelhaft. Auch als Buchautor für das breite Publikum verdient er nicht nur Geld damit, sondern versucht auf diese Weise seine Methode zu popularisieren.

Ob sich auch die Oberlandesgerichte in Dresden und Düsseldorf auf die angebliche Unbefangenheit und Unvoreingenommenheit eines solchen Sachverständigen stützen werden, dessen berufliche und finanzielle Existenz eng mit der von ihm weiter entwickelten Methode verbunden ist, erscheint noch nicht geklärt. Schon aus dem Bereich der forensisch tätigen Psychiater:innen ist es bekannt, dass diese oftmals gerade nicht neutral sind, wie schon vor einigen Jahren das Deutsche Ärzteblatt berichtete. Weshalb das bei einem Sachverständigen wie Professor Dr.Lubbe anders sein sollte, ist nicht ersichtlich.

Thomas

breakdownthewalls.site36.net

In Erinnerung an unsere Genossin Brigitte Asdonk

(25.10.1947 – 15.09.2025)

»Ich denke, das war und ist der zentrale Motor für alle von uns, nicht aufzugeben, nicht nachzugeben, an der Notwendigkeit und an der Hoffnung, daß es gelingt, festzuhalten.«

Am Montag, den 15. September 2025, ist unsere langjährige Freundin und Genossin Brigitte Asdonk verstorben.

Ihr gesamtes Leben steckte Brigitte ihre Kraft und Energie in den Aufbau einer Gesellschaft, in der kein Mensch mehr geknechtet und keine Lebensgrundlagen mehr zerstört werden. Für eine Gesellschaft, in der wir gemeinsam gut leben können. Aufgewachsen in einem kleinen Dorf in Niedersachsen, schloss Brigitte sich in den 60er Jahren in Westberlin der außerparlamentarischen Opposition und dem antiimperialistischen Kampf an. »Unser Ziel war es, eine starke oppositionelle Bewegung zu entwickeln, die etwas anderes als eine kapitalistische Herrschaft mit all dieser Ungleichheit und Unterdrückung und Zerstörung von Mensch und Natur vorstellbar machte.«

In Verbundenheit mit den zahlreichen weltweiten antikolonialen Befreiungskämpfen machten sie und ihre Genoss*innen sich daran »im Herzen der Bestie«, den kapitalistischen Zentren, praktische Solidarität zu üben, und auch hier den revolutionären Prozess aktiv voranzutreiben. »Wir bekamen immer mehr das Gefühl, daß wir mitten in einem Prozeß sind, der nicht nur in Berlin abläuft, sondern auch in der ganzen BRD und darüber hinaus, nämlich international, und daß es tatsächlich die Möglichkeit gibt, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern, und das in einem internationalen Zusammenhang. Das aber heißt, dort anzufangen, wo man lebt.« Sabotageaktionen gegen die Kriegsindustrie und Militärstützpunkte, Organisieren von Verstecken und Papieren für Deserteure ebenso wie Geld für die politische Arbeit, Aufbau von Stadtteilgruppen und Betriebsarbeit, Angriffe auf militärische, politische und ökonomische Verantwortliche. »Wir wollten dem nicht zusehen – nicht das Maul halten.«

Um nicht gleich zerschlagen zu werden und eine Chance zu haben, irgendwie weiterzukommen, war es notwendig, eine Struktur zu entwickeln, die sich gegen den brutalen und aufgerüsteten Polizei- und Repressionsapparat verteidigen kann. »Von den Medien und herrschenden Zirkeln aus wird alles daran gesetzt, eine Ahnung davon, wirklich neue Wege gehen zu können, wie es von der APO, der RAF und anderen Gruppen versucht wurde, mit allen Mitteln zu verzerren, sehr demagogisch zu bekämpfen und zu diskreditieren. Es soll einfach keine Vorstellung mehr davon existieren, daß eine andere Realität möglich ist als die, die es zur Zeit hier gibt.«

1970 wurde Brigitte zusammen mit fünf weiteren Genoss*innen der Roten Armee Fraktion festgenommen. Sie wurde zu zehn Jahren Knast verurteilt. Brigitte beteiligte sich an den Hungerstreiks und wurde wegen konsequenter Aussageverweigerung vielfach in Isolationshaft gesteckt. Wegen Beleidigung, Widerstand und versuchter Gefangenenmeuterei wurde sie im Verlauf zu weiteren zwei Jahren Haft verknackt. Nichts davon hat sie klein gekriegt. »Mir ging es sehr darum, in irgendeiner Form zu zeigen, daß es auch unter Bedingungen des Knastes möglich ist zu kämpfen, durchzuhalten und aktiv zu bleiben.« Nach zwölf Jahren kam sie 1982 endlich ›frei‹.

Genauso wie im Knast hielt sie auch nach ihrer Entlassung weiter am Ausbau von Widerstand und einer sozialistischen Perspektive fest. »Mit militanten Optimismus gegen Resignation und Fatalität.« Brigitte war in verschiedenen Kämpfen aktiv und auch international unterwegs: in der Hausbesetzerbewegung, gegen Zwangsräumungen und in der antirassistischen Bewegung. Sie setzte sich für die Jugend ein, kämpfte für eine lebenswerte Zukunft, gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen, für die Befreiung der Frau. Die Solidarität mit und Unterstützung von Befreiungskämpfen wie beispielsweise in Palästina und Rojava spielten ihr Leben lang eine wichtige Rolle. In den letzten Jahren war sie unter anderem Teil von Women Defend Rojava. Kämpfe zu verbinden, nichts isoliert stehen zu lassen, war für Brigitte immer zentral.

Eine bedeutende Stellung nahm dabei der antimilitaristische Kampf gegen Krieg und Aufrüstung ein. Als die Nato Jugoslawien bombardierte, baute sie das Gegeninformationsbüro mit auf. Brigitte war bei zahlreichen Protesten gegen diverse Gipfeltreffen und eben auch wichtiger Teil von Rheinmetall Entwaffnen Berlin. Trotz schwerer Krankheit brachte sie sich bis zum Schluss bei den Treffen, Veranstaltungen und Aktionen ein. Sich selbst stellte Brigitte nie in den Mittelpunkt, legte im Gegenteil ihr Augenmerk auf das Wohlergehen der Menschen um sie herum. Wir haben viel von ihr gelernt. Im August nahm Brigitte das letzte Mal am Plenum teil. Für sie war klar, dass es nicht möglich ist, Militarismus und Krieg zu beseitigen, solange die kapitalistische Klasse unbestritten ihre Klassenherrschaft ausübt. Genauso klar war, dass wir diese stürzen können.

Brigitte, dein Lachen, deine Wärme und deine unbeugsame, zielstrebige Entschlossenheit gegen alle Missstände anzugehen, werden wir nie vergessen. Du fehlst.

»Lernen, Lernen, Lernen! Die Linke sollte sich nicht durch den Zustand, wie er momentan ist, entmutigen lassen, nicht resignieren, sondern mit anderen zusammenkommen und sich gemeinsam auflehnen gegen eine Politik, die nur auf Zerstörung aus ist. Es geht um unser Leben und unsere Beziehung zueinander hier und weltweit, für jede und jeden ein würdevolles Leben.«

Rheinmetall Entwaffnen Berlin, Oktober 2025

Die Zitate stammen, bis auf eines, aus einem Interview mit Brigitte. (https://www.jungewelt.de/artikel/511132.dokumentiert-es-waren-notwendige-versuche.html)

Anarchist*innen bei den No Kings-Demonstrationen
Berichte aus den ganzen USA

Nach dem Aufruf ›No Kings, No Masters‹ (Keine Könige, keine Herren), bei den ›No Kings‹-Kundgebungen am 18. Oktober in den USA eine antiautoritäre Präsenz zu zeigen, haben wir uns mit Anarchist*innen aus Dutzenden Städten und Regionen ausgetauscht, um zu erfahren, wie ihre Bemühungen gelaufen sind und wie sie die Herausforderungen und das Potential dieser Proteste sehen. Viele der offiziellen Organisator*innen der No Kings-Demonstrationen betonen leidenschaftlich, dass sie friedlich und gesetzestreu sind. Gleichzeitig zeigen die Bundesbehörden ganz bewusst ihre Brutalität und ihre Missachtung der Grundrechte, während sie stetig mehr Ressourcen ansammeln, um Communities zu schaden und Opposition zu unterdrücken. Ohne einen konkreten Plan, wie mensch mit der Tatsache umgehen soll, dass Donald Trump offensichtlich nicht vorhat, freiwillig aus dem Amt zu gehen, kann die Konzentration auf symbolische, legalistische und belanglose Demonstrant*innen nur kontraproduktiv sein.

Um der Herausforderung durch den aufkommenden Faschismus zu begegnen, muss die Bewegung gegen Trumps Griff zur Macht konkrete Wege finden, um Einfluss auszuüben, wahrscheinlich auch mit den Taktiken und Strategien, die Anarchist*innen entwickelt haben. Das wird Teilnehmende nicht abschrecken, sondern diejenigen anziehen, die sich eher aus Kämpfen raushalten, bis es um was Wichtiges geht – darunter viele der Ärmsten und Unterdrücktesten, die bei den George-Floyd-Protesten dabei waren, sich aber bei den No-Kings-Protesten bisher eher zurückgehalten haben.

Obwohl viele Organisator*innen von No Kings anonym bleiben wollen, sind Donald Trump und seine Anhänger fest entschlossen, sie als verrückte Extremist*innen darzustellen. Der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Steve Scalise, nannte No Kings eine ›Hass-Amerika-Kundgebung‹. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, bezeichnete die Teilnehmer als ›Hamas-Anhänger‹, ›Antifa-Typen‹ und ›Marxisten‹, während der Mehrheitsführer des Repräsentantenhauses, Tom Emmer, sie als Vertreter des ›terroristischen Flügels‹ der Demokratischen Partei bezeichnete, einer »kleinen, aber sehr gewalttätigen und lautstarken Gruppe«. Verkehrsminister Sean Duffy sagte gegenüber Fox News: »Das sind bezahlte Demonstranten der Antifa.« All das ist lächerlich verlogen, aber es sollte den Demokrat*innen klar machen, dass sie nichts damit erreichen, wenn sie versuchen, zu zeigen, wie friedlich und gefügig sie sind. Trump und seine Handlanger wollen sie einschüchtern, damit sie passiv bleiben – aber egal, wie passiv sie sind, die Regierung wird sie als Terrorist*innen behandeln.

Lassen wir die rechtsextremen Betrüger und Donald Trump selbst behaupten, dass die No-Kings-Demonstrant*innen ›Antifa‹ seien oder, widersprüchlich genug, dass Anarchist*innen versuchten, die No-Kings-Demonstrationen zu infiltrieren. Gerade diese Behauptungen werden die Glaubwürdigkeit dieser Argumente in den Augen der Öffentlichkeit untergraben und Millionen von Menschen dazu bringen, sich zu fragen, ob auch sie tatsächlich Antifaschisten sind, die sich die Lehren aus der langen Tradition des antiautoritären Widerstands zunutze machen sollten. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass dies geschieht.

Die folgenden Anekdoten, die aus verschiedenen Kontexten im ganzen Land stammen, zeigen die Anfänge der anarchistischen Beteiligung an einer Bewegung, die sich ausweiten und intensivieren muss, wenn wir eine kollektive Katastrophe abwenden wollen.

Bericht I: Eine kleine Stadt

Eine Gruppe von fünf bis zehn Leuten mit einem Banner, Flyern und ein paar Megaphonen hat es geschafft, die größte Demonstration, die ich je in der mittelgroßen Stadt [Ort entfernt] gesehen habe, umzuleiten und anzuführen. Ich bin mir nicht sicher, wie groß die Demonstration war; für lokale Verhältnisse war sie auf jeden Fall riesig, wahrscheinlich mehrere Tausend Menschen, eine Größenordnung größer als das, was wir 2020 gesehen haben, da sie einen Park mit einem Umfang von über drei Meilen komplett umzingelte. Zuerst haben wir alleine neben den Demonstrant*innen von Indivisible auf der Straße eine Demonstration durchgeführt und haben verschiedene Begegnungen mit der Friedenspolizei vermieden, die uns gesagt hat, wir sollten die Straße verlassen. »Wenn eine Menschenmenge größer als 100 Personen ist, dürfen wir eine Fahrspur benutzen« hat gut funktioniert. Nach und nach versammelten wir eine ausreichend große Gruppe, um an einer Kreuzung anzuhalten, drehten uns dann um und liefen entgegen der Richtung der sich schlängelnden kreisförmigen Gehweg-Demonstration. Infolgedessen landeten so ziemlich alle unter 60 (und einige mutige Ältere), darunter viele mit Pro-›Antifa‹-Schildern und ein paar One-Piece-Flaggen, in einer massiven, wütenden Demonstration auf der Straße, die sich den Anweisungen der ›Protest-Sheriffs‹ widersetze. Freundliche Roller- und Motorradfahrer*innen schützten spontan die Nachhut. Wir hielten an Kreuzungen an, um unsere Botschaft über Megafone zu verbreiten und die Menge einzuladen, uns zu einer Versammlung zu begleiten, die wir im Voraus organisiert hatten. Als wir durch die Innenstadt liefen, ohne dass die Polizei wirklich präsent war, und die Friedenspolizei hinter uns gelassen hatten, hätten sogar ein oder zwei Leute, die sich richtig vorbereitet hatten, viel mehr erreichen und vielleicht etwas Historisches ins Rollen bringen können. Aber diese Aktion – die erste seit langer Zeit, bei der ich gesehen habe, dass Demonstrant*innen erfolgreich so etwas wie eine Ausbruch-Demonstration durchgeführt haben – ist ein Vorbote dessen, was noch kommen wird.

Viele Leute scheinen im Moment sehr zögerlich zu sein, mit Leuten außerhalb der Bewegung in Kontakt zu treten. Ich denke, das ist ein Fehler. Die Faschisten haben die Wirtschaft ruiniert, systematisch jede Bevölkerungsgruppe außer den Twitter-Nazis entfremdet und die Legitimität der Bundespolizei, der Medien, des Obersten Gerichtshofs und beider politischer Parteien zerstört. Die Leute sind wütend, verängstigt und suchen nach Antworten. In vielerlei Hinsicht ist das die ideale Umgebung für Anarchist*innen, aber wir müssen bereit sein, unsere Komfortzone zu verlassen, offen und stolz für unsere Ideale einzutreten und einige Risiken

einzugehen, indem wir Menschen vertrauen. Noch wichtiger ist, dass die letzten neun Monate gezeigt haben, dass niemand kommen wird, um uns zu retten. Wenn wir uns nicht der Situation stellen – nicht nur wir Anarchist*innen, sondern alle entrechteten Menschen, die sich gegen den Faschismus wehren –, könnte uns das sehr wohl das Leben kosten. Deshalb bin ich zu der Kundgebung gegangen. Ich wollte anderen Rebell*innen zeigen, dass sie nicht allein sind, dass es neben zahnlosen liberalen Demonstrationen noch andere Möglichkeiten des Widerstands gibt und dass wir nicht auf die Erlaubnis einer nationalen Organisation warten müssen, um aktiv zu werden.

Bericht II: Eine große Stad

Ich habe an der No Kings-Kundgebung hier teilgenommen, weil Gefährt*innen bei der Organisation geholfen hatten und weil es der beste Ort in der Gegend war, den ich mir vorstellen konnte, um andere Leute zu treffen, die sich organisieren, Widerstand leisten und zurückschlagen wollen. 50501 ist im Grunde genommen nur ein Meme, das von einigen Signal-Threads und Facebook-Gruppen unterstützt wird. Es ist politisch extrem vielfältig, und viele anarchistische und kommunistische Freund*innen haben sich lokal und in der landesweiten ›Struktur‹ engagiert. Ich weiß echt nicht, was es bedeutet, wenn mensch sagt, dass ein so loses Netzwerk mit der Polizei oder den Demokrat*innen zusammenarbeitet; das heißt nur, dass einige Leute darin (egal ob wichtig oder unwichtig) das gemacht haben, aber das zeigt nicht, dass es eine gemeinsame Vereinbarung gibt, die das unterstützt. Unter diesen Umständen sollten wir meiner Meinung nach allgemeine Anschuldigungen vermeiden und stattdessen einfach den politischen Durchschnitt weg von der Zusammenarbeit mit der Polizei oder der Abhängigkeit von den Demokrat*innen bringen.

Die Risiken waren nahezu null. In den Tagen zuvor verbreiteten sich viele paranoide Gerüchte; Gefährt*innen bemühten sich, diese zu widerlegen und diejenigen zu beruhigen, die neu in politischen Aktivitäten waren und die eigentlichen Ziele der Gerüchteküche waren. Es ist klar, dass Angst derzeit unser größtes Hindernis ist, mehr als tatsächliche Repression, Gewalt oder Drama. Ich habe eine ältere Freund*in getroffen, die ein Jahrzehnt lang von den Bundesbehörden schikaniert wurde, weil sie mit einigen der Angeklagten des ›Green Scare‹ befreundet war; sie hat sich nie wirklich davon erholt und nimmt aufgrund des Traumas und der Angst nicht mehr oft an politischen Veranstaltungen teil. Sie war überglücklich, bei dieser Veranstaltung dabei zu sein, und nahm mit uns und vielleicht 400 anderen Menschen an der illegalen Abspaltungsdemonstration teil. Sie versuchte, sich neue Sprechchöre auszudenken, und unterhielt sich fröhlich mit mir ganz vorne in der Demonstration.

Ich denke, es wäre besser gewesen, wenn die Gefährt*innen nicht nur mit Flugblättern und radikalen Zeitschriften gekommen wären, sondern auch mit Transparenten und Hilfsmitteln, um die Demonstration selbstbewusster und kompetenter zu gestalten. Angesichts der enormen Energie, die in dieser großen Menschenmenge herrschte, die zwar aufgeregt, aber auch ängstlich war, hätte sie wahrscheinlich gerne weitere Schritte in Richtung Militanz unternommen, mit kleinen Dingen wie Kreide und Feuerwerkskörpern. Tatsächlich war es entscheidend, dass einige Leute ihr eigenes mobiles Soundsystem mitbrachten, unabhängig von dem, das von den offiziellen Redner*innen verwendet wurde.

Bericht III: Eine Kleinstadt

Bei der ersten No-Kings-Kundgebung in unserer Stadt im Juni 2025 startete eine Gruppe von Anarchist*innen und anderen Antiautoritären an einem anderen Ort weiter unten an der berühmten lokalen Straße und führte eine Demonstration durch, bei der sie einen Sarg für Donald Trump an der No-Kings-Kundgebung vorbeiführte. Diese Aktion war ein großer Erfolg und zog etwa hundert Menschen aus der Menge am Rathaus zum Federal Building, einem der wenigen Ziele hier, das tatsächlich mit dem Regime in Washington, DC, in Verbindung steht. Das Federal Building wurde streng von DHS-Agenten bewacht, die nach einer Aktion einige Wochen zuvor, bei der wer offenbar mit einem Filzstift »Fuck ICE« auf eine Glastür geschrieben hatte, in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden waren.

Wegen dieser Aktion zog die lokale demokratische Vorfeldgruppe, die die liberalen 50501-Non-Profit-Demonstrationen organisiert, von der historischen Straße (einer zweispurigen Einbahnstraße, auf der man den Verkehr sehr leicht blockieren kann) in einen Park auf der Westseite, der an eine achtspurige Autobahn grenzt. Im Jahr 2020 hielten Liberale, die nach dem Mord an George Floyd eine Demonstration verhindern wollten, ebenfalls eine Mahnwache in diesem Park ab, doch glücklicherweise griffen lokale Highschool-Schüler*innen daraufhin selbst ein. Den Anarchist*innen und Straßenpunks war klar, dass es sich um eine gegenaufständische Maßnahme handelte, die unsere Möglichkeiten, auf die Straße zu gehen, einschränken sollte. Nach dem Erfolg der Performance-Kunst beim ersten Mal hatten die Leute eine weitere Idee, wie sie eingreifen könnten. Der Plan war, eine King-Donald-Trump-Puppe zu bauen, die von den Demonstrant*innen verlangen würde, auf dem Bürgersteig zu bleiben und nichts zu tun, was sein Regime tatsächlich bedrohen würde – bis ein einzelner Narr eine Rebellion der Leibeigenen anführen würde, die die Puppe zerschlagen und zerstören würden.

Leider machte die Gefahr von schweren Gewittern und tornadoartigen Winden in unserer Gegend diesen Plan zunichte, und in letzter Minute mussten die Leute eine militantere Aktion planen. Etwa ein Dutzend Anarchist*innen, Punks und andere Radikale versammelten sich am 18. Oktober im Park mit dem Plan, ein oder zwei Fahrspuren der Autobahn zu besetzen und dann durch die ruhigen Wohnstraßen in der Nähe zurück zum Park zu laufen. Nach späteren Berichten versammelten sich etwa 2.000 Menschen im Park und säumten den Bürgersteig auf beiden Seiten der Autobahn. Die Energie und Moral der Menge war niedrig. Obwohl sie angeblich von Milliardären finanziert wurden, hatten die Liberalen keine Megafone mitgebracht, initiierten keine Sprechchöre und hatten keine Musik in ihren Herzen. Wir begannen, um den Park herum eine Demonstration durchzuführen und versammelten eine Menge von etwa vierzig Menschen, die Sprechchöre riefen und Lieder sangen. Die Leute sangen Bella Ciao sowie eine lokale Hymne, die für die letzte Intervention der No King-Kundgebung komponiert worden war und wie folgt lautet

»Keine Könige! Keine Herren! Keine alten faschistischen Bastarde! Keine Könige! Keine Herren! Keine alten faschistischen Bastarde! Keine Könige! Keine Herren! Keine alten faschistischen Bastarde! Hängt sie an den Füßen auf, lasst die Geier fressen, diesen alten faschistischen Bastard!« Nach ein paar Runden durch den Park machten wir den entscheidenden Ausbruch auf die Autobahn mit einem Banner aus der Zeit, als Donald

Trump 2018 nach Südillinois kam. Darauf steht »All Ways Closed to Fascism!« (Alle Wege sind für den Faschismus gesperrt!) – eine Anspielung auf das Motto der Stadt. Etwa vierzig Leute nahmen schnell zwei Fahrspuren ein und blockierten beide Fahrspuren komplett. Ein Polizeiauto folgte uns, und nur wenige Leute aus der Menge schlossen sich uns an, aber viele jubelten uns zu. Wir liefen die Autobahn entlang, bevor wir wieder in die Wohnstraßen abbogen, wo die meisten Leute aus ihren Häusern kamen und uns zujubelten. Als wir uns dem Park näherten, um die fröhliche und kämpferische Demonstration zu beenden, sprangen zwei alte Männer in Warnwesten hervor und versuchten, die Demonstration zu blockieren. Sie filmten uns und behaupteten, wir seien ICE-Agenten, weil wir Masken trugen. Einer der alten Männer griff sogar einer Person mit Banner ins Gesicht. Die Leute riefen antifaschistische Parolen, um sie zu übertönen. Die Demonstration kehrte sicher zum Park zurück.

Viele Leute kamen und bedankten sich bei uns für die Sprechchöre, die Musik und sogar für die ›Aufregung‹. Während die liberalen Organisator*innen wegen unserer Aktion total sauer waren, machten wir einfach weiter. Auch wenn das vielleicht nicht so aufregend ist wie militante Aktionen in den großen Städten, müssen wir die Bewegung so weit wie möglich überall vorantreiben. Zu Hause zu sitzen und zu kritisieren und zu verurteilen, wäre ein Fehler gewesen. Viele gute Leute, die keine andere Idee haben, wie sie kämpfen sollen, sind zu dieser Veranstaltung gegangen. Hoffentlich hat unsere Aktion den Leuten was gebracht, und die Leute, die wir dort getroffen haben, fühlen sich besser in der Lage, sich der Situation zu stellen, wenn es eskaliert.

Ein paar Fragen an Anarchist*innen aus dem ganzen Land

Warum hast du an der No Kings-Kundgebung teilgenommen?

- Wenn sich Menschen öffentlich versammeln, um ihre Ablehnung zu zeigen, ist das ein Ort, den es zu besetzen und zu radikalisieren gilt. Dazugehören heißt, dafür zu sorgen, dass die Botschaft der totalen Befreiung nicht durch liberale Argumente ausgelöscht wird.

-Meine Gefährt*innen und ich dachten, dass viele Leute die No Kings-Demonstration nutzen würden, um sich in unserer Stadt gegen die Einwanderungsbehörde ICE zu stellen. Wir hofften, dass es genug Chaos geben würde, damit die Polizei die Kontrolle über die Situation verliert und die Leute sich daran erinnern, wie wir im Juni waren, und etwas von der allgegenwärtigen Angst verlieren, die sich in der ganzen Stadt breitgemacht zu haben scheint.

-Im Großen und Ganzen stimmte ich dem Vorschlag von CrimethInc. zu. Ich denke, es ist wichtig für uns (Anarchist*innen und Anti-Autoritäre im weiteren Sinne), wieder sichtbar auf der Straße präsent zu sein. Wir haben viele Jahre damit verbracht, verschiedene Ansätze auszuprobieren, um mehr oder weniger sichtbar zu sein, und mir ist jetzt klar, dass wir erkennbar sein müssen, ohne zur Zielscheibe zu werden.

-Die Gruppe, zu der ich gehöre, ist größtenteils nicht zur Kundgebung gegangen, zumindest nicht als Block innerhalb der Demonstration. Die No Kings-Kundgebung, die hier in der Innenstadt organisiert wurde, war von 8 bis 10 Uhr morgens geplant – also extrem früh –, ging aber direkt in ein ganztägiges multikulturelles Festival namens ›Tucson Meet Yourself‹ mit Tausenden von Menschen, Food Trucks, lokalen Interessenverbänden und Familien über. Dort tauchte ich mit einem Rucksack voller Zines und ein paar hundert Flugblättern auf, um gege ICE zu mobilisieren und anitautoritäre Ideen zu verbreiten. Ein paar von uns hatten sie am Tag zuvor geschrieben und risografiert.

-Ich nahm an der No Kings-Kundgebung teil, um Propaganda zu verteilen – sowohl um die liberaleren Narrative darüber, wie man angemessen auf die aktuelle Situation reagieren sollte, in Frage zu stellen, als auch um Menschen mit ähnlichen politischen Zielen zum Gespräch mit unserer Bewegung einzuladen. Ich hatte auch das Ziel, der Demo eine konfliktreiche Note zu verleihen.

No Kings, 50501 und die Indivisible-Bewegung vertreten eine liberale Politik. Sie arbeiten mit der Polizei und der Demokratischen Partei zusammen. Wie hast du dich damit abgefunden?

-Ich bin nicht hingegangen, um ihre Politik zu unterstützen, sondern um mich mit den Grenzen ihrer Politik auseinanderzusetzen. Anarchist*innen müssen nicht auf perfekte Bedingungen oder perfekte Gefährt*innen warten, um zu handeln. Die Präsenz in liberalen Räumen kann Momente eröffnen, in denen die Menschen erkennen, dass der Staat und seine Handlanger sie nicht retten werden. Ich sehe das als Engagement, nicht als Anpassung.

-Wir sind als autonome Individuen dorthin gegangen, um uns an einer Massenbewegung gegen den Faschismus zu beteiligen, nicht um mit den liberalen Organisator*innen zu streiten, die allen gesagt haben, sie sollten auf dem Bürgersteig bleiben. Viele der Menschen, die zu diesen Demonstrationen kommen, sind ideologisch nicht dem Legalismus oder Pazifismus verpflichtet; sie sehen darin einfach die einzige Möglichkeit, etwas zu bewirken. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, unter den einfachen Mitgliedern für echten Widerstand zu agitieren. Nur weil zwölf Leute mit einem Logo und einem Social-Media-Account behaupten, sie hätten die Autorität, allen anderen bei einer Veranstaltung zu sagen, was sie zu tun haben, heißt das nicht, dass wir darauf hören müssen. Ich glaube nicht, dass es hier einen Widerspruch gibt, den es zu lösen gilt. Wir kommen, wir stehen zu unseren Werten, wir versuchen, andere Menschen dazu zu bewegen, sich uns anzuschließen, und wir machen diese Organisationen irrelevant.

-Ich hab kein Problem damit, liberale Veranstaltungen zu nutzen, um Splitteraktionen zu starten. Das ist eine bewährte Taktik, und hier war das nicht anders. Große Kundgebungen ziehen viele Menschen an, die nach etwas Radikalerem suchen, also ist es gut, dort zu sein, um sie zu finden. Es scheint, als befänden wir uns in einer Warteschleife, in der die Faschisten langsam das Kriegsrecht einführen und die Leute zu ängstlich sind, etwas zu unternehmen, weil sie denken, dass das alles nur noch schlimmer machen könnte. Aber ich denke, es ist wichtig, die Widersprüche zu verschärfen und den Staat zu Überreaktionen zu provozieren, um eine

weit verbreitete Wut zu entfachen, die in der Lage ist, dem Staat wirklich entgegenzutreten.

-Diese Boomer wollen einfach nur jemanden zum Reden. Wir haben die Organisator*innen gemieden und sind dorthin gegangen, wo die meisten Leute waren. Auf dem Folklorefestival gab es viele leere Stände, weil die Verkäufer*innen früh zugemacht hatten oder gar nicht erst gekommen waren. Wir haben versucht, uns aus Spaß an einem Stand der ›Pima County Association of Governments‹ einzurichten, aber dann kam der Typ, der den Stand betreute, und wir sind einfach zu einem anderen leeren Stand gegangen und haben ein Schild mit der Aufschrift ›Anarchistische Polemik zum SCHNÄPPCHENPREIS‹ gemacht. Das Zeug war alles umsonst.

Einige Online-Kommentator*innen haben es als ›gefährlich‹ bezeichnet, an öffentlichen Kundgebungen teilzunehmen. Was glaubst du, waren die Risiken?

- Es gibt immer Risiken, wenn mensch die Macht herausfordert ... Polizei, Überwachung, Reaktionäre oder Doxxing. Aber uns zu verstecken macht uns nicht sicherer. Wir können Schäden durch gegenseitige Unterstützung, eine gute Sicherheitskultur und Situationsbewusstsein minimieren, aber Risiken gehören zur Realität des Widerstands dazu.

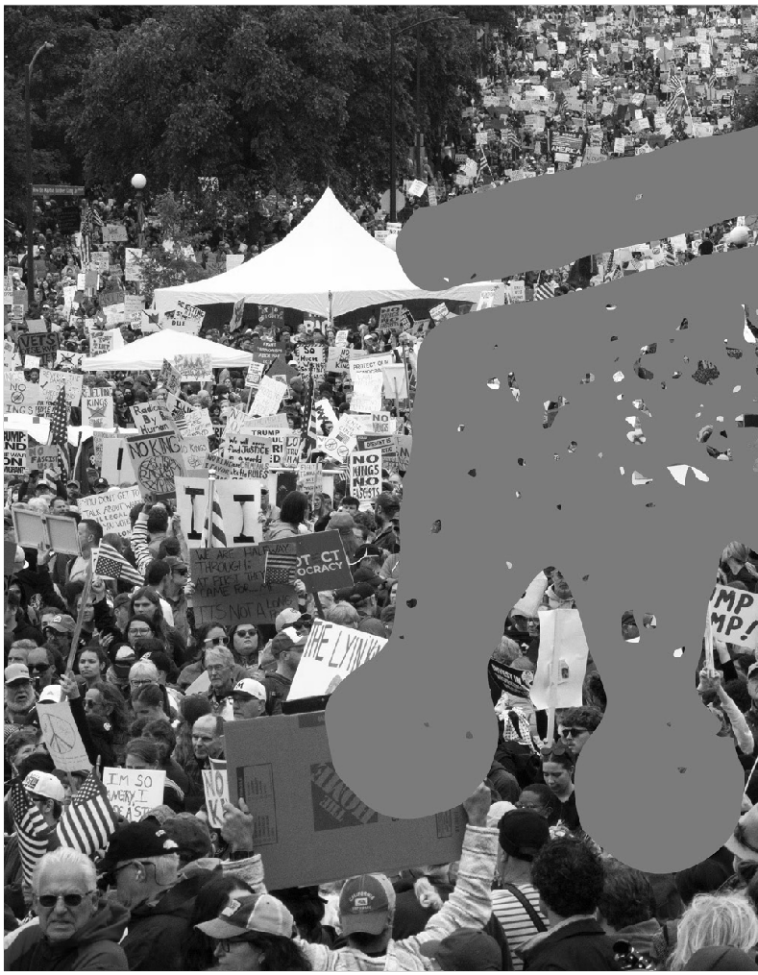
-Ich bin mir nicht sicher, ob es sich für mich so riskant angefühlt hat. Los Angeles hat in dieser Hinsicht vielleicht eine andere politische Landschaft als die republikanisch geprägten Bundesstaaten, aber ich wusste, dass wir es mit der LAPD zu tun haben würden, nicht mit ICE und möglichen Anklagen auf Bundesebene (die riskanter sind, obwohl sie in Los Angeles im Allgemeinen nicht so riskant sind, wie viele denken). Mit Tausenden von Liberalen, die uns Deckung gaben, fühlte sich dies wie eine der sichereren Aktionen an, die derzeit in Los Angeles stattfinden. Auf jeden Fall sicherer als eine Konfrontation mit der ICE während einer Razzia.

-Was reden die Leute da, dass es für Anarchist*innen ›gefährlich‹ sei, bei No Kings dabei zu sein? Es ist gefährlich für uns, NICHT dabei zu sein.

-Natürlich ist es gefährlich. Das Regime macht deutlich, dass es unsere Bewegung zerschlagen und jeden, der sich ihm in den Weg stellt, ins Gefängnis stecken, töten oder deportieren will. Jede Aktion gegen das Regime, auch wenn sie nur symbolisch ist, bringt ein erhöhtes Risiko von Überwachung, Polizeigewalt und Repression mit sich. Ich bin aber der Meinung, dass die Risiken, die entstehen, wenn wir jetzt nicht mitzumachen, noch größer sein werden. Das Einzige, was die Faschisten davon abhält, noch weiter zu gehen, ist unser Widerstand, und wenn wir verlieren, wollen sie uns umbringen. Wir müssen aufhören, Gefahr als etwas zu sehen, das wir uns aussuchen können, und erkennen, dass wir, ob wir wollen oder nicht, in einen Kampf ums Überleben verwickelt sind.

-Pah, das ist nur soziale Angst. Ich dachte, wir würden rausgeschmissen werden, weil wir einen Stand übernommen haben, aber wir durften den ganzen Tag bleiben. Für den Fall, dass wir rausgeschmissen worden wären, wollten wir einfach zu einem anderen Teil des Festivals gehen, einen anderen Stand nehmen oder die Zines per Hand verteilen. Viele Leute wollen gerade über revolutionäre, staatsfeindliche Politik reden. Es war ein gutes Gefühl, als ›wir selbst‹ aufzutreten, den Leuten explizit anarchistische Ideen zu präsentieren und zu sehen, wer bereit ist, sich darauf einzulassen.

-In diesem Fall, in einer Stadt, in der bereits versucht wurde, Bundestruppen zu stationieren, und in der es von menschlichem Abschaum wimmelt, der für die Einwanderungsbehörde arbeitet, war ich persönlich extrem besorgt. Massenüberwachung ist real und sie ist schlimm. Angesichts des Kontextes hatte ich jedoch das Gefühl, dass grundlegende Sicherheitsmaßnahmen wie das Tragen von Masken ausreichend waren. Die Zeit wird zeigen, ob das stimmt. Die Leute, mit denen ich zusammen war, nutzten dies meist als Gelegenheit, sich zu zeigen. Niemand hatte vor, mehr zu tun, als an der Demonstration teilzunehmen, was unsere Entscheidungen beeinflusste. Einige Leute trugen keine Masken, andere waren vollständig maskiert, wieder andere lagen irgendwo dazwischen.



-Ich wusste, dass die Teilnahme an der Kundgebung das unwahrscheinliche Risiko einer Verhaftung oder Polizeigewalt oder Gewalt durch die extreme Rechte mit sich brachte. Das größte Risiko bestand jedoch nicht in meiner persönlichen Sicherheit, sondern darin, dass wir keinen Einfluss auf die Menge nehmen oder andere Menschen erreichen würden, die mit der Trump-Regierung und den liberalen Reaktionen darauf unzufrieden sind.

Was glaubt ihr, habt ihr erreicht?

-Ich hatte viele gute Gespräche mit Leuten, die mit dem, was wir taten, sympathisierten, aber ich denke, das Vielversprechendste war, wie viele Menschen sich uns auf der Straße anschlossen, als wir gezeigt hatten, dass es möglich war. Sogar einige der Friedenspolizisten jubelten vom Bürger-

steig aus! Eine ältere Frau aus den Vororten ist während einer Demonstration auf der Straße gestürzt, und als wir ihr aufhalfen und fragten, ob wir ihr zurück zum Bürgersteig helfen sollten, lehnte sie ab. »Ich bin gegen den Vietnamkrieg auf die Straße gegangen, und ich will auch jetzt auf die Straße gehen.« Ich habe nach der Aktion auch mit einigen jungen Leuten gesprochen, die von der Erfahrung total begeistert waren und nach verschiedenen Möglichkeiten suchten, sich weiter zu engagieren. Die übliche Haltung vieler autoritärer Demonstrant*innen (sowohl liberaler als auch leninistischer) ist, dass nicht genehmigte Straßenproteste für ältere Menschen oder Kinder zu gefährlich sind und dass sie ›die Massen‹, die für so große revolutionäre Schritte wie das Demonstrieren auf der Straße ohne Genehmigung nicht bereit sind, von Natur aus entfremden. Es war gut, daran erinnert zu werden, wie falsch das ist.

-Andere Aktivist*innen und Interessengruppen waren offen für unsere Anwesenheit. Überraschenderweise gehörte dazu auch ›Humane Borders‹ – die abwesende humanitäre Gruppe, deren Stand wir übernommen hatten. Irgendwann kam eines ihrer Mitglieder an unseren Tisch, um zu fragen, wer wir seien. Wir sagten ihr ganz offen, dass wir dort nur kostenlose anarchistische Literatur verteilen wollten, da dieser Tisch sonst nicht genutzt wurde. »Da Humane Borders nicht erschienen ist, sind wir hier für No Borders!!! Und wir alle hassen ICE!« Zuerst schien sie von unseren Possen verwirrt zu sein, aber später kam sie zurück und sagte, dass ihre Gruppe froh sei, dass wir ihren Tisch nutzten!

-Ich fand es vielversprechend, dass es offensichtlich Leute gibt, die sich für militante Straßenaktionen interessieren und die wir nicht kennen. Ich denke dabei vor allem an die Gruppen von Jugendlichen, die sich mit mexikanischen Flaggen versammelt hatten.

-Am vielversprechendsten fand ich, dass sich etwa fünfzig lautstarke Leute, von denen viele völlig unbekannt waren, weiterhin trotzig auf der Straße versammelten, obwohl die Ordnungskräfte sie wiederholt aufgefordert hatten, nach Hause zu gehen. Sie waren offensichtlich unzufrieden mit den Liberalen, die die Demonstration anführten, und wurden sichtlich von den Aussagen der Anarchist*innen und der Energie, die sie in die Demonstration einbrachten, beflügelt, selbst als klar wurde, dass wir den Zorn sowohl der Organisator*innen als auch der Polizei auf uns zogen. Wir sahen Menschen, die von revolutionären Botschaften inspiriert und angezogen waren.

-Einige Gefährt*innen konnten mit einem lauten mobilen Lautsprecher und einigen gelben Demonstrant*innenwesten eine große Menschenmenge von etwa tausend Personen von der No Kings -Kundgebung am Rathaus zum Gefängnis lenken. Die Menge im MDC war davon richtig begeistert, und es gab ein paar kleinere Auseinandersetzungen mit der Polizei, wenn auch nichts allzu Gravierendes. Alle waren sehr gegen die Polizei eingestellt, und die Leute verlangten etwa sieben Mal, Boosies »Fuck the Police« zu hören. Irgendwann tanzten etwa hundert Leute zu »Payaso de Rodeo« Line Dance, was echt lustig war, und es gab einen ganzen Tanzwettbewerb zu einem Monterrey-Tribal-Set. Ich glaube, die Polizei merkte, dass sie die Kontrolle über die Situation verlor, denn direkt nach dem Line Dance holten sie die Pferde und gingen sehr aggressiv vor, um die Kreuzung zu räumen.

-Wir stellten mehrere Tische mit Hunderten von Zines, Postern und Aufklebern auf. Eine der freiwilligen Helfer*innen der Veranstaltung kam etwas misstrauisch auf uns zu und fragte, was wir vorhätten. Ich sagte ihr, dass wir nur ein paar Leute seien, die Ideen austauschen und ein offenes Gespräch führen wollten. Ihre Haltung änderte sich von skeptisch zu echt neugierig. Am Ende lächelte sie, stellte Fragen und ging mit einer Handvoll Zines davon.

Was hättest du dir bei No Kings gewünscht, woran du rückblickend selbst mitwirken hättest können?

-Mehr autonome Präsenz, mehr Banner, Skill-Sharing, Kunst, spontane Sprechchöre, die nicht über das ›genehmigte‹ Mikrofon laufen. Räume, in denen Menschen frei reden können, ohne dass ihnen von einer Bühne aus vorgeschrieben wird, wie ›sicherer‹ Aktivismus auszusehen hat.

-Unsere Propaganda fördert direkte Aktionen und politische Experimente. Alle Flyer haben einen QR-Code für einen ›Ankündigungs‹-Thread, in dem bevorstehende antiautoritäre Veranstaltungen, unsere eigenen Demonstrationen und ähnliches gepostet werden. Aber wir haben diesen Monat keine konkrete Veranstaltung in unserem Kalender, die zur öffentlichen Teilnahme einlädt, zum Beispiel haben wir keinen Aufruf zur Bildung einer stadtweiten Versammlung gestartet. Solche Dinge müssen noch organisiert werden.

-Ich hätte mir gewünscht, dass wir unsere Propaganda besser koordiniert hätten, damit wir mehr Gespräche mit Leuten hätten führen können. Wir sind nicht so viele, was es schwierig macht, alle unter einen

Hut zu bringen. Ich denke, dass es uns in Zukunft helfen würde, wenn wir unsere Öffentlichkeitsarbeit etwas gezielter machen würden, anstatt einfach Flyer und Zines an jeden zu verteilen, der sie haben will.

-Ich hätte mir spektakulärere Präsentationen unserer politischen Botschaften gewünscht – sei es durch das Aufhängen von Bannern, das Kleben von Plakaten, das Hissen von Flaggen, das Verbrennen von Puppen oder etwas anderes. Im Nachhinein ist klar, dass die Demonstration einfach ein riesiges Spektakel war, das für viele Liberale ein ›lustiger Nachmittag‹ war. Dies mit einer anarchistischen Note zu versehen, um unsere Präsenz für andere so sichtbar wie möglich zu machen, hätte für uns vielversprechend und für andere dort motivierend sein können, wenn es zum richtigen Zeitpunkt und im richtigen Kontext geschehen wäre. Außerdem hätten Anarchist*innen an vielen verschiedenen Stellen versuchen können, mit großen, verstärkten Transparenten und einem Megafon an der Spitze der Demonstration zu stehen, um die Botschaften und das Image der Organisator*innen in Frage zu stellen und möglicherweise sogar am Ende der Route oder in deren Nähe eine Abspaltungs-Demo mit denen zu starten, die noch nicht genug vom Demonstrieren hatten oder nach anderen Wegen suchten, um ihre politische Frustration auszudrücken.

-Ich wünschte, wir hätten mehr Möglichkeiten vorbereitet, damit die Leute nach der Veranstaltung hätten weitermachen können. Wir haben Flyer für eine zukünftige Anti-ICE-Veranstaltung verteilt, aber viele Leute wollten direktere Möglichkeiten, sich zu beteiligen, und wir hatten keine Möglichkeit, dies zu tun, außer die Signal-Benutzernamen weiterzugeben, was nicht ideal ist. Für die Zukunft hoffen wir, einen lokalen Veranstaltungskalender einzurichten, der es den Leuten ermöglicht, sich an weniger risikoreichen Veranstaltungen zu beteiligen, und vielleicht wäre auch ein Link zu einem Telegram-Kanal oder einem Signal-Thread nur für Admins eine gute Idee.

-Vor allem denke ich, dass eine weitere Gruppe von Leuten, die Splitterdemonstrationen gemacht hätte, sich durch die Innenstadt oder auf die Autobahn hätte schlängeln können, was die Polizeikräfte gespalten hätte und das Internierungslager wahrscheinlich wirklich in Aufruhr versetzt hätte, was für die Anti-ICE-Bewegung im Moment ein großer Gewinn gewesen wäre. Ich habe darüber nachgedacht, was es bedeutet, dass wir darauf warten, dass diese großen liberalen Organisationen Massenaktionen organisieren, damit wir sie kapern können, und wie viel wir dadurch verlieren, dass wir in dieser Hinsicht von ihnen abhängig sind. Gleichzeitig kostet es uns eine Menge Energie und Koalitionsbildung, diese Arbeit selbst zu machen, was uns von der Arbeit der Mietervereinigung und dem Aufbau einer Basis abhält, sodass es nie wie die beste Nutzung unserer Zeit erscheint. Trotzdem frage ich mich, ob es einen Weg gibt, diese Dynamik zu ändern.

aus "CrimethInc.: USA – Dystopie und Disruption" erscheint 2026 beim immergrün-verlag

Captain future – Magdeburg, Hauptstadt des Landes Sachsen-Anhalt

05.09.2026

09:00

Die letzte Umfrage vor der Wahl wird veröffentlicht: AfD 41%, CDU 25%, Linke 12%, SPD 5%, BSW 5%. Zufall: das ergibt 88%. Der Rest: Sonstige. Eine Koalition aus AfD und BSW wird in den bürgerlichen Medien für wahrscheinlich gehalten.

18:00

Auf dem Domplatz kommen über 5000 Menschen zusammen, um ein Zeichen gegen die Machtübernahme der Faschist_innen zu setzen. Politiker_innen reden auf einer zu groß geratenen Bühne. Wortlose Antifas mit allerlei Fahnen stehen am Rande. Eine beunruhigende Stille hüllt die Menge ein, kesselt sie ein. Dazu braucht es nicht die tausenden Staatsdiener_innen, die am Rand stehen, entspannt scherzend in ihren Rüstungen. 5000 Menschen füllen diesen Platz nicht. Magdeburg hat 250.000 Einwohner_innen. Nur 2% davon gehen auf die Straße. Manchen ist flau im Magen. An anderen Orten der Stadt bereiten sich Mutige darauf vor, handeln zu können.

06.09.2026

09:17

Der Spitzenkandidat der AfD, Ulrich Siegmund, trifft im Wahllokal ein, um seine Stimme abzugeben. 17 Minuten später als die Presse angekündigt. Als er den schmucklosen Raum betritt, knirscht es in den Ecken, hinter Stapeln und Vorhängen und im Mülleimer. Noch bevor er die Urne erreicht, erfüllt ein bestialischer Gestank Raum und Nasen, legt sich auf Haut und Kleidung, lässt Fotojournalist_innen flüchten, Siegmund ohne Vorwarnung erbrechen. Das Kamerateam des Mitteldeutschen Rundfunks überträgt bis dahin live.

09:18

Das Auto mit dem Siegmund zum Wahllokal gefahren wurde, wird von einem dutzend Vermummter angegriffen und entglast. Als der bleiche Faschist im vollgekotzten Anzug zum Fahrzeug hastet, sind die Angreifer_innen schon enteilt.

09:30

Die Aufnahmen aus dem Wahllokal gehen viral. Schadenfreude hier und da. Empörung woanders.

17:55

In der Innenstadt ist plötzlich der Strom weg. Nicht alle merken es sofort. Im Allee-Center sind die Schaufenster dunkel geworden, im Landtag, wo man angespannt auf die Prognose wartet, gehen die Monitore aus. Ratlose Gesichter, hektische Telefonate, Männer rennen aufgeregt hin und her.

18:00
Die Prognose wird im Netz veröffentlicht, die Wahlstudios der Sender bleiben ohne Funktion. Die Minute auf die alle hingefiebert hatten, ist verstrichen. Moderator_innen haben rote Flecken im Gesicht. Diejenigen, die die Brandsätze an den Umschaltwerken positioniert hatten, umarmen sich. Hubschrauber steigen auf.

18:12
Der Landtag hat wieder Strom. Die Aggregate laufen. Die Prognose wird auch hier verkündet: Danach bekäme die AfD 43 Sitze, die CDU 28, Die Linke 12. BSW und SPD sehr knapp unter der 5%-Hürde. Absolute Mehrheit für die AfD. Sarah Wagenknecht bekommt Atemnot.

18:30
Von einem Turm des Domes aus fliegen dutzende Silvester-Raketen über den Domplatz gen Landtag. Der sich sammelnde AfD-Mob flieht ins Innere.

18:32
Auf der anderen Seite der Elbe. Das Landesfunkhaus des mdr. Hier geht gerade ohne Internet nicht mehr viel. Unbekannte haben den richtigen Deckel angehoben und die Kabel im Schacht angezündet. Es brennt so hell, dass man den Schein von der anderen Flussseite aus sehen kann. Passant_innen bleiben besorgt stehen.

19:02
In der ganzen Stadt wird ein Versammlungsverbot ausgerufen.

19:30
Von der Kleingartenkolonie „Am Domfelsen" aus machen sich fünf Drohnen auf den Weg, um die Glasfassade des Plenarsaales großflächig mit brauner Farbe zu markieren.

20:00
Der Bundeskanzler ruft „die Magdeburger und Magdeburgerinnen" dazu auf Ruhe zu bewahren und zu Hause zu bleiben. Es bleibt ruhig, die Menschen bleiben zu Hause. Doch nicht alle.

20:20
Menschen die auf gepackten Koffern saßen, machen sich auf den Weg. Irgendwohin. Weg aus diesem Land, nur weg. Schnell! Das lehrt die Geschichte. Wer zögert, zögert zu lange.

20:21
Die Prognose bestätigt sich.

07.09.2026

01:16
Die Zugstrecken Richtung Hauptbahnhof werden durch Brandsätze in Buckau, Neustadt und Sudenburg unterbrochen. Später wird eine Bahnsprecherin verkünden, dass die Störung mehrere Tage andauern wird. Niemand müht sich, etwas zu erklären. Alle wissen.

09:00
Trotz Demonstrationsverbotes sammeln sich Tausende auf dem Breiten Weg um gegen den AfD-Sieg zu protestieren. Manche rufen zu Widerstand auf. Niemand hört ihnen zu. Auf dem Domplatz feiern Menschen mit Bier und Bratwurst. Die vielkehligen Schreie „Siegmund" „Siegmund" „Siegmund" wandeln sich wie von selbst zu „Sieg" „und" „Sieg" „und" „Sieg" „und"...

10:00
Aufruf zum Generalstreik in Sachsen-Anhalt. Es schließen sich an: verschiedene Antifas, Bürgerinitiativen, Kulturschaffende... Es sind dagegen: Der DGB, die SPD, die Grünen. Andere äußern sich nicht.

11:00
Der CDU Spitzendkandidat Sven Schulze verlässt Magdeburg wortlos Richtung Berlin und wird nicht zurückkehren. Sarah Wagenknecht trifft am Dom ein.

11:53
Die Sonne scheint, die Menschen gehen ihren Geschäften nach.

23:13
Der Landtag brennt.

Brandanschlag auf das Auto von AfD-Bundestagsfraktionsgeschäftsführer Bernd Baumann

Dokumentation:

Feurige Grüße an die angeklagten, eingeknasteten und untergetauchten Antifas!

In der Nacht auf den 3.11.25 haben wir im Trenknerweg 111 in Hamburg-Othmarschen den BMW von Bernd Baumann, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, mit einem Brandsatz zerstört.

In wenigen Wochen starten zwei große Prozesse gegen Antifas in Dresden und Düsseldorf. Angeklagt sind 13 Gefährt_innen, denen mehrere Angriffe auf Nazis und deren Strukturen in Deutschland und Ungarn vorgeworfen werden. Die hohen Urteile im ersten sogenannten Antifa-Ost-Verfahren und gegen Hanna im September signalisieren einen starken Verurteilungswillen der Repression. Bisher tat sich die Justiz oft schwer, Urteile wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung gegen militante Linke zu fällen, die nicht in der Guerilla organisiert waren. Jetzt versuchen die Herrschenden neue Maßstäbe zu setzen. In Ungarn, in den Niederlanden und in den USA ist die „Antifa" auf die Liste der „terroristischen" Gegner gesetzt worden.

In Zeiten, in denen die alltägliche, mörderische, rassistische Praxis von Nazis, Normalos und Bullen immer weiter zunimmt, in denen die militärische Abschottung Europas, Deutschlands oder der USA gegen Geflüchtete intensiviert wird und der us-amerikanische Präsident davon schwafelt, dass er den Geruch der Deportationen am Morgen liebe und Militär gegen antirassistischen Protest und Widerstand einsetzt, in diesen Zeiten ist es dringend notwendig, sich militant antifaschistisch zu organisieren. Also genau das zu tun, was den angeklagten Antifas jetzt vorgeworfen wird.

Bildet ein, zwei, drei, viele Hammerbanden!
Alerta antifascista, egal ob mit Hammer oder Brandsatz!
Wir wollen keine Sexisten, Rassistinnen und Faschos im Stadtbild sehen!
All you damn' MAGAfreaks, you will follow Kirk to hell!
Clara, Emmi, Luca, Nele, Moritz, Paula, Henry, Johann, Julian, Melissa, Nanuk, Paul und Tobias: viel Kraft, der Kampf geht weiter!
Freiheit für Maja, keine Auslieferung von Zaid nach Ungarn!

GrapheneOS – das Betriebssystem für bewegte Chaot:innen?

Zunehmend mehr Menschen benutzen mobile Geräte mit GrapheneOS als Betriebssystem. Wir werden sowohl von Einzelpersonen als auch politischen Zusammenhängen regelmäßig gefragt, ob GrapheneOS sicher ist, ob wir die Nutzung empfehlen und wenn ja, was es zu beachten gilt. Einige nehmen ihr Smartphone gleich mit aufs Plenum zum Protokoll schreiben: „Das ist GrapheneOS. Ist sicher." Unter einem Indymedia-Artikel zu den jüngsten Angriffen auf das Tor-Netzwerk, der am Rande die Sicherheit von Tails behandelte, wurde gegen uns und Tails gestänkert: "Capulcu, hört doch mal auf, immer auf veralteter Technologie herumzureiten. Ein GrapheneOS-Telefon (mit im Gegensatz zu Tails sauber implementierter MAC-Randomisierung), dazu ein moderner VPN als Basisschutz für das Profil (kann Proton, Mullvad, iVPN sein), und in dem Profil der klassische Tor Browser bringen in Kombination deutlich mehr in puncto Sicherheit und Privatsphäre. Tails war vielleicht gut in den 2010er Jahren, jetzt ist Zeit, nach vorne zu blicken."

Aber stimmt die Behauptung auch? Es wird Zeit, dass wir uns der Frage zuwenden, ob bzw. unter welchen Bedingungen wir GrapheneOS empfehlen können. Und ist es wirklich sicherer als Tails? Eins gleich vorweg: Pauschal und ganz eindeutig lassen sich Fragen nach der Sicherheit so gut wie nie beantworten. Denn es geht niemals nur um die technischen Details eines Geräts. Mindestens ebenso wichtig sind Fragen nach dem vorgesehenen Einsatzzweck, gegen wen es sich zu schützen gilt und welche Konsequenzen zu erwarten sind, falls es schief geht. Erst nach Beantwortung dieser Fragen lässt sich fundiert sagen, ob ein Gerät den Sicherheitsanforderungen gerecht wird. Es ist daher Skepsis angebracht, wenn uns jemand etwas anderes weiß machen will. Wir werden die Auseinandersetzung mit diesen Sicherheitsfragen hier nicht erledigen – und wollen dies auch gar nicht, schon allein, weil wir es sinnvoll finden, sich im Gruppenprozess auf gemeinsame Sicherheitsstandards und -bedürfnisse zu verständigen. Dennoch lassen sich natürlich einige Anhaltspunkte geben und wir wollen hier ein paar grundsätzliche Punkte anmerken, die zum Nachdenken und selber weiter informieren anregen sollen. Konkrete Handlungsempfehlungen, wie GrapheneOS möglichst sicher genutzt werden kann, geben wir nicht, und wir können auch nicht auf alle Spezialfälle eingehen, wie Leute ihre Geräte verwenden. Stattdessen thematisieren wir zum Ende unseres Textes die Folgen der Verwendung mobiler Geräte für linke Bewegung. Wir hoffen dadurch, die im oben zitierten Kommentar aufgemachte und etwas plumpe Diskussion rein technischer Eigenschaften um eine Auseinandersetzung der politischen Folgen der Verbreitung bestimmter Technologien in unseren Strukturen zu erweitern. Denn die kollektiven Folgen unserer Entscheidungen gehen weit hinaus über das Risiko, zum Ziel der Repressionsapparate und Datenunternehmen zu werden.

Bevor dieser Text vollends in technische Sphären abgleitet, wollen wir darauf hinweisen, dass ein Vergleich von GrapheneOS mit Tails Gefahr läuft, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. GrapheneOS ist ein Betriebssystem für Smartphones, Tails ein Betriebssystem für Desktops / Laptops. Die unterliegende Hardware ist also unterschiedlich, was u.a. bedeutet, dass GrapheneOS-Nutzer:innen zwangsläufig ein Gerät benutzen müssen, welches

mit Sensoren und Netztechnologien (GSM, etc.) ausgestattet ist, die auf Desktops / Laptops eher selten zu finden sind. Die Aufgabe, den Zugriff auf diese potentiell verräterischen Hardwarekomponenten regulieren zu müssen, stellt sich für Tails in der Form nicht. Auch die Erwartungen an die Nutzbarkeit sind sehr unterschiedlich: Ein Desktopbetriebssystem so zuzunageln, wie es Betriebssysteme für Smartphones machen, hätte massive Akzeptanzprobleme zur Folge. Schließlich sollen Dateien, die mit dem einen Programm erstellt wurden, mit einem anderen Programm geöffnet werden können – und Drag-and-Drop soll bitteschön auch funktionieren. Mit diesen Unterschieden im Hinterkopf ist ein Vergleich trotzdem nicht ganz abwegig, da beide Ansätze versprechen, die Nutzung digitaler Dienste sicherer zu machen.

Was ist GrapheneOS?

GrapheneOS basiert auf dem Android Open Source Project (AOSP) und läuft derzeit nur auf Googles Pixel-Geräten, da nur diese den Sicherheitsanforderungen des Entwickler:innenteams an die Hardware gerecht werden. Das Projekt fokussiert sich darauf, die Sicherheit von Android weiter zu verbessern. Zudem verbessert es den Schutz von Nutzer:innendaten, indem keine unnötigen Netzwerkverbindungen aufgebaut werden und Google-Dienste aus dem System entfernt bzw. deaktiviert werden. Der grundsätzliche Ansatz von GrapheneOS ist es, Funktionen nicht zu entfernen oder Einbußen bei der Kompatibilität hinzunehmen, sondern den Nutzer:innen die Entscheidungen und Konfiguration selbst zu überlassen. Dahingehend unterscheidet sich das Projekt von Apples Ansatz, die Nutzer:innen mit endgültigen Entscheidungen zu bevormunden. Ein Beispiel für die Herangehensweise von GrapheneOS sind die Sandboxed Google Play Services. Diese sind in GrapheneOS nicht vorinstalliert und GrapheneOS lässt sich gut ohne Google-Dienste nutzen. Sie lassen sich jedoch nachinstallieren und laufen dann mit den Berechtigungen einer normalen (sandboxed) App, also ohne die tiefe Systemintegration der Dienste bei einem Pixel mit vorinstalliertem Google Android. Zudem ist es möglich, die Google-Dienste in einem separaten Profil zu installieren, so dass sie keinen Zugriff auf Daten anderer Profile haben.

Über die Jahre hat GrapheneOS viele (teils innovative) Sicherheitsfeatures entwickelt, die auch in Android und andere Projekte wie den Linux-Kernel integriert worden sind. Beispiele sind hier Auto-Reboot, das inzwischen auch iPhones verwenden, oder die eigene hardened-malloc-Bibliothek. Zu beidem später mehr. Das Projekt hat immer wieder Schwachstellen in Android, im gerätespezifischen Pixel Code und im Linux Kernel gefunden und gemeldet, so dass diese geschlossen werden konnten. GrapheneOS wird durch Spenden finanziert und von einem verhältnismäßig kleinen Entwickler:innenteam betrieben. Als kleines Projekt ist es nicht gefeit davor, dass die Entwicklung spontan eingestellt oder zumindest unterbrochen werden muss, wie wir es etwa bei DivestOS oder CalyxOS gesehen haben. GrapheneOS ist davon abhängig, dass es Geräte gibt, auf dem das Betriebssystem betrieben werden kann. Uns ist wenig darüber bekannt, woher genau die Spenden kommen. Ein guter Teil der benötigten Infrastruktur wie z.B. Server-Kapazitäten wird ebenfalls von größeren Providern gespendet. Dazu kommen Spenden von Unternehmen wie Proton und Privatpersonen.

Zur Sicherheit von GrapheneOS

Im Juli 2024 tauchten im GrapheneOS-Forum Dokumente von Cellebrite auf, aus denen hervorging, dass Cellebrite (und damit die Cops allgemein) die GrapheneOS-Geräte seit Jahren als einzige auch bei physischem Zugriff nicht knacken konnte. Ende Oktober 2025 wurde dies nochmal durch eine geleakte Präsentation von Cellebrite bestätigt. Cellebrite ist der wichtigste Anbieter von Geräten und Dienstleistungen zur Daten-Extraktion aus Mobilgeräten mit physischem Zugriff – in der Regel über die USB-Schnittstelle. Des Weiteren sind für GrapheneOS keine Fälle remote kompromittierter Geräte aus den letzten Jahren bekannt. Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass nie auszuschließen ist, dass neue Schwachstellen entdeckt und für Angriffe ausgenutzt werden. In der Regel erfahren wir davon erst, wenn es schief geht. Deswegen müssen wir uns gut überlegen, wie sehr wir uns auf die technische Sicherheit verlassen wollen.

Kürzlich wurde öffentlich, dass der Druck auf GrapheneOS steigt, sodass sich diese veranlasst fühlten, ihre Hostingfirma OVH zu verlassen. Führungskräfte französischer Strafverfolgungsbehörden sollen ihre Einsatzkräfte den Medienberichten zufolge angewiesen haben, insbesondere mit GrapheneOS ausgestattete Pixel-Smartphones grundsätzlich als sehr verdächtig zu behandeln. Sowohl Tor als auch aktuell GrapheneOS oder andere verschlüsselte Kommunikationsdienste stehen immer wieder im Fokus politischer Kampagnen. Nutzen wir digitale (verschlüsselte) Kom-

munikation, müssen wir den Entwickler:innen und ihren Sicherheitsmaßnahmen vertrauen. Die Fälle von ANOM und EncroChat zeigen in jüngerer Vergangenheit, wie schnell dieses Vertrauen obsolet sein kann. Bei beiden Angriffen war verschlüsselte Kommunikation das Ziel. Im Falle von ANOM folgte die Infiltration über die erzwungene Kooperation mit den Entwickler:innen des Customs-Roms, das die Messengerapp mit auslieferte. Im Falle von EncroChat wurden die Updateserver des Projekts infiltriert. Beide Angriffe liefen über mehrere Jahre und waren eine internationale Kooperation von Ermittlungsbehörden. Durch das massenweise Ausleiten von entschlüsselten Nachrichten konnten weltweit zahlreiche Strafprozesse initiiert werden. Um die technische Sicherheit von GrapheneOS genauer zu diskutieren, beschreiben wir im Folgenden die Sicherheitsarchitektur von GrapheneOS und weitere Sicherheitsfeatures (ab Pixel 8).

Die Sicherheitsarchitektur von GrapheneOS

[Anmerkung: hier folgen, für Laien nicht leicht verständliche Details, die wir kursiv kenntlich gemacht haben]

Starten wir mit der Sicherheitsarchitektur von GrapheneOS. Vieles ist schon Teil von AOSP und wird von GrapheneOS weiter ausgebaut. Ganz grob folgt GrapheneOS folgendem dreiteiligen Ansatz, um die Geräte möglichst sicher zu machen:

1. Die Verkleinerung der Angriffsfläche bedeutet, dass nur absolut notwendige Features im Grundzustand enthalten und aktiviert sind, und alles Unnötige entfernt wird.

2. Durch moderne, sichere Softwareentwicklung wird versucht, ganze Klassen von Programmfehlern (Bugs) auszuschließen (z.B. memory corruption oder dynamic code loading/execution).

3. Durch Containment und Isolation werden die Auswirkungen minimiert, die es hat, wenn ein Angreifer doch mal eine Sicherheitslücke ausnutzen kann, weil jeder Prozess nur minimale Zugriffsrechte hat.

Außerdem gibt es viele kleine technische und prozessorientierte Verbesserungen, z.B. das Fixen von VPN-Leaks unter Android oder das prompte Ausliefern von Sicherheitsupdates derzeit meist noch vor Google selbst.

Wie diese Mechanismen ineinander greifen, lässt sich gut am Beispiel einer Schwachstelle im Linux-Kernel verdeutlichen, die im Android Security Bulletin vom Februar geschlossen wurde und durch die GrapheneOS-Geräte im Gegensatz zu den meisten anderen Android-Geräten nicht angreifbar waren. Es handelte sich dabei um einen Heap-Buffer-Overflow in einem Treiber für USB-Webcams, der Teil des Linux Kernel ist, den auch Android als Basis hat. Nun zu den oben beschriebenen Verteidigungslinien von GrapheneOS (exemplarisch):

• In GrapheneOS ist die USB-Schnittstelle standardmäßig im gesperrten Bildschirm deaktiviert, und zwar sowohl hardwareseitig als auch durch das Betriebssystem. Der Bug kann also nur ausgenutzt werden, wenn die Nutzer:in das Gerät selbst entsperrt. Zum Beispiel ein Cellebrite-Exploit mit physischem Zugriff in einer Polizeikontrolle ist somit schon ausgeschlossen.

• Durch die hardened-malloc-Implementierung von GrapheneOS, die auch hardware memory tagging (MTE) verwendet, hätte die Heap Corruption aufgedeckt und ein erfolgreicher Exploit (erfolgreiches Ausnutzen der Schwachstelle) verhindert werden können. Allerdings hat GrapheneOS erst später begonnen, die hardware memory tagging-Implementierung zum Schutz des Heaps im Linux-Kernel zu aktivieren. Auch wäre eine solche Schwachstelle in einer speichersicheren Programmiersprache wie Rust nicht aufgetreten. Neuentwicklungen von Treibern für Android werden mittlerweile in der Regel in Rust geschrieben. Es werden aber nicht alle Treiber neu geschrieben. Alte verbleiben im C/C++-Code. Nach und nach soll sich aber so die Angriffsfläche verkleinern.

• Schwachstellen in einer App führen in Android nur dazu, dass ein Angreifer Zugriff auf die Berechtigung der App erhält (oder analog z.B. nur zur Sandbox einer bestimmten kompromittierten System-Komponente wie dem Media-Codec). Ein erfolgreicher Exploit für eine Schwachstelle im Linux-Kernel hingegen ermöglicht umfassenden Zugriff. Weil Linux ein monolithischer Kernel ist und auch schlecht gepflegte und selten beachtete Treiber für Peripherie-Geräte nicht durch eine Sandbox vom übrigen Kernel getrennt laufen, ist eine Schwachstelle in einem Kernel-Treiber der einfachste Weg, ein Android-Gerät umfassend zu kompromittieren. Die GrapheneOS-Entwickler:innen bezeichnen daher den Linux-Kernel als größte Schwachstelle in der Sicherheitsarchitektur von Android-Systemen.

• Ein weiterer Aspekt sind die in Mobiltelefonen verbauten Sensoren (Beschleunigungssensor, Lagesensor, Kompass etc.), die von Android als nicht sicherheitsrelevant eingestuft werden und deshalb von allen Applikationen angesprochen werden können. Diese Einstufung ist leichtfertig, da über diese Sensoren kompromittierende Informationen gesammelt werden können. Sämtliche Zugriffsrechte auf Sensoren sind per default für jede Anwendung aktiviert. GrapheneOS erlaubt aber anders als Standard Android, den Zugriff auf Sensoren zu deaktivieren.

• Durch die Implementierung von Verified Boot ist es für einen Angreifer kaum möglich, das System dauerhaft zu kompromittieren. Denn bei persistenter Veränderung würde das Gerät nicht mehr booten. Auch bei erfolgreichem Angriff ist die Nutzer:in nach einem Neustart wieder sicher. Die Auswirkungen eines Exploits sind daher nicht nur räumlich (nur Zugriff auf bestimmte Ressourcen), sondern auch zeitlich eingeschränkt (Neustart). Der Nachteil von Verified Boot ist, dass nur Entwickler:innen Änderungen am System vornehmen können, nicht aber die Nutzer:innen, da nur die Entwickler:innen die Schlüssel besitzen, um Bootloader, System und Apps zu signieren.

• GrapheneOS liefert prompte Backports für (sicherheitsrelevante) Patches im eigenen LTS-Kernel aus. Daher war die Schwachstelle in GrapheneOS bereits lange gepatcht, bevor sie im Android Security Bulletin überhaupt auftauchte.3 Google und auch viele Desktop-Distributionen brauchen ihre Zeit, bis ein Sicherheitsupdate als stabil gilt und breit ausgerollt wird. Die Pixel-Geräte ab Pixel 8 erhalten sieben Jahre Sicherheitsupdates. Nur Apple und Samsung bieten ähnlich langen Support an im Mobilbereich.

Das Ziel des Ansatzes von GrapheneOS ist es nicht, einfach nur bekannte Sicherheitslücken zu finden und zu schließen (reaktive Sicherheit), sondern fundamentale Schutzgräben ins Betriebssystem einzuziehen, die die effektive Ausnutzung von Schwachstellen verhindern, auch wenn diese

noch nicht bekannt sind (0-day). Dieser proaktive Sicherheitsansatz ist im Linux- und Desktop-Bereich allenfalls rudimentär vorhanden, und gerade der Linux-Kernel ist aus Sicherheitsperspektive problematisch, weil Sicherheit dort eben nicht von Anfang an mitgedacht wurde.

Diskussion einiger Sicherheitsfeatures von Pixel-Geräten und GrapheneOS
Pixel-Phones legen kryptographisches Schlüsselmaterial im von Google entwickelten Titan M2 Chip ab, von wo es sich nicht extrahieren lässt. Ohne den Chip lässt sich das Home-Verzeichnis somit nicht entschlüsseln. Das bedeutet auch, dass Schlüssel nicht unnötig dauerhaft im Arbeitsspeicher herumliegen. Der Chip erlaubt die Verwendung der Schlüssel nur nach erfolgreicher Authentisierung (Passworteingabe). Die Zahl der Versuche wird dabei hardwareseitig so limitiert, dass GrapheneOS zufolge schon eine zufällige Sechs-Ziffern-Pin sicher sein soll. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass irgendwer z.B. einen Seitenkanal findet und Extraktionsangriffe doch praktikabel werden. Ebenfalls auf dem Sicherheitschip basiert die Auditor-App. Mit dieser App können Geräte gegenseitig überprüfen, dass Hardware, Bootloader und Betriebssystem nicht manipuliert worden sind. Nette kleine Features sind das automatische Abschalten der Schnittstellen (Wlan, Bluetooth etc.) bei Nicht-Verbindung, sodass darüber keine Angriffe mehr stattfinden können. Auch findet ein Auto-Reboot statt, wenn sich die Nutzer:in für eine konfigurierbare Zeit nicht eingeloggt hat. Dadurch geht das Gerät wieder in den sichereren Before First Unlock (BFU)-Zustand über, in dem keine Geheimnisse im RAM liegen. Weiterhin können Nutzer:innen eine Duress-PIN setzen, die bei (erzwungener) Eingabe alle Daten vom Gerät löscht. GrapheneOS erlaubt es auch, eine Zwei-Faktor-Authentifizierung zum Entsperren des Geräts zu verwenden. Durch Biometrie und PIN soll sowohl vor Shouldersurfing / Kameraüberwachung von Pin-Eingaben als auch vor dem Zwang, den Fingerabdruck abzugeben, geschützt werden. Die Fingerabdruck-Daten werden ebenfalls nicht-extrahierbar im Titan M2 gespeichert.

Smartphone-Angriffe over the air, also das Ausnutzen von Schwachstellen im Baseband (der Prozessor für die Steuerung der Mobilfunkkommunikation), um das Betriebssystem des GSM-Modems zu kompromittieren, waren und sind üblich. Die Schutzmaßnahme: Das Baseband ist bei Pixel-Geräten anders als bei den meisten Smartphones isoliert, d.h., es gibt nur einen minimalen Speicherbereich, auf den Baseband und Arm-CPU gemeinsam zugreifen. Das Baseband kann damit das Betriebssystem schwieriger angreifen. Durch einen Angriff kann es aberaktiviert werden, können Datenübertragungen manipuliert werden, etc. Der Chip, auf dem sich das Baseband befindet, implementiert weitere Funktionen wie WLAN und GPS, aber jede dieser Komponenten ist separat gesandboxed und unabhängig voneinander. Durch Aktivieren des Flugmodus wird der Mobilfunk deaktiviert, aber WLAN kann wieder aktiviert und verwendet werden, ohne den Mobilfunk erneut zu aktivieren. Dadurch kann das Gerät theoretisch als reines WLAN-Gerät verwendet werden. Absolute Aussagen sind immer schwierig. Verlässlichkeit von Hardware ist einfach sehr begrenzt. Ist ein kompromittiertes Baseband im Flugmodus wirklich vollständig ausgeschaltet?

Eine Evaluation ist schwierig, da die Treiber bzw. Firmware in dem Gerät proprietärer Code sind. Es ist also nicht alles Open Source in GrapheneOS. Das Gleiche trifft zwar für die üblichen Desktop-Rechner ebenfalls zu. Laptops haben ein proprietäres BIOS/UEFI und Intel ME (sofern nicht große Anstrengungen unternommen werden und beispielsweise Coreboot installiert wird). Allerdings enthält z.B. die Linuxdistribution Debian im Ausgangszustand keine proprietäre Software, was nicht heißt, dass diese nicht dennoch in UEFI, Festplatten-, Tastatur-Firmware usw. enthalten ist. Demgegenüber verwendet Android ein sogenanntes Hardware Abstraction Layer (HAL), in dem die Treiber für die Hardware des Geräts (Kamera, NFC, Modems usw.) liegen. Das HAL besteht zu großen Teilen aus proprietären Blobs und ist sehr eng mit dem Android Linux-Kernel verknüpft. Auch in GrapheneOS sind diese binären Blobs von Google enthalten und es kann nur mit großem Aufwand überprüft werden, was sie tun.

Welche Vorteile hat GrapheneOS gegenüber Tails?

Wir haben keinen Zweifel daran, dass GrapheneOS seit einigen Jahren das sicherste und datensparsamste mobile Betriebssystem ist – zumindest unter den Systemen, deren Verwendung von ihrer Funktionalität her für typische Nutzer:innen in Betracht kommen. GrapheneOS läßt sich nur auf (relativ aktuellen) Pixel installieren. Dadurch kann der Code optimiert werden, unnötige Module entfernt und die Angriffsfläche verkleinert werden. Das geht bei Tails nicht, weil es darauf ausgelegt ist, auf möglichst vielen Laptops und Desktops zu funktionieren. Im Vergleich zu Tails profitiert GrapheneOS von der moderneren Sicherheitsarchitektur mobiler Betriebssysteme. Während zur Zeit der Entstehung der heutigen Desktop-Systeme und des Linux-Kernels Sicherheit kaum von Bedeutung war – es gab beispielsweise kaum relevante Angriffe über Netzwerke –, wurde sie bei der Entwicklung von Android von Anfang an als ein wesentliches Designziel mitgedacht. Während Linux-Desktops daher aus Kompatibilitätsgründen so ihre liebe Mühe haben, neue Sicherheitsfeatures z.B. tief in den Kernel zu integrieren, lassen sich bei Android die Vorteile des proaktiven Sicherheitskonzepts inzwischen deutlich erkennen. Wir gehen einige schon oben erwähnte Aspekte vor diesem Hintergrund nochmal genauer durch.

Durch Verified Boot ist sichergestellt, dass der komplette Bootprozess und die Integrität des Systems mit den Schlüsseln der Entwickler:innen abgesichert ist. Verified Boot geht bei GrapheneOS sogar so weit, dass auch die Signaturen installierter Apps geprüft werden. Somit ist es kaum möglich, ein GrapheneOS-Gerät persistent zu kompromittieren. Entsprechend funktionieren auch die Exploits von NSO und Co wie bei anderen Mobilgeräten nicht persistent, sondern müssen nach einem Reboot erneut durchgeführt werden. Das steigert zumindest das Risiko der Angreifer:innen, aufzufliegen. Im Desktop-Bereich gibt es mit Secure Boot zwar Ansätze, die in eine ähnliche Richtung gehen, jedoch nicht so konsequent umgesetzt werden, und die von Nutzer:innen erst eigenständig eingerichtet werden müssen, d.h., wenn ihr Tails benutzt, müsst ihr der verwendeten Hardware und dem BIOS/UEFI vertrauen. Das kann ein Problem sein, insbesondere, wenn das Bedrohungsmodell von einem Angreifer ausgeht, der sich (unbemerkt) physischen Zugriff auf euren Tails-Rechner verschaffen kann.

Was die Reduktion der Angriffsfläche angeht, wählt Tails einen ähnlichen Ansatz wie GrapheneOS und profitiert hier zusätzlich davon, dass ein Tails-Stick eigentlich immer ausgeschaltet ist. Tails unternimmt jedoch keine besonderen Anstrengungen, bestimmte Klassen von Sicherheitslücken komplett auszuschließen. Dies geschieht nur insoweit, wie es in Debian passiert, auf dem Tails basiert. Und Debian und der Linux-Kernel bestehen nach wie vor weitestgehend aus C/C++-Code, auch wenn all-

mählich neuer Code auch mal in Rust geschrieben wird. Der Sicherheitsansatz von Tails ist hier also eher reaktiv und baut darauf, mit Debian Stable eine gut getestete Distribution mit ausgereifter Software als Basis zu verwenden. GrapheneOS hat hier deutliche Vorteile, da fast der gesamte Kernel und die meisten Systemkomponenten mit hardware memory tagging geschützt sind (MTE), und zudem in Android von Beginn an ein Großteil des Codes in speichersicheren Programmiersprachen geschrieben worden ist.

Bezüglich des Sandboxing profitiert GrapheneOS davon, dass etwa das Berechtigungssystem von Android mittels SELinux tief in das Betriebssystem integriert ist. Die Apps müssen also kompatibel damit sein und es lassen sich strikte Berechtigungen umsetzen. Wenn in einem normalen Linux-Desktop-System wie Debian ein Angreifer eine Schwachstelle in Thunderbird findet, kann er damit im Prinzip auf dieselben Ressourcen zugreifen wie die Nutzer:in, die den Prozess gestartet hat. Das bedeutet in der Regel, dass alle relevanten Dateien lesbar sind. Dem Angreifer reicht somit eine Lücke in einer einzelnen Anwendung, um weitgehenden Zugriff zu erhalten. Im Gegensatz dazu verhindert das Sandboxing von Android eine derart schnelle Ausweitung eines Angriffs. Die Folge dieses Ansatzes ist es, dass Angreifer:innen mehrere Schwachstellen finden müssen, um sich umfassenden Zugriff auf ein Gerät zu verschaffen. Wir wollen hier nicht verschweigen, dass auch Tails versucht, einen ähnlichen Ansatz mittels AppArmor umzusetzen, aber dies geschieht viel rudimentärer und bedeutet großen Aufwand für jede einzelne Anwendung, da die Entwickler:innen genau entscheiden müssen, welche Berechtigungen nötig sind. Das Ganze ist kaum ins System integriert, und so kommt es denn auch, dass der in Tails enthaltene Tor-Browser nur eingeschränkten Zugriff auf das Dateisystem hat, andere Anwendungen wie Thunderbird aber Zugriff auf das gesamte Dateisystem haben. Auch laufen in Tails einzelne besonders anfällige Systemkomponenten wie media codecs nicht in abgekapselten Bereichen. Abschließend wollen wir bemerken, dass im Desktopbereich der Ansatz „Sicherheit durch Kompartimentierung" von Qubes OS noch konsequenter umgesetzt wird als von Android. Die Isolation wird bei Qubes OS mittels Xen-basierter Virtualisierung direkt auf der Hardware umgesetzt. Eine Architektur, die GrapheneOS ebenfalls anstrebt, aber bisher nicht realisieren kann. Für technisch versierte Nutzer:innen ist Qubes OS auf jeden Fall einen Blick wert.

Hinsichtlich der technischen Sicherheitsarchitektur lässt sich sagen, dass es mit Tails bei gleicher Nutzung (z.B. Öffnen eines E-Mail-Anhangs) einfacher ist, dass das System (für die laufende Sitzung) umfassend kompromittiert wird als bei GrapheneOS.

Welche Vorteile hat Tails gegenüber GrapheneOS?

Auch wenn mobile Betriebssysteme und die Hardware mobiler Geräte gravierende Sicherheitsvorteile gegenüber klassischen Desktopgeräten haben, gibt es einige Nachteile. Diese betreffen insbesondere das Nutzungsverhalten. Aus unserer Sicht ist es eine der Stärken von Tails, dass es ein sensibles Nutzungsverhalten provoziert. Tails regt, anders als GrapheneOS, nicht dazu an, bei einer heiklen Recherche im Tor Browser zwischendurch zu klären, wer morgen die Kinder aus der Kita abholt oder noch schnell den einen Link an einen Freund weiterzuleiten und dabei aus Versehen die falschen Daten zu copy-pasten… Tails ist dazu designt, für einen bestimmten Zweck gestartet zu werden, z.B. eine Recherche, und dann bis zum Ausschalten auch nur dafür verwendet zu werden. Apropos Ausschalten – es ist immer eine gute Idee, Geräte auszuschalten, aber wer schaltet nachts noch sein Mobilgerät aus?

Einige offensichtliche technische Vorteile seien hier auch noch angemerkt, bei Tails lässt sich die Nutzung von Tor nicht so leicht verkacken, da dies in der Standardeinstellung der einzige Weg ins Internet ist. Diese macht natürlich nur bei Tails in der Form Sinn, weil nicht auch noch die ganze Privatkommunikation über das gleiche Gerät läuft. Wer kauft sich schon mehrere Pixel-Geräte, um Privat- und Politkommunikation zu trennen, wo doch die Profile in GrapheneOS so eine tolle Isolation ermöglichen. Bei GrapheneOS muss man den Tor Browser oder Tor als VPN immerhin noch selber einrichten. Auch das hat sicher schon zu Clearnet-Leaks geführt.

Da die meisten Nutzer:innen ihr Smartphone mal eben schnell entsperren können wollen, werden bei Mobilgeräten meist schwächere Pins/Passwörter verwendet als bei Tails, wo Nutzer:innen die Passphrase relativ selten eingeben müssen. Hoffentlich hält der brute-force-Schutz von Googles Titan M2 dann auch wirklich Stand. Außerdem verwendet GrapheneOS kein Read-Only-Dateisystem. Tails „vergisst" alle Aktivitäten nach dem Herunterfahren (mit Ausnahme der Dateien im Persistenten Speicher). Dies ist bei GrapheneOS nicht der Fall. Browser-Historie, Nachrichten, erstellte Dokumente, Bilder usw. - alles bleibt erhalten und ist damit bei Zugriff auch für Repressionsbehörden zugänglich. Das A für „Amnesic" in Tails meint aber nicht nur das Verwischen jeglicher Spuren, sondern erreicht auch ein ähnliches Verhalten wie Verified Boot bei GrapheneOS, nämlich, dass auch ein kompromittiertes System nach einem Neustart wieder in einem sauberen Zustand ist. Hier muss aber einschränkend hinzugefügt werden, dass Verified Boot eine umfassendere Integritätsprüfung darstellt, die sowohl den Bootloader als auch die installierten Apps mit einschließt, was bei Tails nicht der Fall ist. Ein Tails-Stick sollte daher auch nie an einem unsicheren Ort verwahrt werden, wo Angreifer:innen physischen Zugriff haben, um euren Tails-Stick zu manipulieren, so dass bei der nächsten Verwendung wichtige Daten wie Passwörter abfließen oder die Angreifer:innen Live-Zugriff auf das System erhalten.

Wie schon erwähnt, werden GrapheneOS-Updates automatisch installiert, sodass Sicherheitslücken schnell geschlossen werden. Wie bei eigentlich allen Betriebssystemen müssen Nutzer:innen den Entwickler:innen bzw. Infrastrukturbetreiber:innen vertrauen. Denn diese könnten jederzeit

bösartige Updates signieren und ausliefern lassen. Zur Vertrauenswürdigkeit der Menschen hinter GrapheneOS können wir nichts sagen, das nicht schon öffentlich bekannt ist. Sie sind technisch sehr kompetent und verfolgen Sicherheit und Datenschutz mit großer Konsequenz. Bei Tails wissen wir, dass das Projekt dezidiert emanzipatorische Ziele verfolgt, das zeigt sich etwa an den Personas, auf deren Bedürfnisse Tails zugeschnitten ist.

Und noch ein Punkt, ein Mobilgerät wird öfter außerhalb von zu Hause mitgenommen. Das bedeutet nicht nur, dass (mehr) Standortdaten gesammelt werden, sondern auch, dass die Wahrscheinlichkeit viel größer ist, dass es Repressionsbehörden in die Finger bekommen.4 Zudem werden auch sichere Entsperr-Passphrasen schnell mal in der U-Bahn oder im Supermarkt eingegeben. Die Cops brauchen sich dann nur noch das Videomaterial der dortigen Kameras aushändigen zu lassen, um zumindest auf dieses Profil Zugriff zu erhalten. Hier wird der wesentliche Unterschied deutlich. GrapheneOS ist darauf ausgelegt, im alltäglichen Nutzen eines Mobilgeräts ein Maximum an Sicherheit und Datenschutz zu ermöglichen. Tails hingegen ist für die bewusste Nutzung in heiklen Angelegenheiten entwickelt worden. Tails führt daher quasi automatisch zu einer besseren Opsec, wobei diese Behauptung nicht als Freifahrtschein für Fahrlässigkeit missverstanden werden sollte.

Mobilgeräte als Teil des technologischen Angriffs

Kommen wir nun zum spannendsten Teil dieses Texts, nämlich, warum wir immer noch skeptisch sind. Mobilgeräte sind eine der Speerspitzen des (informations-)technologischen Angriffs. Der technologische Angriff ist ein Konzept, das wir aufgegriffen haben, um Technologiekritik als Herrschaftskritik zu betreiben. Konkret verstehen wir unter dem technologischen Angriff, dass technische Innovationen strategisch zur schöpferischen Zerstörung eingesetzt werden. Das bedeutet, wir begreifen die Digitalisierung und Mobiltelefone als ein Vehikel, das diese Zerstörung bis in die letzten Winkel unseres Alltags trägt, als Zertrümmerung der alten Arbeits- und Lebensformen im umfassenden Sinn mit dem Ziel der Unterwerfung unter ein neues technologisches Regime. Wir wollen diese alten Zustände nicht als „gut" oder gar verteidigenswert darstellen, die Stoßrichtung des technologischen Angriffs jedoch ist konträr zu einer freien und egalitären Gesellschaft. Das mag abstrakt klingen. Wir werden nun aber deutlich machen, was wir meinen. Dabei konzentrieren wir uns nur auf die direkten Folgen des Angriffs für uns als Bewegung – die Folgen der Verbreitung von Smartphone und Co auf die Breite der Gesellschaft haben wir in unseren Texten oft genug analysiert. Die derzeitige gesellschaftliche Rechtsentwicklung und Faschisierung hat seine Ursachen u.a. in den Folgen des technologischen Angriffs. Trump, Musk & Co wären ohne Smartphones und soziale Medien nicht derart erfolgreich. Wir erleben derzeit ein Faschisierung, die durch die Zerschlagung vorher bestehender zivilgesellschaftlicher Strukturen, die soziale Atomisierung und die algorithmisch-gesteuerte Reichweitenverstärkung der sozialen Netzwerke verstärkt wurde. Die Identifikationsangebote der Faschisierung (Nationalismus, Rassismus, Patriarchat) bieten zumindest Teilen der Gesellschaft den notwendigen Ersatzkitt, um die Atomisierung erträglich zu machen und sich mit den Verhältnissen zu arrangieren. Insofern ist die Faschisierung als komplementär zum technologischen Angriff zu sehen.

Unter diesem technologischen Regime haben alle emanzipatorischen Kräfte systematisch schlechte Karten, gesellschaftliche Relevanz zu entfalten. Faschisierung und technologischer Angriff fallen aus unserer Sicht nicht zufällig zeitlich zusammen, und wir halten eine Bekämpfung der Faschisierung ohne Auseinandersetzung mit dem technologischen Angriff für wenig aussichtsreich.5

In den letzten Jahr(zehnt)en hat sich zunehmend mehr Kommunikation ins Digitale verlagert. Diese Entwicklung hat auch vor unseren Gruppen und Bewegungen nicht Halt gemacht. In Teilen der Linken werden die Möglichkeiten des Digitalen unkritisch abgefeiert oder zumindest „trotz alledem" genutzt. Bei einer überraschenden Räumung, Hausdurchsuchung oder ähnlichem Ereignis werden heute über Messenger und soziale Medien schnell viele Leute erreicht. Es ist also gut, dass es diese Möglichkeit nun gibt. Oder vielleicht doch nicht? Virtuelle Räume und Messengerkommunikation führen in den seltensten Fällen zu entschlossenem Handeln. Physische Zusammenkünfte finden sicherlich immer noch statt, aber wie viel seltener kommt es aktuell zu organisierten politischen Handlungen und wie sehr helfen Onlinedienste (Social Media) der Handlungsfähigkeit - oder führen zu Ohnmachtsgefühlen und substituieren das Bedürfnis, etwas zu tun? Der Griff zum Mobiltelefon ist daher ein Griff ins Klo – jedenfalls vom Standpunkt einer dynamischen kraftvollen Bewegung, die in der Lage ist, reale Fortschritte in sozialen Kämpfen durchzusetzen. Trotzdem sehen wir auch die Beispiele (People on the move, die Proteste in Hongkong 2019 oder aktuell der GenZ-Proteste z.B. in Marokko), wo Messengerkommunikation soziale Räume nicht ersetzt, sondern erschaffen hat.

Wem das zu viel falsche Nostalgie ist, die kann vielleicht mit der folgenden Begebenheit mehr anfangen. Als im April diesen Jahres in Teilen Spaniens der Strom länger ausfiel, öffnete sich ein Möglichkeitsfenster, um Aktionen ohne Kameraüberwachung an kritischen Orten, etwa in Innenstädten, durchzuführen. Genoss:innen aus Barcelona berichteten uns, dass es auch genug interessierte Leute gab. Allerdings fanden sie nicht zusammen. Denn mit dem Internet fiel auch Signal als einzige verbliebene Kommunikationsstruktur aus und hinterließ einen Haufen handlungsunfähiger Individuen, die sich bestenfalls mal in Kleingrüppchen trafen.

Es bleibt nicht folgenlos für unsere Bewegungen, wenn wir einen derart tiefen Eingriff in unsere Organisationsform zulassen. Klar, auch mit einem Tails-Rechner findet digitale Kommunikation statt. Der Eingriff ist aber weit weniger invasiv. Denn der Rechner wird vielleicht nur alle paar Tage angeschaltet und nicht wie das Smartphone alle paar Minuten gezückt. Außerdem nehmen ihn Leute nicht zum Treffen mit. Er zwingt daher zu verbindlichen Absprachen, die auch ohne Messengerkommunikation funktionieren. Und ja, wir alle saßen schon mal an einem Treffpunkt und keine:r kam oder wir wurden am Bahnhof nicht abgeholt. Wir haben es überlebt.

In der Beantwortung der Frage, welches Gerät oder Betriebssystem verwendet werden sollte, ist die Frage nach der Sicherheit für uns aus den genannten Gründen nachrangig gegenüber der Frage nach den sozialen Folgen für die politische Organisierung. Konkret heißt das: Auch wenn ein bestimmtes Mobiltelefon technisch das sicherere Gerät sein sollte – und wir haben unsere Zweifel an dieser einseitigen Behauptung deutlich gemacht –, verlieren wir durch die Verwendung von Mobiltelefonen als

Bewegung mehr, als wir gewinnen. Wir machen uns nicht vor, die Entwicklung umkehren zu können. Der technologische Angriff läuft auch in unseren engsten Beziehungen auf Hochtouren, aber wir werden weiter Überzeugungsarbeit leisten, uns ihm entgegenzustellen, wo es möglich ist.

Bevor man uns jetzt nachsagt, wir würden die Risiken von Überwachung und Repression verharmlosen: Ja, die Überwachung unserer Kommunikation und Analyse unserer Strukturen wird für die Behörden im Digitalen um ein Vielfaches effizienter und praktikabler als im Analogen. Sie wird aber umso leichter, je mehr Kommunikation digital stattfindet. Mobilgeräte waren diesbezüglich für die Linke ein echter Gamechanger. Außerdem erzeugen diese Geräte gänzlich neue Klassen von Daten, z.B. Standort- oder Sensordaten. Wir glauben deshalb, dass mehr (GrapheneOS-) Smartphones zu mehr statt weniger Repression führen werden, schlicht und ergreifend, weil mehr Kommunikation darüber stattfinden wird als es sie über (Tails-) Desktop-Rechner je gegeben hätte. Auch wenn das Gerät verhältnismäßig schwer zu kompromittieren ist, birgt das Gefühl der Sicherheit die Gefahr des fahrlässigen Umgangs, sodass das eigene Verhalten technische Sicherheitsgewinne im Handumdrehen zunichte machen kann. Mobile Geräte führen in diesem Sinne zu einer Vergrößerung der (sozialen) Angriffsfläche.

Die Frage, die wir uns stellen, lautet also, ob und für was wir überhaupt ein Smartphone haben wollen und welche Folgen dieses Gerät für unser Leben und unsere Organisierungen hat, oder ob wir nicht lieber die Ressourcen investieren, starke analoge Strukturen aufzubauen (z.B. regelmäßige Treffpunkte, vereinbarte Orte im Fall von spontanen Ereignissen usw.). Und wenn wir – aus welchen Gründen auch immer – zu dem Schluss kommen, dass am Mobiltelefon keine Weg vorbeiführt: Welches Verhältnis wollen wir zu dem Gerät haben und können wir es nicht aus unserer politischen Organisierung heraushalten? Welches Verhältnis wollen wir zu einer Technologie haben, die den technologischen Angriff tief in unsere sozialen Strukturen trägt? Wir sollten diese Fragen nicht leichtfertig beantworten nur mit einem Blick auf die technische Sicherheit von Endgeräten. Und wenn wir darauf bauen, neue Technologien entgegen der im Design eingeschriebenen Zwecke zu verwenden, sollten wir uns Gedanken darüber machen, wie erfolgreich diese Strategie sein kann angesichts der existierenden Machtverhältnisse, und wo ihre Grenzen liegen.

Wir wollen die Antworten auf diese Fragestellungen nicht vorwegnehmen, sondern eine ernsthafte und kollektive Auseinandersetzung anstoßen. Die kollektiven Folgen unserer Entscheidungen gehen weit hinaus über das Risiko, zum Ziel der Repressionsapparate und Datenunternehmen zu werden.

capulcu

Was war denn das?

Ein Rückblick auf das „Rheinmetall entwaffnen"-Camp in Köln ...

...kann nur widersprüchlich ausfallen.Das fing schon bei dem Verbot an, das die Kölner Polizei über das Camp und die Demo verhängen wollte. Für den Versuch musste die Parole „Krieg dem Krieg" herhalten, mit der vor allem „Rote Gruppen" zum „Rheinmetall entwaffnen"-Camp mobilisierten. Während die juristische Auseinandersetzung lief, beantworteten „Rote Gruppen" den Verbotsversuch mit „Krieg dem Krieg – Jetzt erst recht!" Dies sei eine „Kampfansage (. . .) an alle, die für eine sozialistische Zukunft kämpfen und die wissen, dass ‚Krieg dem Krieg!' eben das bedeutet". Sie suggerierten für die Camp-Orga zu sprechen.

Der Widerspruch zu der Parole „Krieg dem Krieg" formulierte sich schnell, da sie „martialisch" sei. In der Kritik heißt es u.a., dass die Parole eine militante sozialrevolutionäre, feministische und antimilitaristische Perspektive auf Krieg konterkariert. „Sie grenzt pazifistische und andere Gruppen aus. Sie bleibt in militaristischer Logik verhaftet. Sie militarisiert soziale Auseinandersetzungen." Man trage die Parole nicht mit. Eine Erwiderung kam nicht etwa von den „Roten", sondern von anarchistischer Seite, die in der Intention „Krieg dem Krieg" eher den Bezug auf den Anarchisten und Antimilitaristen Ernst Friedrich sah, der mit seinem „Krieg dem Kriege"-Buch von 1924 eine radikale Position gegen jeden Krieg bezog. Diese Lesart war aber nicht von den „roten Gruppen" intendiert.

Nun interessiert die Begründung nicht, welche die Polizei für ein Verbot anführte. Hätte es diese Parole nicht gegeben, sie hätte einen anderen Anlass gefunden. Wir lehnen diese Parole aus inhaltlichen Gründen ab und sind eher verwundert, wieso sich Anarchist*innen haben blenden lassen und damit einen Angriff auf Antimilitarismus assoziierten. Warum? Fakt ist: Wir haben bisher kein Camp erlebt, das sich zwar einerseits gegen Krieg und Rüstung aussprach und andererseits so viele militaristische Tendenzen aufwies, wie in Köln. Da muss Klartext geredet werden, da hilft Schönreden nichts.

Autoritäre, orthodoxe kommunistische Gruppen versuchen das Thema Krieg in einer Weise zu besetzen, die sich eines Antimilitarismus in taktischer Manier bedient, um den aktuellen Widerspruch, der allgemein gegenüber der Militarisierung vorherrscht, für sich zu nutzen. Unter dessen Deckmantel wird eine autoritäre Gesellschaftsperspektive angestrebt, die militaristische Positionen bezieht. Das fängt damit an, den Feind im eigenen Land zu sehen und nicht in jedem Land, das ein Militär unterhält, weil man dem klassischen Freund-Feindschema anhängt. Das ist auch aktuell erkennbar in dem Versuch die Kampagne gegen Wehrpflicht auf Deutschland beschränken zu wollen und nicht internationalistisch auf jedes Land auszuweiten. Einige Gruppen agieren sogar wie ein verlängerter Arm anderer staatlicher Interessen. Für einige autoritären Strömungen sind Russland oder China für die globale Militarisierung und Kriegsentwicklung nicht so bedeutsam wie der „Deutsche Imperialismus". Unter diesen Schlagwörtern marschierten dann auf dem Camp bei einer Demonstration junge Freunde der DDR in Uniform vorneweg. Niemand hatte sie dazu eingeladen, sich an die Spitze zu setzen und mit ihren Karnevalsuniformen die Clowns abzugeben. In ähnlicher Weise kaperten autoritäre Kommunist*innen gleich zu Beginn des Camps den Versuch einer offenen Diskussion. Sie besetzten bei einer sogenannten Fish-bowl-Methode alle

Sprechpositionen, so dass nichts anderes durchdringen konnte, als ihre Propaganda.

Das war der Zeitpunkt, wo bei anwesenden Autonomen und Anarchist*innen die Diskussion aufbrach, ob man wieder abreisen solle. Nun könnte man den Karnevalsverein der „Freien Deutschen Jugend" für gelungene Realsatire abtun. Aber aus dem „Revolutionären Barrio" kamen immer wieder Töne, die dem Volkskrieg und der Volksarmee der DDR oder einer neu zu schaffenden „Roten Armee" zusprachen. Ein Jugendlicher mit Stalin-T-Shirts wurde gefragt, ob er sich bewusst sei, für wen er da Werbung mache. Stalin hätte die Opposition umgebracht. „Ja, die deutschen Soldaten", spuckte der junge Kommunist freudig hervor. Und seiner Schulung folgend, sei das mit den Gulags nur Propaganda des Imperialismus. Er war sich also bewusst, was er da trug. Am Bücherstand orthodoxer Gruppen freute man sich über den Absatz von Lenins Werken und anderen historischen Verbrechern. Hammer- und Sichelfahnen ließen keinen Zweifel aufkommen, der autoritäre Kommunismus ist ein Wiedergänger, nur die kommunistische Partei mach uns frei.

Fragte man den anderen bleichen Jungmacker, dessen T-Shirt den Neuaufbau der KPD propagierte, wie das vonstatten gehen sollte, dann war im Brustton der Überzeugung der „Volkskrieg" der Weg. Wer denn das Volk sei, wurde auch beantwortet: „Die deutsche Arbeiterklasse, die Werktätigen." Eine Anmerkung, dass wir diesen Volkskrieg schon mal gehabt hätten und kein Bedarf danach bestünde, konterte der junge Mann mit „Aber Ihr Anarchisten seid doch auch für die Revolution". Er verstand nicht, weil er, obwohl so jung, schon als Wiedergänger aus dem letzten Jahrtausend agierte, taub für Widersprüche. Die jungen Frauen der marxistisch-leninistischen Jugendorganisation „Young Struggle" (YS) wollten einer Organisatorin des Camps einen Platzverweis geben, weil die eine kritische Frage zu der durch YS betriebenen Verherrlichung der islamistischen Hamas als „Befreiungsorganisation" zu stellen wagte. Der Volksbegriff hat ein reaktionäres Revival, als hätte es eine Auseinandersetzung zu Rassismus nie gegeben.

Wieso sind so viele zum Teil junge Menschen für so einfache, autoritäre Lösungen zu begeistern? Werden einfache Antworten gesucht, die in der komplexen Welt mit vielen Gleichgesinnten eine Nestwärme erzeugen, die sonst so einfach nicht zu haben ist, weil um Positionen und Widersprüche gerungen werden müsste? Weil man eigentlich keine Widersprüche zulassen kann, um dieses identitäre Gebilde nicht zu gefährden? Und weil man zwischen Schule und Studium und dem Basteln an der Karriere nicht auch noch Zeit in Widersprüche verschwenden kann, sondern sich schnell und ohne große Mühe auf der richtigen Seite sehen will. Glauben sie den Scheiß, den sie da politisch vertreten? Oder geht es da gar nicht drum? Sitzen sie schon in den Startlöchern, um irgendwann kleine Machtpöstchen zu bekleiden und üben schon mal? Die Geschichte der K-Gruppen ist voll von Mitläufern, die sich irgendwann desillusioniert zurückzogen oder der Parteipolitik hingaben.

Die Frage an die Camp-Orga: Warum wird autoritären Positionen ein Platz eingeräumt? Bloß weil sie rote Fahnen haben und auf den ersten Blick gegen Krieg sind? Auch die AfD gibt vor gegen Krieg zu sein – das alleine kann kein Kriterium sein. Wieso hat die Camp-Orga politisch nicht eine Agenda, die militaristische Positionen selbstbewusst und offensiv ausschließt bzw. diese Widersprüche zur Diskussion stellt? Ein Camp, das gegen Krieg ist, ist gegen Krieg und nicht für den gerechten Krieg, nicht den antiimperialistischen Krieg, nicht für den Volkskrieg! So ist die scharfe Kritik an „Krieg dem Krieg" zu lesen, die sich für „Soziale Revolution gegen jeden Krieg!" aussprach. Würde „Krieg dem Krieg" im Geiste eines radikalen Antimilitarismus und des antimilitaristischen Anarchisten Ernst Friedrichs gerufen, wäre sie diskutierbar. Da sie hier aber im Geiste eines Militarismus verwendet wird, der Krieg führen will und das auch so meint, kann einer solchen Parole nur eine Absage erteilt werden. Der Frage, warum sich so viele junge Männer* und Frauen* in das „Rote Heer" begeben und allen ernstes Patriarchat als einen Nebenwiderspruch betrachten, der mit dem Verschwinden des Kapitalismus auch verschwinden würde, widmen wir uns an dieser Stelle nicht auch noch.

Zum Glück gab es im Rahmen des Camps auch einen politisch ausgestalteten Bereich des autonomen Feminismus, in dem sich viele junge und ältere Flintas mischten . Ausgehend von der Geschichte der „Trostfrauen" wurde ein Denkmal aufgestellt, zu Ehren der Frau, Yong I, die ihre Geschichte der sexuellen Versklavung durch das japanische Militär im Faschismus offen gemacht hat. Ausgehend von anklagenden Stimmen wurden Hunderttausende Frauen und Mädchen mit diesem Denkmal sichtbar gemacht. In einer großen Veranstaltung im zentralen Zelt vor über 300 Menschen wurden Fakten aus vielen Armeen und Kriegen zusammen getragen, die Vergewaltigung als zentrales Moment von Militär herausgearbeitet haben. Diese Auseinandersetzung war für ältere Feminist*innen zwar nicht neu, doch die Aufzählung vieler historischer systemischer Vergewaltigungen in verschiedensten kriegerischen Konflikten zeigten noch mal deutlich; ein jedes Militär betrachtet den Frauen*körper als Schlachtfeld, als militärisches Ziel. Ein Körper der kolonisiert und kontrolliert werden muss in der Logik von Militär. Durch die thematische Präsenz, vieler Veranstaltungen und ein festes FLINTA-Zelt schufen sie einen Raum, der Krieg und Patriarchat zusammen denkt und einen Anlauf- und Organisierungsort schuf. Sie riefen zur Desertion aus den binären Strukturen und dem Freund-Feind-Denken auf.

Auch in anarchistischer Hinsicht wurden zwei Anlaufpunkte geschaffen. Das war zum einen das „Anarchistische Barrio“, in dem sich gemeinsam und selbstorganisiert koordiniert wurde und Veranstaltungen stattfanden. Und in dem ein Spitzel aus Frankreich aufflog, der von fünf Bullen geführt wurde. Und es gab ein Zelt von Anarchist*innen, Feminist*innen und Autonomen, welches vor allem für die Unterstützung von Deserteuren in allen Teilen der Welt warb und Aufkleber in vielen verschiedenen Sprachen verschenkte. Natürlich war auch die Interventioalistische Linke (IL) anwesend, erkennbar an den pinken Basecaps. Aber bei um die Tausend oder mehr Menschen auf dem Camp war es schwierig, aus allen Bereichen etwas mitzubekommen. In den verschiedenen Zelten liefen parallel gute wie auch schlechte Veranstaltungen. Mehrere Aktionen in Köln und Umland gab es, von denen viele als erfolgreich galten. Doch wir beurteilen hier nicht, was wir nicht mit eigenen Augen gesehen haben. Denn es war üblich von den Aktionen im Stil der „roten Gruppen“ wie bei einer Propagandaveranstaltung jubelnd zu berichten und sich selbst zu beklatschen, so dass Raum für Zwischentöne und Zweifel ausgeknipst war.

Die Abschlussdemo war eine weitere denkwürdige Angelegenheit. Für Autonome mit einem Erfahrungshintergrund militanter Demos war es wie ein Déjà-vu, bloß in verdrehter Form. Die Kommunist*innen reklamierten für sich, wie auf dem Camp mit ihrem hochtrabend genannten „revolutionären Barrio“, die Revolutionäre schlechthin zu sein. Sie mussten das auch lautstark als „revolutionärer Block“ unter Beweis stellen, als würde die Lautstärke sie zu den einzigen Vertreter*innen einer revolutionären Politik machen. Von „Außen“ besehen, also als Revolutionäre, die keinen Block auf der Demo anstrebten, schien der „revolutionäre Block“ wie eine identitäre Positionierung, die Radikalität imitiert ohne sie einlösen zu können und auch nicht zu wollen. Es war die Selbstdarstellung einer Idee, geleitet von dem Transparent „Die revolutionäre Seite aufbauen - Krieg dem Krieg“. Eine Idee eines Kommunismus, die leer blieb und etwas autistisches hatte. Schon früh war erkennbar, dass ein Block geschlossen, und mit diesem Ausdruck einfach nicht bis zum Ende der Demo durchzubringen war. Für die Polizei war der Block der Magnet, der sie anzog und mit dem sie die Reibung suchten. Und der Block agierte, örtlich sinnfrei und nicht ganz passend, indem Bengalos in den Farben Palästinas gezündet wurden. Was die Bullen erneut auf den Plan rief. Vorher waren diese „genervt“, wegen der miteinander verknoteten Transpis des Blocks. Über allem schwebte die Drohne und filmte jedes Gesicht, wie auch schon auf dem Camp. Wir wissen, wenn die Polizei einen Grund finden will, dann findet sie auch einen, um eine Demo nicht ankommen zu lassen. Gescheitert mit dem Verbotsantrag und der Aktionen in und um Köln herum gegen die Bundeswehr und Waffenfabriken, die sie nicht haben verhindern können, war klar, dass die Demo eine Abrechnung wird. Und die „Revolutionäre“ lieferten sich auf dem Silbertablett en bloc. Die Demoleitung, bestehend u.a. aus dem Friedensforum Köln, versuchte gegenüber der Polizei, die Demo und den Block abzusichern, aber irgendwann war damit Schluss. Der Zug wurde wiederholt angehalten, der Block gewaltsam vom Rest der Demo getrennt und isoliert. Auch wenn die Demo stehen blieb und sich solidarisch verhielt, war der Spielraum begrenzt, aber es gab ihn noch. Denn der ebenfalls mitgekesselte anarchistische Block war einfach, schwuppdiwupp, verschwunden.

Erst wurden vereinzelt, aufgrund von Kameraaufzeichnungen und wahrscheinlich eher lächerlicher Vorwürfe, Menschen gewaltsam aus dem „revolutionären Block“ gezogen, dann der Lautsprecherwagen durchsucht. Am Schluss gewährte die Polizei dann den Abzug aller Demonstrant*innen, wenn sie den Block verlassen würden und man würde nur diejenigen festnehmen, die Straftaten oder ähnliches begangen haben. Auf so eine Spaltung kann man sich natürlich nicht einlassen, also blieb der Block zusammen. Er verharrte aber auf der Stelle, unternahm keine Initiative mehr und war auch sonst nicht sehr beweglich. Die Cops ergriffen die Chance, als der Block keine Initiative ergriff, außer der Dinge zu harren, die da kommen mögen. So konnte die Polizei dann über zehn Stunden die Eingekesselten nacheinander ED-behandeln. Schon am Vortag wurden bei einer Aktion 200 Menschen gekesselt und ED-behandelt. Nun waren es über 500 Menschen, die Eingekesselten sangen in beeindruckender Ausdauer, riefen und schrien über Stunden, was sicher auch zur Stärkung eines identitären Wir-Gefühls beigetragen hat. Davon kann mensch sich emotional bewegen lassen, wer aber „revolutionäre Politik“ nicht auf den moralischen Aspekt des „Wir sind die Guten und Edlen“ reduziert, hat sich das angeschaut, ohne sich mitreißen zu lassen. Denn in diesem Block waren die Freunde Stalins und Lenins und des Volkskrieges auch vertreten, deren Positionen auch einige jüngere Genoss*innen leider nachbeteten. Politisch aus einer revolutionär-anarchistischen Position betrachtet, war da viel, was einen Sinn zu machen schien.

Aus dem Flintabereich kam dann noch eine Ergänzung: "Nach der zermürbenden Grossdemo hatten sich einige Gruppierungen (...) gegenseitig die Schuld an der Polizeirepression zugeschoben. Abends saßen Jungmänner an einem der Lagerfeuer und haben stolz ihre "Kriegsverletzungen" aus den Konfrontationen mit den Cops gezeigt. Es gab weitere unliebsame Vorfälle durch auf Krawall gebürstete Mitmenschen, die patriarchale Männlichkeitsanforderungen anscheinend unzureichend hinterfragten. Kurzum: Die FLINTA* haben sich über die Häufigkeit des Reproduzierens patriarchaler Verhaltensweisen (auf einen Antikriegscamp!) sehr gewundert."

Die Veranstalter*innen der Demo bedauerten, dass die „Parade“, wie sie genannt wurde, nicht am Zielort ankam und diskutieren aktuell eine Wiederholung der Demo. Aber vielleicht war aus dem Camp mehr nicht rauszuholen und man sollte nach vorne schauen. Für die Polizei, nach der Niederlage des Campverbots und der Aktionen im Nachhinein ein Stempel, dem sie dem Camp aufsetzen. Viele Ermittlungsverfahren wegen (schweren) Landfriedensbruch, über 1000 erfasste Personendaten, Gigabyte von Bilddaten der Campdrohne, die nun ausgewertet und zugeordnet werden, sind mit in eine Bewertung des Camps und der Demo mit einzubeziehen.

Wenn dieser Beitrag nach vorne schaut, dann muss deutlich ausgesprochen werden: Das Camp mit einer unwidersprochenen Position autoritär-dogmatischer, militaristischer Richtung z.T. antifeministisch und antiemanzipatorisch, dominiert von den „Roten Gruppen“, sollte für die Zukunft so nicht reproduziert werden. Um es diplomatisch auszudrücken. In den zukünftigen Camps wird eine intensive Diskussion um eine emanzipatorische Perspektive der Camps von Nöten sein, wenn wir das Camp und „Rheinmetall entwaffnen“ politisch nicht aufgeben wollen. Wobei sich viele Gruppen schon bereits aus diesem rot dominierten Camp verabschiedet haben. Oder wir organisieren mit unterschiedlichen Gruppen eine eigene Camp-Perspektive gegen Krieg und gegen jedes Militär, die das auch so meint und Antimilitarismus nicht selektiv aus einem taktischen Verhältnis benutzt. Oder mensch tut sowohl das eine ohne das andere zu vernachläs-

sigen. Das heißt, jene Kräfte zu unterstützen, die es auf dem Camp noch gibt, die einen universellen Antimilitarismus richtig finden, Volksbegrifflichkeiten hinterfragen und Militär und Patriarchat nicht abspalten etc. Das hieße im Vorfeld Kontakt aufzunehmen mit anderen Gruppen und eigenen Inhalten und Aktionsvorstellungen in das Camp hineinzutragen. Auch um diejenigen, die eine Perspektive jenseits autoritärer, marxistisch-leninistischer Gruppen suchen, zu erreichen. Vielleicht kann ein anarchistisches Barrio viel mehr im Vorfeld auch politisch vorbereitet werden, um stark aufgestellt vor Ort zu sein und nicht erst, aus guten Ansprüchen heraus, sich erst vor Ort organisieren, um niemanden aus z.B. kleinen Städten auszugrenzen. Eine stärkere Organisierung der vielschichtigen anarchistischen Strömung, die sich miteinander abstimmen und Sichtbarkeit und Anlaufpunkt herstellen, wäre wünschenswert.

So geht es vielleicht darum, neue Bündnisse außerhalb solcher von „Roten Gruppen" dominierten Strukturen neu aufzubauen und zu einem z.B. anarchistisch-feministisch-autonomen Widerstandscamp einzuladen. Vielleicht ist es an der Zeit mit diesem Selbstbewusstsein in die Offensive zu gehen. Die Geschichte ist auf unserer Seite, denn Nationalismus und Patriarchat ist überall die Basis von Militär und Krieg. Das Volk gibt es nicht, es gibt Menschen, die verschiedene Pässe bekommen haben und unterschiedliche Sprachen sprechen und sich zusammenfinden können, um sich gegen alle Herrschaft zur Wehr zu setzen. Wir sollten offensiv eine Perspektive gegen jede Wehrpflicht in jedem Land in den Raum stellen und damit keine Zeit verlieren. Der Feind steht in jedem Land, heißt Ausbeutung und Unterdrückung. Er ist international organisiert und heißt Patriarchat. Und jeder Deserteur, jede Deserteur*in schwächt Militär.

No nation united us – no border divide us.

Provisorischer Anarchistischer Antikriegsrat

Auswertungstext des A-Barrios auf dem Rheinmetall Entwaffnen Camp

Im Rahmen des antimilitaristischen Aktionscamps Rheinmetall Entwaffnen (RME) in Köln 2025 kam in Berlin eine offene Versammlung zusammen, um ein anarchistisches Barrio im Camp zu organisieren. Nach dem Camp diskutierten die Teilnehmer*innen der Berliner Versammlung, die am A-Barrio teilgenommen hatten, ihre Perspektiven und Erfahrungen des Camps in Auswertungstreffen. Der folgende Text soll diese Diskussionen zusammenfassen, aber auch dazu beitragen, sie zu vertiefen.

Interne Dynamik: Stärken und Schwächen im A-Barrio während des Camps

Die allgemeine Erfahrung der Teilnehmer*innen unserer Berliner Versammlung war positiv. Das Barrio wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, eine anarchistische und autonome Präsenz in einem Camp zu schaffen, das sich eher aus traditionellen linken Gruppen und hierarchischen kommunistischen Organisationen zusammensetzte. Das Ziel war es, sowohl die Möglichkeit anarchistischer Selbstorganisation als auch die Vernetzung aufzuzeigen. Sowohl als Prinzip als auch als Mittel, um die mangelnde Koordination mit Gruppen aus anderen Städten zu beheben, wurde das Barrio als offener Rahmen konzipiert, in dem die Teilnehmer*innen Initiative ergreifen, Aktivitäten und Aktionen vorschlagen und autonom am Leben des A-Barrio teilnehmen konnten.

Dieser offene Rahmen der Selbstorganisation war die Stärke des Vorschlags, der das A-Barrio im Camp repräsentierte, im Vergleich zu der oft hierarchischen und starr strukturierten Organisation anderer Gruppen. Das A-Barrio zeigte, dass Selbstorganisation in einem offenen Rahmen möglich ist, auch unter Menschen, die sich zum ersten Mal begegnen.

Einige waren der Meinung, dass es mit formelleren Strukturen besser funktioniert hätte, andere hingegen waren der Ansicht, dass bestimmte Strukturen eher Mängel verdecken würden. So könnte beispielsweise ein Dienstplan für die Reinigung das Versäumnis bestimmter Teilnehmer*innen, Verantwortung für die Sauberkeit der Räumlichkeiten zu übernehmen, verschleiern und verhindern, dass die Ursachen für dieses Versäumnis angegangen werden. Insgesamt herrschte die Meinung vor, dass mehr Vorbereitung erforderlich sei, die Kommunikation über die zu erfüllenden Aufgaben verbessert werden könne und wir Wege finden sollten, diese Verantwortlichkeiten gleichmäßig zu verteilen, ohne in die Falle zu tappen, strenge Rollen zuzuweisen.

Die Aktivitäten und Aktionen im Camp – ob vom A-Barrio organisiert oder nicht – wurden allgemein als positiv bewertet. Allerdings wurde der Zugang zum Raum und zu verschiedenen Aktionen als recht deutschzentriert kritisiert. Die Kritik reichte von der Tatsache, dass der A-Barrio-Raum zu weiß und für Gefährt*innen, die keine weißen Deutschen waren, nicht einladend war (ein auch im Camp insgesamt bestehendes Problem), bis hin zu einer mangelnden klaren Positionierung vom A-Barrio zu bestimmten Themen vor dem Camp, wie z. B. Palästina, was auf das Fehlen öffentlicher Stellungnahmen im Vorfeld zurückzuführen war. Hoffentlich wurde dies durch die Präsenz und Teilnahme vom A-Barrio an Aktionen während des Camps ausgeglichen. Darüber hinaus brachten einige von anderen Gruppen geplante Aktionen, die speziell auf Deutsche zugeschnitten waren und ohne ausreichende Erklärungen oder Warnungen vor Repressionen durchgeführt wurden, letztendlich Genoss*innen ohne deutsche oder europäische Papiere in Gefahr.

Insgesamt gab es im Camp Interesse an anarchistischen Perspektiven, wie beispielsweise die Besuche am Infostand und die verschiedenen Gespräche zeigten, die sie mit sich brachten. Allerdings war unsere Präsenz nicht ohne Missverständnisse und manchmal auch Feindseligkeiten. Ein Aspekt davon wurde als Missverständnis seitens des A-Barrio darüber

identifiziert, was Autonomie im Camp bedeutet und wie sie sich von der strengeren Organisation des restlichen RME-Camps unterscheidet. Dies zeigte auch, dass die Organisator*innen bereits in den ersten Tagen beim Aufbau des Camps nicht wussten, wie sie auf diese eher basisdemokratische und offene Organisation des anarchistischen Barrio reagieren sollten. Dies setzte sich während der gesamten Camp-Tage fort, einschließlich Aktionen, bei denen vom A-Barrio erwartet wurde, dass es Entscheidungen ohne vorherige Zustimmung durch unsere tägliche Versammlung treffen konnte. Aber auch bei Demonstrationen, bei denen die Organisator*innen von den Teilnehmer*innen erwarteten, dass sie blind den Anweisungen der Polizei folgten, wodurch das Anarchistische Barrio und die Revolutionären Barrios als die beiden „militanteren Blöcke" herausgestellt wurden.

Aus diesen Gründen halten wir es für wichtig, unsere Erfahrungen als Anarchistisches und Autonomes Barrio detaillierter zu schildern.

Aufbau des A-Barrio

Einige Tage vor dem offiziellen Beginn des Camps kamen Menschen nach Köln, um das A-Barrio aufzubauen und den Aufbau und die Verteidigung des Camps zu unterstützen, das zu diesem Zeitpunkt von der NRW-Polizei mit der Auflösung bedroht war. Diese Menschen kamen ohne eine klare Vorstellung davon, wie das Camp strukturiert sein sollte. Daher hatten sie auch keine klare Vorstellung davon, wie und wo das anarchistische Barrio eingerichtet werden sollte und wie es in die Gesamtarchitektur des von den Organisator*innen von Rheinmetall Entwaffnen entworfenen Camps integriert werden sollte. Das Wort Barrio bedeutet Nachbarschaft und könnte bedeuten, dass die anarchistischen und autonomen Teilnehmer*innen des Camps nahe beieinander leben würden. Aus Sicht der Camp-Organisator*innen war das RME-Camp jedoch in zwei Hauptbereiche unterteilt: Die erste Hälfte war ein abgegrenzter Schlafbereich mit (hauptsächlich) privaten Zelten, die zweite Hälfte war der „politische" Bereich mit den Pavillonzelten der verschiedenen Strukturen und Gruppen, dem großen Zirkuszelt für die gemeinsame Versammlung und Pavillonzelten für die verschiedenen Veranstaltungen. Für die Organisator*innen der Rheinmetall Entwaffnen Alliance war es ganz klar, dass das A-Barrio im zweiten Bereich liegen würde. Diese Idee konnte nicht in Frage gestellt werden, da sie zuvor nicht mit uns besprochen worden war. Da das andere Barrio, das Revolutionäre Barrio, das bereits Erfahrungen aus früheren Camps hatte, im politischen Bereich organisiert werden sollte, gehen wir davon aus, dass die Organisationsgruppe davon ausging, dass wir automatisch dasselbe tun würden. Diese Anordnung prägte letztlich viel von dem, was den Charakter des A-Barrios ausmachen sollte. Von da an sah das Barrio aus wie alle anderen Bereiche der Gruppen der Allianz mit ihren Pavillonzelten auf der Seite der Organisator*innen.

Unsere exponierte Lage im Camp, auf einer Seite des Eingangs zum Schlafbereich und gegenüber des Revolutinären Barrios, bedeutete, dass man jederzeit entscheiden konnte, das Barrio zu betreten und zu verlassen, anstatt wirklich Teil einer „Nachbarschaft" zu sein. Das hatte einige Vorteile, z. B. kamen viele Leute vorbei und waren daran interessiert, zu bleiben und sich zu unterhalten. Aber es hatte auch Nachteile: Niemand wusste wirklich, wer ein engagiertes Mitglied des Barrios war und wer nur „zu Besuch" war. Es ist möglich, dass selbst nach dem Camp viele Menschen noch nicht entschieden hatten oder nicht wussten, ob sie Teil des A-Barrios gewesen waren oder nicht. Dies führte dazu, dass die Teilnehmer*innen, Formate und Inhalte der Barrio-Versammlungen im Laufe der Tage sehr unterschiedlich waren. Von Anfang an war beschlossen worden, jeden Abend eine feste Versammlung abzuhalten, die zu einem Raum für kollektive Entscheidungen wurde. Am Ende jeder dieser Versammlungen wurde ein*e Koordinator*in (Moderator*in) für die nächste Versammlung bestimmt. Es wurde auch vereinbart, die Materialien und Zelte zu vergemeinschaften, damit jeder, der Veranstaltungen organisieren wollte, dies einfach tun konnte. Zusätzlich wurde eine große Tafel verwendet, um wichtige Punkte zu kommunizieren und einen öffentlichen Veranstaltungskalender zu führen, um den Raum zu koordinieren und die Teilnehmer*innen des Camps einzuladen, an unseren Aktivitäten teilzunehmen.

Was die Entscheidung über die Planung unseres Veranstaltungsprogramms betraf, hielten wir es für notwendig, die Veranstaltungen bei jeder offenen Versammlung während des Camps zu beschließen. Als offene

Struktur, die sich hauptsächlich während der Camp-Tage gebildet hatte, kamen wir zu dem Schluss, dass die Entscheidung, welche Veranstaltungen und Pläne wann stattfinden sollten, in den offenen Versammlungen diskutiert und vereinbart werden sollte. Sie sollten nicht im Voraus vom Berliner Vorbereitungstreffen festgelegt werden. Diese Entscheidung trug dazu bei, allen Teilnehmer*innen des A-Barrio Raum zu lassen, aber auch zu schaffen, um das Programm unseres Raumes durch ein horizontales Verfahren gemeinsam zu entscheiden und zu gestalten. So konnte dies geschehen, ohne dass eine bestimmte Gruppe für alle entschied.

DIE LINKE im RME-Camp

In den ersten Tagen des A-Barrio auf dem Camp-Platz wurde bekannt, dass ein Mitglied der Europäischen Parlament von DIE LINKE einen Vortrag halten würde, der offiziell vom RME in ihrem großen Zirkuszelt geplant war. Es stellte sich heraus, dass dies ein Gefallen war, den einige Mitglieder der RME-Allianz im Austausch für die Finanzierung des Camps

durch die Partei getan hatten. Dies wurde zum Thema einer Diskussion in der Versammlung des A-Barrio, und schließlich wurde an einem der Zelte des Barrio ein Banner mit der Aufschrift „DIE LINKE ist nicht willkommen" angebracht. Dies führte zu einigen nervösen Reaktionen seitens einiger der Hauptorganisator*innen des Camps, die forderten, das Banner abzunehmen, und dabei auf einen „Verhaltenskodex" verwiesen, den die RME-Allianz intern vereinbart hatte. Angeblich entsprach das Banner nicht den Paragraphen, die sich auf ein respektvolles und gewaltfreies Zusammenleben aller Teilnehmer*innen des Camps bezogen. Die Barrio-Versammlung sah sich mit einer drängenden Anschuldigung einiger der großen Organisator*innen des Camps konfrontiert, obwohl sie aufgrund der sich in den ersten Tagen des Camps noch entwickelnden Beteiligung nicht für jede in ihrem Kontext geäußerte Meinung voll verantwortlich gemacht werden konnte. Die Frage wurde diskutiert: Es gab einen breiten Konsens hinsichtlich der Ablehnung von DIE LINKE, z. B. wegen

ihrer Verantwortung für Zwangsräumungen, ihrer Zustimmung zu mehr Waffenproduktion und ihrer Unterstützung für Israel. Dennoch wurde beschlossen, das Banner zu entfernen, da seit seiner Anbringung viele neue Leute zur A-Barrio-Versammlung gestoßen waren und es noch keine gemeinsame Entscheidung darüber gab, ob Inhalte, wie z. B. Banner, die auf dem Barrio gezeigt werden, vorher diskutiert werden sollten oder ob jeder einfach zeigen konnte, was er wollte. Es wurde jedoch beschlossen, einige Tage später eine Diskussionsveranstaltung über die Beteiligung von Parteien an Basisbewegungen abzuhalten. Während die Absicht hinter dem Banner lediglich darin bestand, eine politische Opposition gegen die Beteiligung parlamentarischer Parteien zu zeigen, wurde es als große Provokation empfunden, die die Einheit des Camps oder sogar der antimilitaristischen Bewegung bedrohte.

Es sollte erwähnt werden, dass die Interpretation und Symbolik der Provokation recht abstrakt ist und nicht kollektiv definiert wurde. Für manche könnte Provokation als Angriff auf Menschen, als Angriff oder als reine Naivität verstanden werden, die als sogenannte „unseriöse Politik" kategorisiert wird. Für andere hingegen ist eine direkte oder selbstbewusste Provokation eine Einladung zum Dialog. Ein Banner aufzuhängen, das die eigenen politischen Ideen und Grenzen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit politischen Parteien deutlich macht, ist weder eine Beleidigung noch ein Angriff. Wer sich dadurch angegriffen fühlt, muss individuell, kollektiv und politisch darüber nachdenken. Ein solches Banner ist kein persönlicher Angriff auf irgendjemanden. Diejenigen, die sich durch eine solche Aktion beleidigt fühlen, müssen ihren eigenen Egozentrismus und ihre kleinbürgerlichen Überreste hinterfragen.

Samstagsparade

Während des gesamten Camps und der Demonstration zeigte sich, dass viele Teilnehmer*innen gar nicht daran interessiert waren, sich mit denen zu verbünden, die andere radikale Kampfmittel vorschlugen oder nicht in ein bestimmtes Bild davon passten, wie diese Protestparade aussehen sollte. Obwohl während des Marsches Parolen skandiert wurden, die das Recht bekräftigten, „auf unsere eigene Art" zu demonstrieren („Wir demonstrieren, wie wir wollen"), bestanden die*der Anmelder*in der Demo und andere mehrfach darauf, dass die Menschen in unseren Blöcken keine Masken tragen, keine Regenschirme halten oder andere Schutzmaßnahmen ergreifen sollten. Dies wurde als Voraussetzung für den Beginn/die Fortsetzung der Demonstration gefordert, eine offensichtliche Forderung und Druckausübung seitens der Polizei. Damit wurde deutlich, dass der A-Barrio-Block ein Grund dafür ist, die Demonstration nicht zu beginnen. Nach unserem Kenntnisstand hat das Deeskalationsteam diese Forderungen nicht durchgesetzt, sondern nur eingegriffen, um „die Lage zu beruhigen", als es aufgrund dieser spaltenden Forderungen zu Spannungen kam. Dies offenbarte den Widerspruch, dass auch der Aufruf zur „Einheit" bei der Demonstration bestimmten Gruppen und Einzelpersonen auferlegt wurde, die ihre Praktiken ändern oder unterdrücken mussten. Hier wird das Problem der Pseudo-Einheit[1] deutlich.

Die Einheit in der Demonstration erforderte die Disziplinierung oder das Schweigen derjenigen, die andere Risiken eingehen oder andere konfrontative Kampfmittel wählen. Wenn Einheit als etwas behandelt wird, das um jeden Preis bewahrt werden muss, werden politische Differenzen nicht gelöst, sondern unterdrückt. Dies führt zu einer fragilen, einheitlichen Koordination, die unter realem Druck (in diesem Fall auf der Straße) zusammenbricht. Das Ergebnis war eine ungleiche Verteilung der Verwundbarkeit, wobei die Blöcke Revolutionäres Barrio und A-Barrio der Polizeirepression ausgesetzt blieben. Diese Entscheidung der Organisator*nnen der Demonstration spaltete die Demonstration effektiv in zwei Teile und setzte die Blöcke von Revolutionären Barrios und A-Barrio der Repression aus. Dies wurde schließlich deutlich, als die Polizei nur diesen zweiten Teil der Demonstration die ganze Nacht bis zum Morgen angriff und einkesselte.

Wir erkennen an, dass unser Selbstorganisationsmodell und unsere Kommunikation tatsächlich zu Verwirrung und Spannungen beigetragen haben. Unsere Entscheidung und unser Bekenntnis zu einer nicht-hierarchischen Organisation, einschließlich des Verzichts auf jegliche Art von Delegierten oder Vertretern, wurde nicht immer klar kommuniziert und verstanden, und wir haben auch nicht immer bedacht, wie eine nicht-hierarchische Organisation in Situationen wie dieser funktionieren könnte.

Für manche mag dies eher plötzlich, unorganisiert oder sogar absichtlich spaltend gewirkt haben, anstatt als politische Position.

Darüber hinaus müssen wir zugeben, dass unsere Entscheidung, als eigener Block an der Demonstration teilzunehmen, zu spät kommuniziert wurde. Dies führte verständlicherweise zu Frustrationen bei anderen Gruppen und trug zu Missverständnissen über die Position und Koordination unseres Blocks in der Demonstration bei. Es ist wichtig zu klarzustellen, dass wir nie Teil des Revolutionären Blocks waren. Unsere Vereinbarung bestand lediglich darin, uns hinter ihnen zu positionieren, nicht jedoch darin, organisatorisch in ihre Struktur integriert zu werden. Abgesehen davon, dass wir unsere Teilnahme zu spät kommuniziert haben, haben wir auch kein gemeinsames, kollektives Verständnis darüber erreicht, was unsere Präsenz bei der Demonstration konkret ausdrücken sollte. Dies führte zu unterschiedlichen Erwartungen und Praktiken innerhalb des Blocks selbst – einige entschieden sich dafür, Masken zu tragen und Schutzmaterialien mitzubringen, andere nicht, was zu einer gewissen Inkonsistenz in unserem gemeinsamen Auftreten und Handeln beitrug. Das Problem war weniger die Vielfalt oder Uneinheitlichkeit der Vorgehensweisen an sich, sondern die Tatsache, dass wir nie gemeinsam geklärt hatten, ob wir diese Vielfalt oder eine besser koordinierte Präsenz wollten. Diese Uneinheitlichkeit wurde nur deshalb zum Problem, weil es sich nicht um eine bewusste und gemeinsame Entscheidung handelte. Sie prägte auch unsere Reaktion, als zu Beginn der Demonstration eine andere Gruppe sich ohne Absprache vor uns drängte und damit unsere vereinbarte Position hinter dem Revolutionären Block verdrängte. Anstatt gemeinsam unseren Platz zu behaupten, rückten wir zurück und zeigten damit eine Unsicherheit, unseren Platz zu behaupten, die aus derselben internen Unsicherheit und der kurzfristigen Vorbereitung resultierte. Später erfuhren wir, dass diese andere Gruppe ebenfalls eine Vereinbarung mit dem Revolutionären Block hatte, sich in einer ähnlichen Position wie wir hinter ihnen zu positionieren. Diese widersprüchlichen Vereinbarungen waren den Gruppen nicht richtig mitgeteilt worden.

Außerdem muss erwähnt werden, dass wir keine Vorstellung von unserem Mobilisierungspotenzial im Raum Köln hatten, der sehr kurze Kommunikationswege zum gesamten Ruhrgebiet hat. Kurz vor der Demo war ein Aufruf zum anarchistischen Block veröffentlicht worden, und wir gingen davon aus, dass die Ereignisse im Camp bereits viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt hatten und daher zusätzliches Mobilisierungspotenzial geschaffen hatten. Daher ist für uns die kritische Sicht auf das, was bei der Demo passiert ist, sehr hypothetisch. Zugegebenermaßen hofften wir wie immer auf eine Situation, in der die Dinge außer Kontrolle geraten, aber wir erreichten nicht einmal hundert Personen und hatten daher praktisch nicht viele operative Möglichkeiten.

Strukturelle Spannungen innerhalb des Camp

Wir kamen zu dem Schluss, dass einige Spannungen, die während des Camps auftraten oder später in den Auswertungstreffen analysiert wurden, auf zwei unterschiedliche politische Logiken zurückzuführen waren, die versuchten, im selben Raum zu koexistieren. Ein großer Teil der organisierten Struktur des Camps folgte der üblichen deutschen linken Struktur: große Organisationsversammlungen, Delegationen, geschlossene Treffen und Aktionen, die in einem bestimmten Rahmen geplant wurden: geschlossene Gruppen, die die Koordination zentralisierten, Zustimmung von „unten“ und die Einhaltung eines sogenannten „Verhaltenskodexes“. Politische Diskussionen zwischen dem A-Barrio und den Organisator*innen des Camps wurden vermieden, sie verschwanden hinter strukturellen und organisatorischen Fragen oder aufgrund von Zeitmangel. Der Charakter des A-Barrio entstand aus einer antiautoritären Organisation, in der kollektive Stärke durch basisdemokratische Methoden und Netzwerke aufgebaut wurde, nicht durch Befehle oder Delegationen. Es war ein Versuch, Menschen dazu zu bewegen, durch horizontale Initiativen gemeinsam zu handeln, ohne eine Erlaubnis zu benötigen, während sie sich dennoch um gemeinsame Vereinbarungen und Bedürfnisse kümmerten. Dies sind nicht nur unterschiedliche Organisationsformen. Es sind auch unterschiedliche Vorstellungen davon, was totale Befreiung bedeutet und wie wir für eine bessere Welt kämpfen, auch im antimilitaristischen Kampf.

Konfrontationen und Lernen

Modelle hierarchischer Organisationen glauben, dass Macht aus Einheit, Masse, Klarheit und dem Ansehen einer organisierten und gut strukturierten Organisation entsteht. Die anarchistischen, antiautoritären Modelle, die im Camp ausprobiert wurden, gingen davon aus, dass kollektive Stärke aus individueller und kollektiver Initiative entsteht, aus einer Vielfalt von Taktiken und Aktionen, ohne auf die Zustimmung einer Versammlung oder einer Koordinierungsstelle zu warten (Autonomie), aber immer Raum für Kritik, Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen zu lassen (kollektive Verantwortung).

Das heißt, viele der Meinungsverschiedenheiten und Konflikte waren nicht zufällig. Das A-Barrio „passte nicht hinein”. Seine Präsenz stellte die Vorstellung in Frage, dass Einheit bedeuten muss, einem einzigen Organisationsmodell zu folgen. Das Misstrauen und die täglichen Spannungen, die darauf folgten, zeigten, wie tief hierarchische, zentralisierte Strukturen und sogar dezentralisierte Koordinierungen Autonomie als Bedrohung ansehen können, nicht weil sie der Bewegung schadet, sondern wahrscheinlich weil sie die Autorität ihrer Arbeitsgruppen (AGs) und ihre Kontrolle über das, was sie als „reibungslosen Ablauf” des Camps betrachten (angemessene Gestaltung, „gutes Benehmen“ der Teilnehmer*innen), sondern auch eine bestimmte Tradition des Aufbaus von Bewegungen und in gewissem Maße die Fortsetzung ihrer Allianz (durch die Ablehnung von Finanzmitteln und Unterstützung durch Parteien) stört. Gleichzeitig hing ein Großteil der Infrastruktur des Camps von autonomen Initiativen ab: der Küche, den Sanitäranlagen, dem Awarenessteam, dem Kaffeestand. Diese Gruppen waren selbstorganisiert und standen uns politisch einigermaßen nahe, obwohl wir uns nicht aktiv an gemeinsamen Vorgehen beteiligten. Wir können sagen, dass Selbstorganisation entscheidend war, um in Krisenmomenten gegenseitige Hilfe zu leisten, wie zum Beispiel während der einstündigen Polizeikesselung, bei der sich viele Gruppen und Einzelpersonen solidarisch mit den eingekesselten Gefährt*innen organisierten. Ihre Rolle zeigt, dass Autonomie nur dann ein Problem war, wenn sie in Formen auftrat, die bestehende Strukturen oder Erwartungen in Frage stellten. Dennoch erkennen wir an, dass es für uns auch wichtig ist, aus den verschiedenen Organisations- und Politikmodellen zu lernen, die existierten oder aus der Organisation des RME-Camps hervorgegangen sind. Wir sehen diese Tage natürlich nicht ausschließlich als Antagonismus zwischen Widerstandsbewegungen, sondern auch als Tage des Austauschs in dieser Hinsicht, indem wir Raum für Diskussionen lassen, um Kritik oder Feedback zu erhalten.

Es ist wahr, dass die Existenz von A-Barrio bei weitem nicht perfekt war und dass es Fehler gemacht hat, die einige der Gefährt*innen, die in den vergangenen Jahren am Camp teilgenommen und es organisiert haben, verärgert haben könnten. Deshalb halten wir es für entscheidend, dass diese Gefährt*innen auch über ihre eigene Frustration während dieser Tage in Bezug auf die Präsenz von A-Barrio nachdenken. Wir hoffen, dass sie verstehen können, dass sie, wenn sie öffentlich dazu aufrufen, sich ihrem Camp anzuschließen, nicht versuchen können und sollten, die Teilnehmer*innen streng einzuordnen oder einzuschränken. Es ist auch notwendig, dass alle „Seiten" selbstreflexiv zu dem Schluss kommen, ob die Frustration entweder aus politischen Differenzen entstand oder weil die Organisationsweise von A-Barrio strukturell nicht optimal zur übrigen Camp-Organisation passte. Das heißt, ob es an der Art und Weise lag, wie A-Barrio seine Präsenz im gesamten Camp organisiert und strukturiert hat, oder ob es die Folge umfassenderer politischer Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Selbstorganisation, Beziehungen zu anderen Gruppen, Teilnehmer*innen oder Gästen des Camps, wie beispielsweise der Präsenz von DIE LINKE, war.

Reflexions- und Selbstreflexionsprozess des A-Barrio

Zum jetzigen Zeitpunkt ist für uns noch unklar, inwieweit diese Spannungen auf Missverständnissen beruhten oder ob sie Ausdruck tieferer politischer Meinungsverschiedenheiten waren. Wir verfügen noch nicht über eine vollständige Analyse, auch weil wir noch auf Antworten, Kritik, Klarstellungen oder die Fortsetzung der Diskussionen seitens der Camp-Organisator*innen und anderer Gruppen und Einzelpersonen aus anderen Städten (einschließlich des A-Barrio) warten, wie sie diese „Koexistenz" im gesamten Camp und auf den Straßen wahrgenommen haben.

Auch wenn wir viele Probleme lieber als Missverständnisse darstellen würden, gab es Momente, in denen es eindeutig unsere politischen Differenzen waren, die einige der Konflikte geprägt haben. Die Verwirrung war nicht immer zufällig. Eine Scheineinheit birgt das Risiko, dass sie weder eine kollektive Kraft stärkt noch bildet, sondern stattdessen das Misstrauen vertieft, die Zusammenarbeit insgesamt schwächt und die zukünftige Organisation noch schwieriger macht.

Diese Reflexion ist kein Versuch, die aufgetretenen politischen Meinungsverschiedenheiten zu mildern, sondern Verantwortung zu übernehmen, wo eine klarere Kommunikation und frühere Abstimmung die Verwirrung hätten verringern können. Diese Selbstkritik hebt jedoch unsere Kritik an der Scheineinheit nicht auf, sondern stärkt vielmehr unsere Fähigkeit, politische Differenzen offen anzusprechen und weiterhin gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, ohne sie auszulöschen.

Die Auswertungstreffen in Berlin kamen zu dem Schluss, dass die Planung von Aktionen im Voraus in der A-Barrio-Versammlung und nicht erst am Tag selbst erfolgen sollte. Darüber hinaus sollte es eine bessere Koordination mit der gemeinsamen Camp-Versammlung geben, um die Kommunikation mit den verschiedenen Gruppen des Camps zu verbessern und einen Weg zu finden, politische Positionen zu konfrontieren. Die Teilnehmer*innen waren der Meinung, dass das A-Barrio dennoch an der Hauptversammlung teilnehmen sollte, ohne dass die Teilnehmer*innen als Delegierte fungieren, die Entscheidungen treffen oder im Namen des A-Barrio sprechen.

Zum offenen Rahmen und zur Selbstorganisation

Die Konflikte um die (Selbst-)Organisation eines Raums des Widerstands wie dem RME-Camp zeigten die Koexistenz zweier kaum vereinbarer politischer Kulturen, die im selben Raum zusammenwirkten. Für die Organisator*innen des Camps bedeuteten Koordination und Organisation die Zentralisierung der Entscheidungsfindung in der gemeinsamen Versammlung, Delegation und ein selektives einheitliches Auftreten. Für die A-Barrio-Teilnehmer*innen, die sich vor und während des Camps aktiv an der Gestaltung seines Charakters beteiligt hatten, bedeuteten Autonomie und Selbstorganisation, aus eigener Initiative und Verantwortung zu handeln, offene Verfahren zu schaffen, durch horizontale Entscheidungsprozesse zu organisieren, Raum für Improvisation zu haben und sich nicht vorschreiben zu lassen, wie der Kampf aussehen sollte. Es ist

wichtig zu erwähnen, dass diese Unterschiede nicht nur „Missverständnisse" sind, sondern konkrete Unterschiede in den Prinzipien und bestimmten politischen Ideen.

Die Spannungen rund um Organisation und Struktur zeigten sich nicht nur in abstrakten Unterschieden oder „Verwirrung", sondern wiesen auch auf tiefere grundlegende Fragen und Diskurse rund um Verantwortung, Hierarchie und Selbstorganisation in Räumen koordinierten Widerstands wie dem RME-Camp hin.

Sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart haben in verschiedenen soziopolitischen Kontexten gezeigt, dass es ohne auferlegte Rollen oder eine exklusive zentrale Koordination möglich ist, durch ständige und offene Kommunikation auf der Grundlage von Transparenz und Ehrlichkeit aktiv kollektive Verantwortung zu übernehmen, die auf einer Aufteilung der Zuständigkeiten beruht. Durch eine Kultur der kollektiven und individuellen Initiative, die die politischen Aktivitäten der anderen nicht unterdrückt, sondern Raum schafft, um Meinungsverschiedenheiten offen anzusprechen, anstatt sie durch Vetos oder vordefinierte No-Gos zu blockieren. Kämpfe wie der Widerstand gegen das Atommüllendlager im Wendland sind ein gutes Beispiel für Selbstorganisation, politische Vielfalt und Aktionscamps.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass, wenn diese Praktiken ungleich werden, die Last der Aufrechterhaltung selbstorganisierter Räume auf wenige Personen fällt, was wiederum zu Frustration und Hierarchien (ob stillschweigend oder offen) führt. Die Herausforderung besteht nicht nur darin, „mehr Struktur", „mehr Schichtpläne", „mehr Delegation" und „mehr Hierarchien" zu schaffen, sondern zu versuchen, Formen der gemeinsamen Verantwortung aufzubauen, die die Autonomie respektieren, die entsteht, wenn man gemeinsam aufmerksam darauf achtet, welche Fürsorge, Unterstützung oder Maßnahmen erforderlich sind, und die es ermöglichen, dass dies funktioniert, ohne Raum für informelle Autorität und Kontrolle zu schaffen. Die konkrete Form dieser Art von Organisation ist für uns ein Experiment, und unsere Evaluierungstreffen haben lediglich Schwächen in der Organisation von A-Barrio aufgezeigt, ohne dass wir uns auf eine einheitliche Lösung für alle Probleme einigen konnten.

Epilog

Wir bleiben dem antimilitaristischen Kampf in all seinen Formen verpflichtet. Wir reflektieren, gruppieren uns neu und legen gemeinsam fest, wie wir dazu beitragen können. Um eine weitere Koordination zwischen Anarchist*innen in verschiedenen Städten und Regionen zu ermöglichen, einen breiteren Austausch über das Barrio zu führen und die diesjährigen Bemühungen zu verbessern, hat die Berliner Versammlung vorgeschlagen, vom 12. bis 14. Dezember in Berlin ein interstädtisches Treffen mit anderen anarchistischen und autonomen Gruppen zu organisieren, die daran interessiert sind, am Rheinmetall Entwaffnen Camp im nächsten Jahr teilzunehmen oder sich auf andere Weise im antimilitaristischen Kampf zu koordinieren.

Die Erfahrungen des A-Barrio lieferten auch wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Selbstorganisation. Eine klarere Kommunikation (sowohl intern als auch über das Camp hinaus) erwies sich als entscheidend für das Funktionieren eines offenen, autonomen Raums ohne unnötige Verwirrung. Eine frühzeitige Vorbereitung und gemeinsame Erwartungen würden es auch erleichtern, in Momenten, in denen sich die Dinge schnell ändern, gemeinsam zu handeln. Gleichzeitig machte das Camp den Wunsch nach Räumen deutlich, in denen Initiative, Horizontalität und kollektive Verantwortung entstehen können. Die Stärkung dieser Praktiken unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen im breiteren politischen Kontext wird ein wichtiger Teil unserer zukünftigen Bemühungen sein.

Allen, die an den Aktionen und den Demonstrationen am Samstag teilgenommen haben, insbesondere denen, die mit den Folgen staatlicher Repression konfrontiert sind (oder noch konfrontiert werden könnten), können wir an dieser Stelle zumindest unsere Solidarität bekunden.

Kollektiver Widerstand lässt sich nicht zum Schweigen bringen

Snitches get stitches.

[1] Pseudo-Einheit bezieht sich in diesem Zusammenhang auf eine Situation, in der sich eine Bewegung oder Koalition öffentlich als geeint präsentiert, während intern große politische Meinungsverschiedenheiten, Spannungen oder Konflikte ungelöst bleiben. Diese Form der „Einheit" wird um des äußeren Erscheinungsbildes willen aufrechterhalten, oft um Menschen außerhalb der Bewegung Stärke zu demonstrieren.

Anti-NATO-Tage in Souda, Kreta

Das kleine Örtchen Mouzourás nördlich der Start-und Landebahnen des Flughafens von Chania war am Samstag Schauplatz einer Demonstration von Natogegnern, die einer panhellenischen Mobilisierung hauptsächlich anarchistischer Gruppen gefolgt waren. Ein Kampf am Zaun mit den aufgestellten Rioteinheiten der Polizei blieb wider Erwarten und ohne Not aus. Die Mobilisierung hinterlässt Fragen und Aufgaben, denen sich die anarchistische Bewegung stellen muss, da ihr schwergewichtiger, aber tatenloser Auftritt ansonsten zum Stigma der Niederlage zu werden droht. Ein Bericht, dessen Verfassen eine Positionierung unumgänglich macht.

Samstagmittag. Wir stehen mitten in Mouzouras im Schatten von Olivenbäumen. Die Stimmung ist ruhig bei den ca. 2.000 Leuten, die mit mehreren Reisebussen und hunderten von Autos kurz vorher im Konvoi aus Chania angereist sind. Es gibt eine Verzögerung wegen einigen Betonblocks, die uns das Militär oder die Bullen auf die Route gestellt haben. Nachdem diese entfernt sind, beginnt die Masse sich in Bewegung zu setzen. Links und rechts ziehen die Reihen des Schutzes auf. Das sind Duzende aus dem gesamten Spektrum der anarchistischen Bewegung, jeder mit dicker Fahnenstange in den Händen, Helm auf und Gasmaske an. Wir ziehen durch die schmalen Straßen des halb verlassenen Ortes, welche von rostigen Zäunen und dahinter Olivenplantagen gesäumt sind. Das Vorankommen ist zäh, die Planungs- und Entscheidungsstruktur spürbar kompliziert. Es gibt zahlreiche Stopps und dazu spärliche Infos über die Bulleneinheiten. Ein paar ihrer Einsatzleiter beobachten uns aus der Ferne von einem Hausdach aus. Wir nähern uns dem Ziel: dem Zaun am nördlichen Teil des Flughafens, dort wo die U.S. Navy ihre Einsätze im tatsächlich Nahen Osten vorbereitet. Wir kommen zum Stehen als die ersten Reihen der Demo in Sichtweite einer Straßensperre mit weiteren Betonblocks sind. Dahinter eine Anzahl MAT-Bullen. Es heißt, auch von links würden wir sie haben, sollten wir vorrücken. Es ist aber nicht der Moment des Konjunktiv. Die Frage ist nur: „wann geht es weiter?“ Einer Gruppe von Aktivist*innen wird der Vortritt gewährt. Sie legen Bündel von weißen Tüchern an den Betonblocks ab und verschütten rote Farbe. Als sie fertig sind, ist alles bereit. Alle wollen hin, wollen mit den Bullen kämpfen, wollen nach zwei Jahren endlich ein starkes kämpferisches Zeichen nach Palästina schicken. Doch nichts passiert. Es geht die Nachricht herum, dass wir umdrehen. Tatsächlich drehen alle um. So geordnet, wie sie selten gekommen ist, diszipliniert und schicksalsergeben geht sie wieder, einfach so. Die versammelte anarchistische Bewegung Griechenlands an der Spitze einer Demo mit hunderten Weiteren, die wohl auch nur dasselbe im Sinne hatten wie jeder normale Mensch bei so einer Gelegenheit – in die Offensive zu gehen.

Das war der Samstag. Dem vorausgegangen war eine für hiesige Verhältnisse lange und große Mobilisierung. Es war seit vielen Jahren der erste wirkliche Versuch der anarchistischen Bewegung, griechenlandweit für mehr als nur eine Demo zusammenzukommen. Anders als bei Mobilisierungen im deutschsprachigen Raum ging es dabei nicht darum, möglichst weite Umfelder und anpolitisierte Leute in möglichst großem Maßstab an einen Ort zu verfrachten, sondern die verschiedenen politischen Spektren und die zahlreichen Gruppen der anarchistischen Bewegung in eine Planung einzubeziehen. Angefangen hatte es mit einer kretaweiten Versammlung, die sich konkreten Planungen verpflichtete und versuchte, über das Meer hinweg die Bewegung auf dem Festland und den anderen Inseln für diese Pläne zu gewinnen. Das Resultat war ein panhellenisches Treffen, das tatsächlich von weiten Teilen des anarchistischen Raums getragen wurde. In diesen Prozessen materialisierte sich, ausgedrückt in der Wortwahl der Poster und Flyer, der Wunsch danach, die Souda-Basis anzugreifen oder gar zu stürmen. Dabei waren Palästina-Solidaritäts-Gruppen die einzige relevante Kraft ohne anarchistische Inhalte innerhalb der Koordination. Nichtsdestotrotz war die Palästina-Solidarität zentrales Element auch für die anarchistischen Gruppen. Ein von Anarchist*innen getragener Aufruf ging so weit, die Besatzungs-Erfahrung der Kreten mit der Erfahrung der Palästinenser gleichzusetzen. Andererseits beteiligte sich auch ein Spektrum, das wohl keinen Unterschied zwischen einer NATO-Basis und einer griechischen Militärbasis gemacht hätte und das sich vorrangig dem Antimilitarismus und nicht dem Antiimperialismus verschrieben hat. Der nahezu vorbehaltlose Bezug auf den kretischen und griechischen Widerstand gegen Besatzung ist und bleibt Gegenstand einer Kontroverse. Der Erfolg der Mobilisierung war, dass diese verschiedenen Teile der Bewegung in der Planung und Mobilisierung zusammengearbeitet haben.

Nun reicht es der Sache nicht zur Genüge, als praktisches Resultat dieser Mobilisierung die Ereignisse vom Samstag als Blamage zu verbuchen und über alles drumherum hinwegzusehen. So wurde das panhellenische Wochenende schon einen Tag vorher, am Freitag, von einer Demo durch die Innenstadt von Chania eingeleitet, bei der sich gut 1.500 Menschen beteiligten. Auch diese Demo wurde von der anarchistischen Bewegung angeführt, welche gut die Hälfte des Demozugs ausmachte. Die Demo wurde aber auch von linken Gruppen aus Kreta und sicherlich auch von einer guten Menge an unorganisierten Menschen getragen. Es war offensichtlich, dass diese Demo von keiner Seite als Moment der Konfrontation geplant war. Während dem Aufzug durch die Stadt war außer zwei Motorradbullen fast keine Polizei in Sichtweite. Nur beim Gerichtsgebäude, welches passiert wurde, hielten sich zwei Rioteinheiten auf. Diese waren angesichts der Zahl an Demonstranten und des demoeigenen Schutzes aber keine Gefahr. Direkt im Anschluss an die Demo gab es in einem Park noch eine Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen von BDS, von Hafenarbeiter*innen aus Italien, vom Marsch nach Gaza sowie einer Journalistin und einem Akademiker. Mehrere Hundert Menschen konsumierten das linkspolitische Programm ohne größere Teilnahme. Einzig ein spontan eingeschobener Beitrag, der den Jahrestag des Todes von Kyriakos Xymitiris thematisierte, kam aus anarchistischer Richtung.

Am Tag nach der gefühlten Schmach des Samstags, welche durch eine kleine wilde Demo mit Glasbruch durch Chania am selben Abend nicht ansatzweise getilgt wurde, fand am Sonntagmorgen die Versammlung zur Auswertung des Wochenendes statt. Rund 200 Menschen aus dem gesamten anarchistischen Spektrum beteiligten sich an der bis in den Abend reichenden Diskussion. Die Entscheidung zum Umkehren der Demo vor Erreichen der Basis war kein Gegenstand von Kontroversen, denn sie wurde allgemein als politisch grundlegend falsch bezeichnet. So ging es hauptsächlich um die Frage, wie es sein kann, dass eine gesamte Bewegung, von der Notwendigkeit des Angriffs zutiefst überzeugt und mit den

theoretischen und praktischen Mitteln ausgerüstet, nicht in der Lage war den entscheidenden Schritt zu tun. Verschiedene Theorien wurden dazu vorgetragen. Sie stehen jedoch bisher unter dem Vorbehalt, dass eine Auswertung nur wenige Stunden nach der Demo nur an der Oberfläche des Problems kratzen kann. Vorgeschlagen wurde, nach einiger Zeit und nach Reflektionsprozessen innerhalb der Gruppen, zu einem weiteren panhellenischen Treffen zusammenzukommen. In mehreren Redebeiträgen wurde die Planungsarbeit und Gastfreundschaft der kretischen Genoss*innen gelobt und die mangelhafte Involvierung der Strukturen von Außerhalb kritisiert. Die Kritik untereinander war solidarisch und lässt eine Kontinuität in der Organisierung möglich und nötig erscheinen. Das Thema der NATO-Basis wird so oder so weiter bestehen und wenn es wieder Jahre dauert, bis es eine Organisierung dagegen gibt.

Zum Hintergrund. Kreta ist ein Vorposten der NATO im Mittelmeer. Von hier sind es nur ca. 300 Kilometer nach Libyen. Syrien, Libanon und Palästina sind – für Passagierflugzeuge - nur ca. eine Flugstunde entfernt. Unweit der nord-westlichen Stadt Chania liegt die Bucht von Souda, welche militärisch als gut zu verteidigen gilt. Die Bucht wird im Norden von der Halbinsel Akrotiri gerahmt. Dort liegt der einzige Hafen im Mittelmeer, der auch die größten amerikanischen Kriegsschiffe und Flugzeugträger versorgen kann. Auf Akrotiri liegt außerdem der kombinierte zivile und militärische Flughafen von Chania. Daneben gibt es noch einen Raketenschießplatz sowie zahlreiche weitere militärische Sperrgebiete mit Radaranlagen und Raketenbatterien unterschiedlicher Nationalität. Der Name Souda-Basis steht daher für die gesamte militärische Infrastruktur auf Akrotiri. Hier werden Feldzüge, Überfälle und Bombardements geplant, NATO-Soldaten und Israelis trainiert, Technik getestet und ausgefeilt. Vom Flughafen von Chania starten und landen täglich, teils im Minutentakt, Kampfflugzeuge. Die NATO fliegt von hier Einsätze und Trainingsmissionen. Bekannt ist auch, dass israelische Piloten ihre Bombardements des Yemen hier probten.

Die Wirtschaft Kretas basiert im Wesentlichen auf Olivenöl und Tourismus. Die gesellschaftliche Spaltung durch die kapitalistische Ausbeutung durch den Tourismus wird von der Entzweiung am Thema Militärbasen übertroffen. Auch die Militärbasis hier hat ihre Fürsprecher hauptsächlich unter denjenigen, die damit Geld machen. Dies sind die Profiteure der lokalen Wirtschaft in Chania und Umgebung. Der andere Teil sind die Vertriebenen der Geisterdörfer, die vom Lärm Betroffenen, diejenigen, die keine andere Arbeit finden sowie diejenigen, die Teil der historischen Abneigung gegen die imperialistischen USA sind. So sind Kretas Wände heute voll von Postern und Slogans gegen die Militärpräsenz und schon in der Vergangenheit gab es Mobilisierungen gegen die Militärpräsenz in der Umgebung von Souda. So gab es 2003 im Rahmen der Proteste gegen den Irakfeldzug der U.S. zwei Mobilisierungen über je zwei Tage, bei denen sich 2.000 Menschen sowie 4.500 Menschen beteiligten. Dabei kam es zu längeren Kämpfen am Zaun eines der Sperrgelände. Teils gab es dabei offensive Momente der MAT, teils musste diese sich in die Basis zurückziehen, wo sie über den Zaun mit Steinen eingedeckt wurden.

Ausblick und mögliche Anknüpfungspunkte. Zweifellos sind die anarchistische Palästinasolidarität und die Mobilisierung gegen die Souda-Basis in 2025 Bestandteile einer Phase der allgemeinen europäischen Mobilisierung von Widerstand gegen das Zeitalter des Krieges und Genozids, in dem wir uns befinden. Zeitgleich, aber oft ohne praktische Bezüge, beginnt die anarchistische Bewegung verschiedener Länder sich mit den veränderten Bedingungen auseinanderzusetzen. Die Ereignisse in Kreta sowie die panhellenische Organisierung stellen eine interessante Erfahrung dar, die auch über den griechischen Sprachraum hinaus geteilt werden sollte. Im Rahmen der anarchistischen und autonomen Organisierung gegen die Kriegsproduktion, wie sie im Zusammenhang mit den Protesten gegen Rheinmetall in Köln begonnen hat, sind ähnliche Diskussionen bereits entstanden und zusätzliche absehbar. Politisch und taktisch kann und muss eine Bewegung sich austauschen und voneinander lernen, wenn sie perspektivisch international aufgestellt sein will. Die Auswertungsergebnisse zu Souda, die in den nächsten Wochen und Monaten zu erwarten sind, werden darüber Aufschluss geben, ob aus dem Nicht-Kämpfen ein Schon-Verloren geworden ist, oder ob die Erfahrungen zu einer Bereicherung und am Ende zu gewünschten Ergebnissen führen werden.

Angriff auf militärisch-industriellen Komplex
Blackout in Europas größtem Technologiepark

Dokumentation:

9. September, früher Morgen: tausende Städte erwachen zum Leben, millionen Menschen werden von dem schrillen Piepen ihres Weckers aus dem Schlaf gerissen, welcher den Beginn eines weiteren Tages der Monotonie und Apathie einläutet – 15 Minuten Zeit zum Kaffeetrinken, um dann zur Arbeit zu hetzen. Eine Stunde in den öffentlichen Verkehrsmitteln, wenige Blicke, die sich kreuzen, keine:r redet, alle starren auf ihre Bildschirme. Unmengen Autos durchqueren die Straßen, der Blaulichtlärm erschrickt die wenigen Vögel, die über der Stadt kreisen. Die Kieze jeden Tag etwas trostloser. Einsamkeit macht sich breit unter Vielen, zwischen Betonbauten, Zäunen und Kameras. Umgeben von Polizeipräsenz, die uns mehr und mehr zu ersticken droht. Werbebildschirme, die zum konsumieren auffordern oder dazu einladen, sich der Bundeswehr anzuschließen. Ja, es ist wieder so weit: „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen". Die „Zeitenwende" erfordert stramm stehen fürs Vaterland und Kriegstüchtigkeit, dass der „Volkskörper" zusammenrückt und Opfer bringt. Die Militarisierung schreitet voran und hinter dem neoliberalen Versprechen von Wohlstand zeigt sich immer unverhohlener die faschistische Fratze. Die Resignation und die Schwarzseherei gewinnt an Gefolgschaft, man atmet Traurigkeit.

In den Nachrichten permanent Katastrophenmeldungen. Kriege und Genozide hören nicht auf. Im Gegenteil: in Gaza, Kongo, Sudan, Ukraine wird

weiter gemordet und die Herrschenden reiben sich die Hände. Das Geschäft läuft gut. Ständig werden neue Deals eingefädelt, um die Ressourcen anderer Länder auszubeuten und Menschen ihrer Lebensgrundlage zu berauben. Die Neo-Faschist:innen sitzen in immer mehr Staaten fest im Sattel der Macht und das Kapital steht ihnen zuverlässig zu Diensten. Die reaktionäre Welle des Antifeminismus und der Queerfeindlichkeit wird von den Tech-Bros vorangetrieben und KI führt ihre steile Karriere fort, die Welt immer künstlicher zu machen. Ihr dystopisches Fortschrittsverhat zu funktionieren. Zumindest für eine kleine Zeitspanne, aber das reicht schon aus, um ihre sensiblen Supermaschinen und Ablaufprozesse massiv zu beeinträchtigen. Zwei 110KV Strommasten in der Königsheide in Johannisthal wurden durch Brandstiftung der Saft abgedreht und damit ein Blackout im Technologiepark verursacht. Wir bitten die Anwohner:innen, die davon in ihren privaten Haushalten betroffen waren um Nachsicht, dies war keinesfalls unsere Intention. Trotzdem sehen wir diesen Kollateralschaden als vertretbar an, im Gegensatz zur

sprechen: eine faschistoide Technokratie mit extra-planetarischen Bestrebungen als Antwort auf den kollabierenden Planeten. Alles wirkt als wäre diese Welt längst verloren, dass es keine Möglichkeit zum Handeln gäbe, dass unser Tun eh nichts bringt, so als ob die aufständischen Zeiten weit in der Vergangenheit liegen würden.

Heute aber funktioniert nicht alles so reibungslos. In Europas größtem Technologiepark im Ostteil Berlins, wofür gewöhnlich ein reges Treiben herrscht, scheint diese Normalität in den frühen Morgenstunden nach wenigen Minuten dahin geschmolzen zu sein. Die Dunkelheit wurde durch einen Hoffnungsschimmer ersetzt, weil Apathie und Frustration nicht die einzigen Reaktionen auf diese bedrückende Realität sind.

Nein, heute ist kein normaler Tag. Hunderte CEOs verschiedener Firmen und Forschungsinstitute aus den Bereichen IT, Robotik, Bio- & Nanotech, Raumfahrt, KI, Sicherheits- und Rüstungsindustrie haben die bittere Nachricht bekommen, dass ihr Technologiepark in Adlershof aufgehört

faktischen Zerstörung der Natur und der oft tödlichen Unterjochung von Menschen, für diese viele der hier ansässigen Firmen tagein tagaus verantwortlich sind. Ihr Festhalten am technologischen Fortschrittsstreben und die permanente Ausweitung industrieller Ausbeutung im Angesicht gegenwärtiger Katastrophen hat weit schwerwiegendere Folgen. Für alle und dauerhaft. Der unbedingter Wille dies notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen, zeigt worum es dabei eigentlich geht – Profit und Macht. Diese Tatsache lässt sich auch nicht durch lustige Drohnenshows am Nachthimmel oder fussballspielende KI-Roboter, wie sie ab und an dem technologiebegeistertem Publikum in Adlershof präsentiert werden, vertuschen. Ihre wohlklingenden Werbeslogans von Innovation, Nachhaltigkeit und Fortschritt sind nichts weiter als ein irreführendes Manöver auf dem Schlachtfeld der Diskursbestimmung, um davon abzulenken, dass sie eigentlich Instrumente bauen, die Tod und Zerstörung bringen. Jedes denkbare Geschäftsmodell aus den genannten Bereichen der Hightech-Industrie, das im Technologiepark Adlershof angesiedelt ist, fungiert, auf die ein oder andere Weise, systemstabilisierend und ist unter anderem

ein Produkt militärischer Interessen. Ihre Machenschaften sind der Garant für das Fortbestehen der kapitalistischen Todesmaschine. Sie alle sind das eigentliche Ziel unserer Aktion.

Es würde den Rahmen jedoch um Weiten sprengen jede einzelne der über tausend Firmen zu beleuchten und all ihre Schandtaten zu entlarven. Diese Liste wäre endlos. Daher begrenzen wir dieses Unterfangen hier auf einige wenige Beispiele, die exemplarisch für die unsägliche Verstrickung von Forschung, Wissenschaft und Technologie mit Krieg, Umweltzerstörung und sozialer Kontrolle stehen.

ATOS – Einer der Cybergiganten, der unter anderem IT-Produkte und KI-basierte Anwendungen für Militär und Polizeiarbeit entwickelt. Für die Bundeswehr betreibt der Konzern das Projekt HaFIS (Harmonisierung der Führungsinformationssysteme) oder baut schussfeste Funktionscontainer mit IT-Infrastruktur. Für den Kriegstreiber Israel unterhält Atos ein Hochsicherheits-Datencenter ihrer Verteidigungs- und Sicherheitsbehörden und ist damit mitverantwortlich für Krieg und Genozid.

ASTRIAL – Ein Unternehmen das neben Sicherheitsinfrastruktur für Smart Citys vor allem durch sein Engagement im weltweiten Krieg der Grenzbehörden gegen Migrant*innen auffällt. Ihre Kommando- und Kontrollsysteme verarbeiten riesige Datenmengen von Land-, See-, Unterwasser-, Untergrund-, Luft- und Weltraumsensoren, um die Menschenjagd an den Außengrenzen des globalen Nordenszu optimieren.

DEUTSCHES ZENTRUM FÜR LUFT- UND RAUMFAHRT (DLR) – Das All ist in der Polykrise ein höchst umkämpfter Raum und DLR profitiert massiv von dem militärischen Sondervermögen der Bundesregierung. Die wehrtechnische Forschung ist integraler Bestandteil des Programms des DLR. Das DLR unterstützt z.b. Ausbildungsflüge der Luftwaffe oder betreibt in Köln mit der Bundeswehr zusammen ein Kompetenzzentrum für Luft- und Raumfahrtmedizin.

EDAG – Ein langjähriger Partner der Sicherheits- und Rüstungsindustrie. Das Unternehmen entwickelt militärische Rad- und Kettenfahrzeuge, Lösungen für maritime Sicherheit oder bemannte und unbemannte militärische Luftfahrzeuge. Kurz: alle erdenklichen Maschinen die dazu designt sind zu töten.

EUROVIA/VINCI – Eines der größten Bau- und Infrastruktur-Unternehmen weltweit, das unter anderem an dem umkämpften Bau des französischen Atommüll-Lagers beteiligt ist. Vinci baut aber auch (Abschiebe-)Knäste, Flughäfen oder Autobahnen. Mit ihren unzähligen Tochterfirmen ist das Unternehmen selbst im Energiesektor tätig und drängt zunehmend auch auf den Rüstungsmarkt. Erst kürzlich hat die Vinci-Tochter Actemium die Übernahme der Wärtsilä SAM Electronics GmbH bekanntgegeben, die für die deutsche Marine und Marinewerften in Hamburg, Wilhelmshaven, Elmenhorst, Bremerhaven und Kiel tätig ist.

JENOPTIK – Das Technologieunternehmen aus Jena agiert durch Produkte wie Laserentfernungsmesser, Wärmebildkameras, LEDs, Infrarot- und Polymeroptiken, die z.b. zur militärischen Aufklärung oder zum Schutz von Infrastrukturen eingesetzt werden, an der Schnittstelle von innerer Sicherheit und militärischer Verteidigung. Von Relevanz ist aktuell ihre Software „TraffiData" die unter anderem im Grenzgebiet zu Mexiko zum Einsatz kommt und auf Wunsch der US-Grenzbehörde zur effizienteren Jagd nach unerwünschten Menschen durch „TraffiCatch" erweitert wurde.

ROHDE & SCHWARZ – Das Technologie- und Rüstungsunternehmen stellt Funktechnologie für Militärfunkanlagen und Überwachungssysteme her, die an große Tech-Unternehmen, Regierungen und Geheimdienste auf der ganzen Welt verkauft werden. R&S Produkte finden beispielsweise Anwendung zur Grenzsicherung (z.B. in Saudi Arabien), in Militärfahrzeugen, -flugzeugen, -schiffen, sowie zur Steuerung von Raketen und Co. Aber auch bei polizeilichen und geheimdienstlichen Abhöreinrichtungen.

SIEMENS – Es gibt kaum ein Bereich in der Rüstungs- und Großindustrie, wo Siemens Produkte nicht vorkommen. Waffensysteme, Atom-U-Boote, Flugzeugträger, Panzer, Kernreaktoren, Staudämme, Windkraftanlagen, Knäste, Flughäfen uvm. Viele dieser Megaprojekte sind höchst umstritten wie z.b. TrenMaya in Mexiko, Erdogans Staudamm-Projekte in Kurdistan oder zuletzt der Bau des Unterwasserstromkabel EuroAsia Interconnector, das Israel mit Zypern und Griechenland verbindet. Auch andere israelische Infrastrukturprojekte im besetzten Ostjerusalem und in israelischen Siedlerkolonien in der Westbank werden durch den Konzern unterstützt.

TRUMPF - Ein Unternehmen das an vorderster Front im internationalen Chip-Krieg um die Vormachtstellung in der digitalen Welt agiert. Ob Smartphones mit Turbodatenübertragung und Gesichtserkennung, smarte Datenbrillen, künstliche Intelligenz, selbstfahrende Autos oder Raketen-, Drohnen- und Waffensysteme. Überall sind die Halbleiter verbaut, bei deren Produktion die deutsche Firma Trumpf, in Zusammenarbeit mit Zeiss und ASML durch ihre EUV-Lithographiesysteme eine Schlüsselrolle spielt. Ohne ihren Komponenten stünde die hochtechnologisierte Welt still.

Diese Sabotage will aber nicht nur die Feind:innen der Freiheit benennen und stören, sondern auch ein Aufruf zur Ausweitung von offensivem Han-

deln im Allgemeinen, speziell aber von dieser Aktionsform sein, die zu einer effektiven Systemunterbrechung führt. Es ist ein Aufruf die Frustration und die Hoffnungslosigkeit endgültig hinter sich zu lassen. Ein Aufschrei, um zu verkünden, dass unsere anarchistischen Ideen und der Tatendrang gedeihen und dass das verantwortungslose Handeln der Herrschenden immer Konsequenzen mit sich ziehen wird. Dies gilt vor allem für die Kompliz:innen der Waffenindustrie, denn wir werden nicht tatenlos darüber hinwegsehen, wie Menschen in ihren Kriegen massakriert oder zum Hungertod verdammt werden.

Kritische Infrastruktur anzugreifen, bedeutet eine der Hauptadern der Unterwerfung des Menschen über den Menschen und der Natur anzugreifen. Das Stromnetz repräsentiert als solches die Geschichte des Fortschritts und ist die Grundvoraussetzung für die gnadenlose Entwicklung hin zu einer hochtechnologisierten Gesellschaft, wie wir sie heute kennen. Diese Gesellschaft, die unter dem Pranger der Technologie und des Kapitals steht, scheint vorerst das irdische Endprodukt der zivilisatorischen Errungenschaft zu sein und verursacht eine schier irreparable Erdzerstörung, deren Ausmaß einmalig in der Erdgeschichte ist. Ganz abgesehen von den blutigen Kriegen, um Macht und Ressourcen, die die Herrschenden ihren Diener:innen aufzwingt. Der unersättliche Drang nach Wachstum lässt sie dabei, im wahrsten Sinne des Wortes, immer häufiger auch nach den Sternen zu greifen. Die Elektrizität ist dabei Hauptquelle der Energie, die jede Maschine und den „Fortschritt" nährt, die notwendig sind, dieses aktuelle System zu reproduzieren. Es abzuschalten ist möglich und es ist auch möglich, es mit einem Leben in Freiheit ohne Herrschaft und Ausbeutung zu ersetzen!

Den technologischen Angriff sabotieren - dem militärisch-industriellen Komplex den Saft abdrehen!

Immer Angriffslustig – Niemals Kriegstüchtig!

Einige Anarchist:innen

Zur Repression gegen den 2. internationalen Austausch gegen Militärdienst und für die Verweigerung jedes Militarismus in Hamburg

„Lieber sterbe ich als Löwin, als dass ich ein Leben als Hund führe"

„Ich würde lieber als Löwin sterben ..." Mit diesen Worten konfrontierte Emma Goldman 1917 den sich weltweit ausbreitenden Militarismus und sprach sich gegen die Wehrpflicht aus. Mehr als hundert Jahre später stehen wir vor einer weiteren Episode massiver Militarisierung, einhergehend mit neuen und andauernden Kriegen und Genoziden. Am vergangenen Wochenende, vom 14. bis 16. November 2025, trafen sich Anarchist*innen aus verschiedenen Ländern zum zweiten Mal zu einem internationalen Austausch, um antimilitaristische Kämpfe zu analysieren, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Es wurden Beiträge von Mitstreiter*innen aus Großbritannien, Griechenland, Israel/Palästina, Italien, Frankreich, Finnland und Deutschland präsentiert, die vor Ort, per Video oder schriftlich eingereicht wurden. Wie wir uns leicht vorstellen können, sind die Feind*innen der Freiheit und ihre Hunde sicherlich nicht begeistert von einem internationalen Moment wie diesem. Abgesehen von der Überwachung rund um unser Treffen möchten wir einen Vorfall bekannt machen:

Am Freitagabend wurde eine Gruppe von fünf anarchistischen Mitstreiter*innen, die aus Mailand (Italien) am Flughafen Hamburg ankam, unmittelbar nach dem Verlassen des Flugzeugs von der deutschen Bundespolizei aufgehalten. Sie wurden kontrolliert und später versuchten die Hunde in Uniform sie zu verhören, indem sie ihnen Fragen über das Treffen und allgemeine Fragen zu ihren anarchistischen Aktivitäten stellten. Nachdem sie die Nichtkooperation unserer Mitstreiter*innen akzeptieren mussten und einige Stunden vergangen waren, wurde klar, dass ihnen die Einreise gemäß § 6 verweigert werden würde.

Nach einer Nacht auf der Polizeiwache änderte die Bundespolizei ihre Flugbuchung und buchte sie auf einen Flug am nächsten Morgen um. Ihre Papiere wurden der*dem Pilot*in ausgehändigt und sie wurden nach Italien zurückgeschickt, wo sie von der italienischen Polizei empfangen und anschließend freigelassen wurden. In den Papieren, die unseren Mitstreiter*innen ausgehändigt wurden, wurde der Austausch gegen den Militärdienst und die Verweigerung jedes Militarismus im letzten Jahr als Begründung für die Repression angegeben. Es hieß, dass es während der Tage des letzten Jahres zu einer wilden Demonstration gekommen sei, bei der ein Transparent mit der Aufschrift „Gegen Militarismus, keine Bundeswehr" getragen, ein Büro der SPD zerstört, die Straße blockiert, Slogans gesprüht und ankommende Polizist*innen angegriffen worden seien.

Wir verstehen diese Repression als Botschaft an unsere internationale antimilitaristische Initiative und senden unsere Solidarität an die Mitstreiter*innen, die aufgehalten und an der Teilnahme am Austausch gehindert wurden. Unsere Kämpfe werden weder durch ihre Gesetze und Grenzen gestoppt werden, noch durch diejenigen - ob in Uniform oder ohne Uniform - die ein System verteidigen, das von Kriegen und Genoziden weltweit profitiert. Mit den bevorstehenden Kämpfen gegen die Militarisierung und die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird es zu weiterer Repression kommen. Wir haben bereits von Schüler*innen gehört, die wegen ihres Widerstands gegen Bundeswehr-Propaganda in ihren Schulen verfolgt werden.

Mit diesen Worten möchten wir auch unsere Solidarität mit dem anarchistischen Mitstreiter Stecco in Italien ausdrücken, der sich dem Hungerstreik der Initiative „Prisoners for Palestine" angeschlossen hat.

Freiheit für alle Gefangenen! Gegen jeden Militarismus!

Hamburg, November 2025

Zur Notwendigkeit antifaschistischer Re:organisierung

„Resignation und Angst sind Komplizen!
Gegen die Resignation denke das Undenkbare!
Gegen die Angst erlerne den Mut!
Sich verschwören, heißt miteinander zu atmen.“

(von einer Gedenktafel des in Italien ermordeten Antifaschisten Davide Cesare)

Atemraubend schnell schreitet eine gesellschaftliche Autoritarisierung voran und wir beobachten, dass viele wie paralysiert auf diese Entwicklung blicken. Wir beobachten individuelle Rückzüge, das Ende von langjährigen Antifa-Gruppen, zunehmende Unverbindlichkeiten und Resignation. Vielleicht ist es ein Nicht-weiter-wissen, also Ratlosigkeit ob der notwendigen Schritte, vielleicht ist die Aufgabe zu groß und zu aussichtslos, vielleicht nimmt hier und da die Angst Überhand, vielleicht handelt es sich um eine gewaltige Mutlosigkeit und vielleicht haben wir uns auch einfach an all das gewöhnt. Wir beobachten, auch an uns selbst, diese schleichende Normalisierung faschistischer Raumgewinne, diese lähmende Kontinuität von scheinbar kleinen Ereignissen. Sarrazin, HogeSa, Pegida, Freital, Heidenau, die AfD gründet sich, die AfD zieht in den Bundestag ein, der völkische Flügel der AfD setzt sich durch, die AfD knackt die 10%, die AfD sitzt in allen Landtagen, die AfD ist drittstärkste Kraft, zweitstärkste Kraft, stärkste Kraft. Nordkreuz, die Sächsischen Separatisten, Nazibullen, Fahndungsplakate gegen Antifas überall, Angriffe auf unsere Kieze, Häuser, Freund*innen im Untergrund, im Knast, Halle, Hanau, Kindernazis, die CSD's angreifen – wer einmal anfängt, aufzuzählen, kann kaum noch aufhören.

Uns macht das Angst und diese Angst steigt, wenn die Vereinzelung zuschlägt. Und die Schnelligkeit der Ereignisse lässt auch uns manchmal den Mut verlieren, lässt die Aufgabe manchmal zu groß erscheinen. Wir haben auch keine Lösungen, aber wenn wir uns fragen, was uns Antrieb, Mut, politische Energie gibt, dann sind das Kollektivitäten, gemeinsames Handeln, gemeinsames Überlegen. Und das Wissen darum, das Erfahren, dass da draußen viele sind, denen es ähnlich geht. Antifaschistische Arbeit mag gerade aussichtslos wirken, aber das Versprechen der befreiten Gesellschaft gab es nie. Wir sind nicht Antifaschist*innen geworden, weil wir auf der Siegerseite stehen wollten, sondern weil es richtig ist.

Wir beobachten auch ein Ausweichen auf eine Unterstützung bürgerlicher Politik, in dem Sinne, dass jetzt in den sauren Apfel gebissen und zusammengehalten werden müsse. Die Augen starr auf das kommende Unheil gerichtet, wird das bestehende erduldet, wenn nicht mitgetragen. So gehen Linksradikale auf bürgerliche Demonstrationen, wehren sich gemeinsam mit SPD/Grünen/CDU/Linke/FDP gegen die Androhung, dass auch die völkische AfD massenhaft abschieben würde und stellen sich mit den bürgerlichen Abschiebern alle zusammen gegen den Faschismus.

Damit wird eine radikale Differenz zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie konstruiert. Faschismus hieß aber nie, dass die bürgerliche Gesellschaft ihm entgegengestellt ist. Im Zweifel marschierte der deutsche Bürger mit. Und damit meinen wir nicht nur Merz' Stadtbild-Polemik, die ein völkisches Verständnis von Staatsbürgerschaft genauso offenbart, wie den Willen, gesellschaftliche Probleme mit Migration zu erklären. Gesellschaftliche Probleme, die von neoliberaler Politik ja erst hervorgerufen bzw. verschärft werden. Wir meinen auch die Vorverlagerung des Migrationsregimes durch die SPD, die Umsetzung von GEAS durch die Grünen. Oder jüngst die Forderung einer taz-Jornalistin nach einer Brandmauer gegen militanten Antifaschismus. Faschisierung heißt, dass die gesamte Gesellschaft sich autoritarisiert – in der Re-Militarisierung, in dem Backlash der Geschlechterrollen, in den Migrationspolitiken, in dem um sich greifenden Sozialchauvinismus, in den repressiven Angriffen auf die radikale Linke, auf Sozialrevolutionär*innen, auf die Klimabewegung, auf Anarchist*innen und besonders auf die antifaschistische Bewegung.

Trotz dieser ‚rechten' Politik des bürgerlichen Blocks befindet sich dieser in einem Machtkampf mit dem faschistischen. Genau genommen ist diese Politik ein Ausdruck des Machtkampfes. Die dahinterstehende Strategie ist, die Themen der AfD aufzunehmen, und das, was die AfD als Probleme ausmacht, anzuerkennen und zu bearbeiten. Das zeigt sich in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen. Diese Strategie wird nicht aufgehen, sie hat ja gerade zum massiven Aufstieg der extremen Rechten geführt. Die extreme Rechte wird sich nicht durch einen Rechtsruck der Bürgerlichen bekämpfen lassen. Das hat noch nie funktioniert. Trotz der rechten Politik der vergangenen Jahre durch bürgerliche Parteien droht die AfD 2026 zwei Landesparlamente zu übernehmen, ist in Umfragen inzwischen bundesweit stärkste Partei. In Halle fand gerade die erste öffentliche Buchmesse der extremen Rechten statt. Auf der Straße mehren sich die Übergriffe auf Queers, auf Migrantisierte, auf Antifaschist*innen, auf Geflüchtete, auf Obdachlose. Und auch linke Personen, Projekte und Kieze geraten verstärkt in den Fokus von Nazis.

Neben dieser ‚neuen' Sichtbar- und Selbstverständlichkeit von faschistischer Gewalt ist es der Zerfall alter antifaschistischer Strukturen und Verbindlichkeiten, womit Menschen Zugeständnisse und das Zusammenarbeiten mit dem bürgerlichen Lager begründen. Und wir meinen hier nicht die Suche nach Verbündeten. Wir meinen nicht die Frage, wer unsere Wut teilt. Wir meinen nicht linksradikale Interventionen in bürgerliche Demos oder Bündnisse. Wir meinen nicht gesellschaftliche Arbeit in diesem Sinne, sondern eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen, das heißt: herrschenden Teilen der Gesellschaft zu deren Bedingungen, begleitet von der eigenen Selbstverleugnung, die Widerstand unsagbar macht und irgendwann auch undenkbar.

Diese Zusammenarbeit von Antifaschismus und bürgerlichen Akteur*innen wird häufig von Gefährt*innen kritisiert, die dann wiederum zum postlinken Rundumschlag gegen die radikale Linke oder den Antifaschismus ausholen. Nicht das, was zu kommen drohe, sei die Katastrophe, sondern dass das Bestehende ewig weitergehe. Und weil nicht die bürgerlichen Demokratien angesichts des drohenden Faschismus verharmlost werden wollen, wird der drohende Faschismus im Angesicht der bürgerlichen Demokratien verharmlost. ‚Katastrophe' lässt sich aber steigern und ein neuer Faschismus wäre katastrophaler als alles, was bereits ist.

Einher geht diese Denkfigur häufig mit solchen Argumenten, wie dass in Ländern wie Italien und Ungarn, in denen Faschist*innen an der Macht sind, kein Faschismus im historischen Sinne eingeführt wurde. Wir trauen diesem Argument nicht. Je weiter sich die Macht in Europa in Richtung Faschismus verschiebt, desto möglicher wird ein faschistischer Staatsumbau innerhalb der EU. Es geht um eine Verteidigung unserer Kampfbedingungen, nicht um die Verteidigung des Bestehenden.

Aber die momentan stattfindende gesellschaftliche Autoritarisierung macht auch vor antagonistischen Zusammenhängen nicht halt. Die Wiederkehr dogmatischer und autoritärer K-Gruppen mögen ein Ausdruck dessen sein und auch in unseren Auseinandersetzungen machen sich autoritäre Wendungen breit. Damit meinen wir die Debatten in undogmatischen, antiautoritären, autonomen, anarchistischen Zusammenhängen etwa um die Kriege in Gaza oder der Ukraine, die mit einem noch strengeren Binarismus geführt wurden als die Diskussion um den drohenden Faschismus. Wir leben halt auch in dieser Gesellschaft und warum sollte uns die Autoritarisierung außen vor lassen? Das bedeutet für uns, dass wir auch unsere eigenen sozialen Umgangsformen reflektieren und vor der Autoritarisierung schützen müssen. Nicht jede Anarchistin, die eine Beteiligung von Anarchist*innen in einer regulären nationalen Armee ablehnt, ist eurozentristisch oder naiv. Vielleicht sogar die wenigsten. Die Diskreditierung der anderen Position will diese delegitimieren und nicht verstehen. Und nicht jede, die eine Beteiligung von Anarchist*innen in einer regulären nationalen Armee unter bestimmten Umständen erwägt, ist Nationalistin oder Militaristin. Wahrscheinlich sogar die wenigsten. Wenn wir aber nur diese beiden, binär zueinander aufgebauten Positionen kennen, bleibt nichts als die Aufspaltung, der Ausschluss, die Feinderklärng. Dieser Binarismus lässt sich auf so viele Debatten übertragen und mit ihm kommt die Logik des Verdachts. Wenn du sagst, dass du die Hamas Scheiße findest, dann bist du ganz bestimmt Fan der IDF. Oder wenn du die rassistische und militaristische israelische Politik scheiße findest, musst du Antisemitin sein. Dieses Denken, das nur zwei Positionen kennt, ist Ausdruck einer Kriegslogik, einer inneren Militarisierung. Das ist die eigene Autoritarisierung antiautoritärer Zusammenhänge.

Ob die Übernahme der Regierung in Deutschland durch die extreme Rechte noch abzuwenden ist, wissen wir nicht. Wir glauben nicht, dass wir Antifaschist*innen das aufhalten können. Und wir wissen nicht, wer sonst. Aber wir wissen, dass es verbindliche und funktionierende Strukturen braucht, um mit dieser aktuellen und auch einer sich nochmal drastisch verschlechternden gesellschaftlichen Situation umzugehen. Diese Strukturen benötigen wir auch, um dem Kreislauf von Unverbindlichkeit und Resignation zu entkommen und der Verharmlosung der bürgerlichen Politik oder der des drohenden Faschismus etwas entgegenzusetzen. Und funktionierende Strukturen heißt für uns auch angstfreie, stärkende, fürsorgliche und zärtliche Beziehungen zu schaffen und zu festigen. Beziehungen, in denen es keinen Mut braucht, zu widersprechen, inhaltliche Differenzen zu benennen, zu zweifeln, abweichende Positionen zu artikulieren, zu fragen.

Wenn wir irgendeine Chance haben wollen, mit dieser gesellschaftlichen Situation aktiv umzugehen, müssen wir eine autonome antifaschistische Bewegung wiederaufbauen, Netzwerke wieder knüpfen. Eine solche Organisiserung – will sie ohne Hierarchien, Organisationen und Anführer auskommen – braucht ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Verbindlichkeit. Es braucht die Bereitschaft, die Vernetzung als eigenen Wert anzuerkennen und diesen antifaschistischen‚Bewegungsaufbau' zu priorisieren.

Identitätspolitik in der Kritik und unter Beschuss

Wir stehen vor dem Dilemma einer von autoritärer Identitätspolitik durchzogenen und zersplitterten Linken, die sich angesichts ihrer derzeitigen Schwäche fast in einer beklemmenden Zuschauerrolle wiederfindet – jetzt, wo eine starke rechte Bewegung nicht nur in den USA alles, was als „woke" benannt wird, in einem Kulturkampf mit faschistoiden Zügen zurückzudrängen oder gar zu „vernichten" sucht. Wäre es da nicht notwendig, über alle Streitigkeiten und Abschottungen hinsichtlich falscher und noch falscherer Sprechpositionen hinweg, solidarisch einen gemeinsamen antifaschistischen Kampf aufzunehmen? Ja, unbedingt!

Und da Solidarität in nicht-autoritären Kreisen immer schon ein kritisch-solidarisches Verhältnis meinte, ist es umso wichtiger, eine notwendige linke Kritik an der Identitätspolitik vom rechten Beschuss unterscheidbar zu machen. Das schlimmste, was linker Kritik dabei passieren kann, ist Applaus von rechter Seite. Sie ist damit aber nicht überflüssig, auch wenn sie sich leichter als denunziatorisch oder gar als ebenfalls rechts diffamieren lässt.

Oberflächlich geht es bei der Aufregung um die Identitätspolitik oft um die Frage, wer legitimiert ist, sich sich zu welchen Unterdrückungsverhältnissen und mit welchen Begrifflichkeiten glaubhaft zu äußern? Eine der großen Unverständlichkeiten bei der häufig anzutreffenden, reduzierten Auslegung von Identitätspolitik ist der Ausschluss von ver-

meintlich unzulässigen bzw. irrelevanten Sprechpositionen. Darüber franst das Bündel eines gemeinsam gedachten Kampfes aus in identitäre Themenstränge, die puristisch voneinander getrennt geführt werden. Die sehr wohl wechselseitig verschränkten Diskriminierungsformen müssen sich nun erst wieder intersektional solidarisch aufeinander beziehen, um nicht im Kampf um Aufmerksamkeit zerfasert zu konkurrieren. Hier werden wir sehen, dass die algorithmisch verstärkte Fragmentierung in den ‚sozialen' Medien, als hauptsächlichem Austragungsort des identitätspolitischen Diskurses eine fatale Rolle spielt. Tatsächlich geht es aber um viel mehr, nämlich um die Perspektive einer linken Politik, die nicht nur um Anerkennung spezifischer Unterdrückungsformen innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse kämpft, sondern für die Überwindung eben dieser Machtverhältnisse. Hier sehe ich eine eklatante theoretische und praktische Leerstelle der aktuellen identitätspolitischen Strömungen, deren ganz und gar nicht radikale Perspektive mit einer stigmatisierungsreduzierten Integration in eine neoliberalen Gesellschaft vereinbar ist. So weit, so schlecht.

Im Einzelnen: Es dürfte unstrittig sein, dass von Rassismus, Sexismus, Trans- und Queerfeindlichkeit sowie anderen Diskriminierungen Betroffene sich gegenüber einer ignoranten Mehrheitsgesellschaft mehr Gehör verschaffen, um die Öffentlichkeit für diese Themen zu sensibilisieren und für ihre Rechte zu kämpfen. Weniger einleuchtend erscheint dabei das eingeschränkte Verständnis von Sprache der identitätspolitischen Bewegung. Obwohl sich der überwiegende Teil dieser Bewegung positiv auf Judith Butlers Queer Theory bezieht, sieht Butlers Auffassung von Sprache, in der Begriffe dynamisch umkämpft und widerständig verschoben werden können, vollständig anders aus, als der von Verboten und Nicht-Sagbarkeiten zurückgestutzte Sprachraum der identitätspolitischen Bewegung. Derartige Versuche der autoritären Sprachregulation weist Butler als anti-intellektuell und widerstandsverhindernd zurück.

Den Sprechakt maßgeblich festgelegt zu sehen, durch die Sprechposition, in der die gesamte Erfahrung eines Sprechers kondensiert, ist eine ähnlich apolitische Reduktion im identitätspolitischen Diskurs. Lässt sich deutsche Kolonialgeschichte wirklich nur aus der schwarzen Perspektive erzählen und verstehen? Natürlich nicht – es gibt nicht die eine homogenisierte, schwarze Sichtweise, sondern eine Vielzahl von unterschiedlichen, sogar widersprüchlichen (schwarzen) Standpunkten und Perspektiven. Die autoritäre Reduktion auf ein stereotypes wir und ein die treibt Robin DiAngelo in ihrem Buch White Fragility auf die Spitze, indem sie von Weißen folgende Etiquette im Gespräch mit Schwarzen über ‚race' einfordert: „Widersprich nicht! Widersetze dich nicht! Schweige nicht! Entziehe dich nicht!" – kein besonders spannendes Gespräch; eher ein Orwellscher podcast.

Die einer kollektiven (z.B. schwarzen) Identität zugeordnete Erfahrung wird darüber hinaus noch mit Verständnis gleichgesetzt. Viele Erfahrungen zu sammeln, ist eher eine hilfreiche Vorbedingung, aber keineswegs hinreichend für ein tiefes Verständnis. Ein Mensch, der Jahrzehnte auf der Straße lebt, hat vielschichtige Erfahrungen von Armut gemacht, aber die ermöglichen nur unter bestimmten Voraussetzungen ein analytisches Verständnis von den Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Kapitalismus. Ein mit Millionen von Texten trainiertes Sprachmodell wie ChatGPT sammelt mehr Erfahrungen (kodiert in statistischen Häufigkeiten von Wortbeziehungen) als jeder Mensch und dennoch hat es gar kein Verständnis von den Dingen, über die es schreibt, sondern imitiert ein solches nur. Die notwendige Unterscheidung zwischen Erfahrung (Korrelationen) und Verständnis (Kausalität) bedeutet dabei keine Relativierung der gemachten Erfahrungen und auch keine Herabwürdigung der Erfahrungen machenden Person. Bisheriges Verständnis in Kombination mit weiteren Erfahrungen bilden zusammen die Grundlage für weitergehende bzw. korrigierende Theoriebildung.

Das gewollt Binäre eines stereotypisierenden Identitätsbegriffs, der bewusst statisch im wir und die verharrt, scheint im identitätspolitischen Diskurs allenthalben auf und wird der Komplexität von (Macht-)Beziehungen an keiner Stelle gerecht. Es erscheint wie ein viel zu grober Holzschnitt – nicht aus Unvermögen, sondern in ideologischer Absicht. Das autoritär-identitäre Aufsplitten von Menschen nach künstlich vereindeutigter Gruppenzugehörigkeit sorgt für eine polarisierende Dynamik von Selbsteinschluss und Blasenbildung im (linken) Diskursraum. Diese Blasen zeichnen sich dadurch aus, dass innerhalb eine große Übereinstimmung an Wahrnehmungen und Meinungen besteht, während nach außen hin (zu anderen Blasen) eine gesteigerte Abgrenzung bis hin zu einer Feindseligkeit besteht.

Eine derartige soziale Fragmentierung (wie sie übrigens auch innerhalb einer zutiefst verunsicherten Linken hinsichtlich der Covid-Pandemie vorherrschte) lässt sich inklusive Blasenbildung und resultierender Polarisierung durch ein einfaches mathematisches Gesellschaftsmodell beschreiben, welches alleinig die simple Dynamik einer binären Meinungsbildung (dafür oder dagegen) zusammen mit der Dynamik binärer Freundschaftsbeziehungen (Freund oder Feind) in ein Modell des sozialen Gleichgewichts integriert. Die einzige Vorgabe, ein kategorisches entweder-oder bei der Bildung von Meinungen und Freundschaften reicht dazu

aus, um eigentlich komplexe soziale Prozesse von Ein- und Ausschluss erschreckend zutreffend zu beschreiben – verrückt wie wirkmächtig binärer Reduktionismus ist!

Dieser Effekt des blasenförmigen Selbsteinschlusses und der Abgrenzung gegenüber anderen wird zusätzlich verstärkt durch die hauptsächliche Verbreitungsform identitärer Politik im ‚linken' Diskursraum – den ‚sozialen' Medien. Die Dynamik der algorithmischen Reichweitensteurung bevorzugt binäre Muster der Ab- und Ausgrenzung (sowie auch Hass, Hetze und Fakenews), da Mitteilungen mit solchen Inhalten nachweislich für eine höhere soziale Temperatur im Netzwerk sorgen. Netzwerkpsychologen meinen damit erstens emotionalere und unmittelbarere Interaktion und zweitens einen längeren Verbleib der Diskursteilnehmer auf der Plattform. Beides sind exakt die ökonomisierbaren Kenngrößen, nach denen Plattformbetreiber wie Instagram, TikTok und X den Preis für Werbetreibende auf ihrer Plattform bemessen: Je höher die Temperatur im‚sozialen' Netz, desto höher die Werbeeinnahmen, als einzige maßgebliche Einnahmequelle der Plattformen.

Noch beklemmender als diese diskursive Dynamik der Spaltung erscheint die fehlende revolutionäre Perspektive identitärer Politik, die sich im Konformismus der Anerkennung innerhalb des kapitalistischen Systems erschöpft. Soziale Ungleichheit lediglich als eine weitere Dimension der Diskriminierung (aufgrund sozialer Herkunft) zu interpretieren, stutzt die mögliche Kritik an den materiellen Verhältnissen eines Systems der Ausbeutung auf einen neoliberale Anerkennungsumverteilung zurecht. Lars Distelhorst beschreibt in seinem Buch „Dekonstruiert Identitätspolitik" unaufgeregt und analytisch genau die „zahnlosen Formen der Kritik durch die Verschiebung vom Materialismus zum Kulturalismus". Wenn die Unternehmerin und Aktivistin Lisa Jaspers in ihrem Artikel „Unlearn Kapitalismus" fordert, dass nicht nur weißen Männern, sondern allen (in der Lieferkette) eine faire Teilhabe am Mehrwert garantiert werden müsse, dann schütteln nicht nur Marxianer zurecht den Kopf.

Nach dem Mord an George Floyd 2020 legten US-Regierung und führende Unternehmen Diversity-Programme auf, nach denen mehr people of colour in den Vorständen vertreten sein sollten. Man gab vor, so dem Rassismus zu begegnen. Microsoft setzte sich das Ziel, die Zahl schwarzer Mitarbeiter im Management zu verdoppeln. Derartige Förderprogramme für upper class people of colour mussten der armen Community von George Floyd wie Hohn vorkommen. Eine randständige und unzutreffende Machtanalyse sozialer Ungleichbedingungen in der Identitätspolitik lässt hingegen solche Befriedungsangebote wie echte Zugeständnisse erscheinen. Diese Kritik an der identitären Selbstbeschränkung ändert allerdings nichts an der Notwendigkeit, den derzeitigen ultrarechten roll-back in der Unternehmenspolitik z.B. des Meta-Konzerns, in der Mark Zuckerberg Diversität als Sackgasse bezeichnet und nun lieber auf maskuline Aggressivität setzt, feministisch und antirassistisch anzugreifen.

Die identitätspolitische Engführung und Schwächung einer Linken ist kein alleinig US-amerikanisches Phänomen. Bereits 2012 kaperten Aktivisten der identitätspolitischen Gruppe reclaim society ein antirassistisches Camp in Köln. Vielen ist dieses Camp immer noch als unrühmlicher Höhepunkt eines linken Autoritarismus in Erinnerung. Die meisten waren geschockt und paralysiert von der missbräuchlich-autoritären Auslegung des Konzepts von critical whiteness. Zahlreiche ungläubige (also zweifelnde) Campteilnehmer wurden mit Rassismusvorwürfen belegt und vom Camp ausgeschlossen. Die Vorwürfe durften nicht diskutiert werden, der Ausschluss blieb damit unhinterfragbar. Während des Camps hatte es die autonome Linke nicht geschafft, sich erfolgreich und konsequent gegen einen derart machtbewussten Missbrauch einer vorgeblichen Diskurs-‚Awareness' zu wehren. Im Nachhinein haben einige ihre Sprache wiedergefunden und ein solches Vorgehen als autoritär-antilinks, regressiv-inquisitorisch und strukturell rechts kritisiert. Ein Paradestück in Sachen Selbstzerlegung linker Strukturen. Wüssten wir nicht von der offenen Flanke weiter Teile der radikalen Linken gegenüber autoritären Anwandlungen, hätte manch einer eine externe Inszenierung vermuten können, die auf Zersetzung in Selbstbeschäftigung zielte.

Von den damaligen identitätspolitischen Akteuren der Gruppe reclaim society ist heute übrigens nur noch einer in der antirassistischen Szene aktiv – er hält seinen einstigen Auftritt heute für „den größten Schwachsinn". In weiten Kreisen des linken Aktivismus wurde und wird das identitäre Ausfransen eines ehemals über viele Teilbereiche solidarisch gebündelten Kampfes jedoch weiter hofiert und damit normalisiert. Eine Entwicklung, die meiner Meinung nach nicht unausweichlich ist, uns aber in der aktuellen Abwehr eines massiven Angriffs von rechts enorm schwächt.

Vielen Dank dafür!

Hallo, mit einem Sonnenstrahl im Gesicht haben wir in diesen krassen Zeiten die heiße Intervention am 9.September gegen den Technologiepark in Adlershof in Berlin mitbekommen. Wir haben eure Erklärung gelesen. Vielen Dank dafür.

Es ist nicht überraschend, wie die Leute, denen diese Intervention galt, reagierten und versucht haben dagegen Stimmung zu machen und diese Aktion als menschenverachtend darzustellen. Wir waren überrascht in Gesprächen mit verschiedenen Menschen, die von dem Stromausfall betroffen waren und das relativ cool aufgenommen haben. Entgegen offizieller Verlautbarung war der Umgang eher pragmatisch - geradezu entspannt - ganz im Gegensatz, wie das in den Medien öffentlich verhandelt wurde.

Wir können uns vorstellen, welchem Druck ihr ausgesetzt seid und hoffen, dass viele solidarische Menschen um euch sind. Wir hoffen, dass ihr viel Nervenfutter, Kraft und Mut habt, diesem Druck zu begegnen. Wir wünschen uns mit diesen Zeilen, dass viel mehr Gruppen sich austauschen, Kritik und Feedback geben und in die Diskussion kommen. Nichts überstürzen und gerne weiter so.

DON'T STAND WITH PUTIN DON'T STAND WITH NATO
STAND WITH THE PEOPLE
anarchist
unite